Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

31. März 1980
Jg. 8 Nr. 14

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Afghanistan: Die Besatzer richten sich auf Dauer ein

z.ror. ,,Praktische Fragen bezüglich der Bedingungen der temporären Anwesenheit sowjetischer Streitkräfte" (Tass) wurden beim Besuch des afghanischen Außenministers in Moskau am 14.3.80 behandelt. Die Gespräche endeten mit dem Abschluß eines Vertrages über die ,,provisorische Stationierung sowjetischer Truppen in Afghanistan". Die Woche vor Vertragsabschluß schafften die Sozialimperialisten mit der Aeroflot sieben Tage lang Baumaterialien für den Ausbau der Stützpunkte heran, die jetzt eine eigenständige Wasserversorgung erhalten sollen. Die Verabschiedung einer neuen Verfassung durch eine sog. ,,Große Versammlung" zögert sich weiter hinaus, da ,,deren Wahl und Einberufung auf Grund der gegenwärtig komplizierten inneren Situation noch nicht möglich" ist, wie der Justizminister Aryah mitteilte.

Iran greift UdSSR wegen Raub von afghanischem Erdgas an

z.gek. Die iranische Revolutionsregierung hat der Sowjetunion die schamlose Ausplünderung der Bodenschätze des okkupierten Afghanistan vorgehalten. Nachdem die Verhandlungen über weitere Erdgaslieferungen aus Iran abgebrochen worden sind, weil die Sowjetunion die geforderten 130 $ pro 1000 m³ nicht zu zahlen bereit ist, hält diese sich durch gesteigerte Gaslieferungen aus Afghanistan schadlos – zu einem Preis von 80 $, der Hälfte des Weltmarktpreises von 160 $. Auf diese Weise bezahlen die Landesverräter in Kabul noch die sowjetische Invasion, erklärte Radio Teheran. – Präsident Bani-Sadr hat über den PLO-Vorsitzenden Arafat die Sowjetunion aufgefordert, an einer Konferenz über den Abzug der sowjetischen Truppen und ,,Garantien der territorialen Integrität, Souveränität und Neutralität Afghanistans" teilzunehmen.

Finnische Friedensunion: Arktis soll Friedenszone werden

z.ror. Abzug aller fremden Truppen aus dem Arktisgebiet, Auflösung ihrer Stützpunkte, Demilitarisierung des Polarkreises, Umwandlung in eine kernwaffenfreie Zone, das sind Forderungen der finnischen Friedensunion, die sie jetzt dem finnischen Ministerpräsidenten Kekkonen und UN-Generalsekretär Waldheim übergeben hat. Die Friedensunion verlangt, daß die Sozialimperialisten auch ihre militärischen Anlagen in Nordsibirien und auf der Halbinsel Kola, wo in Servomorsk mit 190 Kriegsschiffen ⅓ der SU-Flotte stationiert ist, auflösen. Die US-Imperialisten müßten ihre Stützpunkte in Nordkanada, Alaska und auf Grönland auflösen. Zur Friedenszone soll auch der Norden Schwedens, Norwegens und Finnlands erklärt werden. Dort sind die USA gerade in Verhandlungen mit der norwegischen Regierung, um umfangreiche Materiallager für US-Eingreiftruppen aufzubauen.

31. März: Malta feiert Freiheitstag

z.rül. Die Regierung und das Parlament von Malta haben den 31. März zum nationalen Feiertag erklärt. An diesem ,,Freiheitstag", wie der neue Feiertag heißt, feiert das Volk von Malta den Abzug der letzten britischen Truppen von der Insel. 1800 hatten die Briten die Mittelmeerinsel besetzt und sie seitdem zu einem mächtigen Flottenstützpunkt ausgebaut. 1964 erkämpfte das Volk von Malta seine Unabhängigkeit innerhalb des Commonwealth, und zehn Jahre später wurde auch die Stellung der britischen Königin als Staatsoberhaupt beseitigt. Am 31. März 1979 mußten schließlich die britischen Imperialisten ihre letzten Truppen aus Malta abziehen, obwohl sie wie auch die anderen NATO-Staaten zahlreiche Erpressungsversuche gestartet hatten, um ihren Stützpunkt, der zeitweise als Hauptquartier Mittelmeer diente, zu behalten.

EG-Imperialisten im Streit um die Hegemonie

BRD, Frankreich, Großbritannien: Wer wird Vormacht? / Schmidt manövriert / Verstärktes Bauernlegen

z.wom. Am letzten Montag platzte das lange geplante EG-Gipfeltreffen. Keine Einigung war in Sicht über die britische Forderung, die britischen Zahlungen zum EG-Haushalt um 4,8 Mrd. DM zu kürzen und damit einen Ausgleich von Zahlungen an und Zuweisungen von der EG herzustellen. Ende April soll jetzt die Gipfelkonferenz stattfinden. Schmidt hat jetzt sogleich Frau Thatcher besucht. Weitere diplomatische Aktivitäten werden den Krach der staatlich organisierten Kapitalgruppen begleiten, die sich in der EG zusammengeschlossen haben. Es geht um die Hegemonie in der EG. Die Sache wird zwischen der BRD, Frankreich und Großbritannien ausgetragen, die jeweils versuchen, die kleineren EG-Länder hinter sich zu bringen.

Die britischen Imperialisten als einstmals größte Kolonialherrn und nach wie vor zweitgrößte Kapitalexporteure der Welt verfügen über Zugang zu billigen Rohstoffquellen und Agrarprodukten. Damit wollen sie in der EG endlich auftrumpfen. Dem stehen aber die EG-Bestimmungen im Weg, die alle Importe von außerhalb der EG belasten und dagegen den Handel innerhalb der EG durch Wegfall der Zollschranken treibhausmäßig fördern. Die hohen britischen Zahlungen an den EG-Haushalt bestehen gerade aus diesen Abgaben für Importe von außerhalb der EG. Das Ganze ist vor allem auf die Bedürfnisse der westdeutschen und französischen Imperialisten zugeschnitten (s. KVZ 44/79), die die größten Exporteure innerhalb der EG sind. 1978 exportierte die BRD für 48,6 Mrd. ERE (1 Europäische Rechnungseinheit = 2,50 DM) in die anderen EG-Länder und Frankreich für 32,4 Mrd. ERE. Großbritannien lag dagegen mit einem Warenexport von 20,5 Mrd. ERE in andere EG-Länder noch hinter den Niederlanden, Belgien / Luxemburg und Italien.

Die Forderung der britischen Finanzbourgeoisie nach einer neuen Geschäftsgrundlage in der EG wird gestützt durch die Trümpfe, die sie gegenüber ihren Konkurrenten mit dem Nordseeöl und der Verweigerung von Fischereirechten in britischen Meeresgewässern in der Hand hat. Den Anschluß an die Konkurrenz auf dem Warenmarkt bereiten die britischen Monopole über ein drastisches Lohnsenkungs-, Massenentlassungs-, Steuerplünderungs- und Kostendämpfungsprogramm vor, wobei 20% Inflation ein übriges tun.

Die Thatcher-Regierung hat jetzt einen Haushalt vorgelegt, der erhebliche Streichungen bei den Ausgaben für Schulen, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und Kindergeld vorsieht und die Rezeptgebühren erhöht. Die dabei für die Monopole freigemachten Lohngelder liefern den nötigen Treibstoff für die Steigerung der Produktivität und der Schweißauspressung. Mit ,,Blut, Schweiß und Tränen"-Propaganda nach dem Muster von Churchills Weltkriegsmobilmachung spielt die Thatcher-Regierung nicht ungeschickt die passende chauvinistische Begleitmusik.

,,Sie soll aus dem Gemeinsamen Markt herausgehen, wenn sie seine Regeln nicht anwenden will. Großbritannien ist in den Gemeinsamen Markt eingetreten, der Gemeinsame Markt ist nicht Großbritannien beigetreten", drohen die französischen Finanzbourgeois. Denn die britischen Forderungen zielen hauptsächlich gegen ihre Interessen. Sie sind im Schutz der EG-Zölle und geschmiert durch die Ausgleichszahlungen aus der EG-Kasse zum Agrarexporteur Nr. 1 in der EG aufgestiegen. Die Öffnung des EG-Agrarmarktes für Importe durch die britischen Nahrungsmittelmonopole wäre ein Schlag gegen die französischen Agrarkapitalisten. Es würde außerdem das Tempo des Bauernlegens in der EG noch weiter beschleunigen. Schon ist ein ,,Hammelfleischkrieg" ausgebrochen, hat die französische Regierung Hammelfleischimporte aus Großbritannien gestoppt.

Die westdeutschen Imperialisten mit ihrer starken wirtschaftlichen Position in der EG sind am prüfen, wie sie in dem Streit Punkte machen können für das Rennen um die Hegemonie in der EG. Selbst Nutznießer des EG-Agrarmarkts, wollen sie keinesfalls der britischen Konkurrenz große Vorteile einräumen. Aber sie haben Raum zum Manövrieren, weil ihre Position am EG-Agrarmarkt weit geringer ist als die Frankreichs. Sie wittern ein Geschäft, bei dem der Konkurrent Frankreich draufzahlen soll und die britischen Imperialisten die nötigen Zugeständnisse machen müssen. Entgegenkommen wird erwartet bei den Fischereirechten in britischen Gewässern, beim Nordseeöl, das die britischen Imperialisten ,,in Krisenzeiten" mit ihren EG-Partnern ,,teilen" sollen. Die kleineren EG-Mächte versucht der BRD-Imperialismus dabei hinter sich zu bringen. Noch vor dem geplatzten EG-Gipfel ließ Schmidt zusammen mit dem dänischen Ministerpräsidenten verlauten, man habe Verständnis für die britische Lage, erwarte aber Entgegenkommen. Chauvinismus soll den Rückhalt bei den Manövern sichern. So hieß es im ZDF: ,,Sucht Mrs. Thatcher den Absprung vom Kontinent zurück in eine auf Nordseeöl und britisches Pfund Sterling gebaute Sonderstellung Großbritanniens?"

Eine Lösung der Streitfrage sei möglich, erklärten Schmidt und Thatcher nach ihrem Treffen. Verstärkte EG-Ausgaben in Großbritannien und Dämpfung der Agrarpreise, also verstärktes Bauernlegen, ist die gemeinsam anvisierte Marschrichtung. Sowieso gibt es genügend gemeinsame Interessenpunkte, die die EG-Imperialisten zusammenhalten bei allem Streit. Das gemeinsame Vorgehen gegenüber den beiden Supermächten und die selbständige Einmischung in Afghanistan mit dem ,,Neutralitäts"-Vorschlag der EG, die verstärkte Einflußnahme in Pakistan und im Nahen Osten und die Möglichkeiten, Zimbabwe durch ,,Unterstützung" in neokoloniale Abhängigkeit zu bringen, waren auch Gesprächsthema zwischen Schmidt und Thatcher. Der BRD-Imperialismus will an den alten Verbindungen der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien teilhaben.

Streik der US-Ölarbeiter erfolgreich: 52 Cent mehr Lohn, höhere Krankenversicherung



von afghanischem Erdgas an

z.gek. Die iranische Revolutionsregierung hat der Sowjetunion die schamlose Ausplünderung der Bodenschätze des okkupierten Afghanistan vorgehalten. Nachdem die Verhandlungen über weitere Erdgaslieferungen aus Iran abgebrochen worden sind, weil die Sowjetunion die geforderten 130 $ pro 1000 m³ nicht zu zahlen bereit ist, hält diese sich durch gesteigerte Gaslieferungen aus Afghanistan schadlos – zu einem Preis von 80 $, der Hälfte des Weltmarktpreises von 160 $. Auf diese Weise bezahlen die Landesverräter in Kabul noch die sowjetische Invasion, erklärte Radio Teheran. – Präsident Bani-Sadr hat über den PLO-Vorsitzenden Arafat die Sowjetunion aufgefordert, an einer Konferenz über den Abzug der sowjetischen Truppen und ,,Garantien der territorialen Integrität, Souveränität und Neutralität Afghanistans" teilzunehmen.

nach wie vor zweitgrößte Kapitalexporteure der Welt verfügen über Zugang zu billigen Rohstoffquellen und Agrarprodukten. Damit wollen sie in der EG endlich auftrumpfen. Dem stehen aber die EG-Bestimmungen im Weg, die alle Importe von außerhalb der EG belasten und dagegen den Handel innerhalb der EG durch Wegfall der Zollschranken treibhausmäßig fördern. Die hohen britischen Zahlungen an den EG-Haushalt bestehen gerade aus diesen Abgaben für Importe von außerhalb der EG. Das Ganze ist vor allem auf die Bedürfnisse der westdeutschen und französischen Imperialisten zugeschnitten (s. KVZ 44/79), die die größten Exporteure innerhalb der EG sind. 1978 exportierte die BRD für 48,6 Mrd. ERE (1 Europäische Rechnungseinheit = 2,50 DM) in die anderen EG-Länder und Frankreich für 32,4 Mrd. ERE. Großbritannien lag dagegen mit einem Warenexport von 20,5 Mrd. ERE in andere EG-Länder noch hinter

Markt herausgehen, wenn sie seine Regeln nicht anwenden will. Großbritannien ist in den Gemeinsamen Markt eingetreten, der Gemeinsame Markt ist nicht Großbritannien beigetreten", drohen die französischen Finanzbourgeois. Denn die britischen Forderungen zielen hauptsächlich gegen ihre Interessen. Sie sind im Schutz der EG-Zölle und geschmiert durch die Ausgleichszahlungen aus der EG-Kasse zum Agrarexporteur Nr. 1 in der EG aufgestiegen. Die Öffnung des EG-Agrarmarktes für Importe durch die britischen Nahrungsmittelmonopole wäre ein Schlag gegen die französischen Agrarkapitalisten. Es würde außerdem das Tempo des Bauernlegens in der EG noch weiter beschleunigen. Schon ist ein ,,Hammelfleischkrieg" ausgebrochen, hat die französische Regierung Hammelfleischimporte aus Großbritannien gestoppt.

Die westdeutschen Imperialisten mit

Streik der US-Ölarbeiter erfolgreich: 52 Cent mehr Lohn, höhere Krankenversicherung



3500 Arbeiter unterstützten mit einer Demonstration am 1. März in Wilmington, Kalifornien, den Streik der 60000 Ölarbeiter seit dem 8. Januar. Die Gulf Oil-Kapitalisten haben am 18.3. folgendem Tarif zugestimmt: Zusätzlich zu den bereits im vorjährigen Vertrag vereinbarten 5% müssen sie 52 Cent pro Stunde mehr zahlen, 1981 weitere 10% (Durchschnittslohn der Ölarbeiter jetzt 9,55 $); Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Familien von derzeit 84 $ / Monat bis 1981 auf 120,50 $. Zwei wichtige Forderungen sind damit durchgesetzt; der längere Urlaub und eine erneute Öffnungsklausel für den Lohn 1981 scheinen nicht erreicht zu sein. Die Kapitalistenpresse erwartet die Billigung dieses Vertrages durch die Gewerkschaftsbezirke und Übernahme durch die anderen Ölmonopole.

Abschluß öffentlicher Dienst: 6,3%

1 – 2 Tage Urlaub, ,,Ausgleichszahlung"

z.jük. Durch die Streikaktionen der letzten Woche, die allesamt den Mindestbetrag gefordert haben, waren für die gesamte Kapitalistenklasse wesentliche Einrichtungen, nämlich die Zufuhr von Arbeitskraft, aus der sie die Profite ziehen, wie die Versorgung für die Industrie zeitweise unterbrochen und entsprechend war das Geschrei. Das jetzt abgeschlossene Ergebnis im öffentlichen Dienst mag sie etwas beruhigen, trotzdem hat dieser Schlag gesessen. Das Ergebnis entspricht nicht voll den Möglichkeiten der Arbeiterbewegung im öffentlichen Dienst und kann dem Dienstherrn Luft zur Durchsetzung weiterer Rationalisierung bei Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit schaffen. Die Löhne und Gehälter sollen um 6,3% erhöht werden. Urlaub gibt es je nach Alter 1 bis 2 Tage. Diejenigen, bei denen diese 6,3% nicht mindestens 110 DM ausmachen, sollen eine einmalige ,,Ausgleichszahlung" erhalten, die die Differenz zu 110 DM umfaßt, mal 12, also fürs Jahr. Für die allerunterste Arbeitergruppe (Lohngruppe II/Stufe 1) würde diese Ausgleichszahlung 196,92 DM ausmachen. Dieser Betrag soll einmalig ausbezahlt werden und hat mit einem tariflich abgesicherten Mindestbetrag nichts zu tun. Zusätzlich ist nach der letzten Verhandlung mit Baum noch vereinbart worden, daß für alle diejenigen, die unter 1900 DM brutto liegen, die vermögenswirksamen Leistungen erhöht werden von 13 auf 26 DM monatlich. Bis Februar nächstes Jahr werden diese 13 DM monatlich ausgezahlt. Im Vergleich zum Volumen der Effektivauszahlung Metall liegt das Ergebnis öffentlicher Dienst leicht darüber. Die Schranke allerdings, die ein Mindestbetrag, tarifvertraglich abgesichert, gegen ein Absinken der unteren Lohn- und Gehaltsklassen bedeutet hätte, ist durch diesen Abschluß nicht erreicht. Bei der vermögenswirksamen Leistung wird es nach dem nächsten Jahr 26 DM geben, das deckt sich mit den Bestrebungen von Bundesregierung und Kapitalisten, die vermögenswirksame Leistung insgesamt zu erhöhen und sich somit Lohngelder über die Banken als Kapital verfügbar zu halten.

Wesentliche Teile der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen haben jetzt ihre Lohn- und Gehaltstarife abgeschlossen. Deutlich ist, die Bewegung für die Absicherung der unteren Lohn- und Gehaltsklassen über einen Mindest- und Festgeldbetrag hat sich dieses Jahr nicht durchgesetzt. Es ist auch nicht zum Schlagen gekommen. In der Druckindustrie sind einige Positionen gesichert worden, was die Gesamtlage verbessert. Die Prozenthöhe der bisherigen Abschlüsse sieht besser aus, als sie sich im Lauf des Jahres herausstellen wird. Die Lohnerhöhung wird wegen Inflation und Gebührenerhöhungen kaum über den Herbst hinaus wirken. Baum handelte als Interessenvertreter des Privatkapitals und der großen Konzerne. Deren Interesse ist es, Schranken zu beseitigen, die eine Abspaltung der unteren Lohn- und Gehaltsklassen bislang gebremst haben, gerade im öffentlichen Dienst. Sie wollen den Druck auf den Arbeitsmarkt erhöhen und das Angebot von billigen Arbeitskräften in die Privatindustrie lenken. Die kommunalen Dienstherren haben nach den Streiks der letzten Woche Lohnkürzung und politische Disziplinierung angekündigt. Eine Anti-Maßregelklausel ist nicht vereinbart. Baum wird in den nächsten Wochen neue Rationalisierungen durchführen. Durch den jetzigen Abschluß wird der Kampf dagegen nicht gerade erleichtert. Die Kampfmaßnahmen der letzten Woche aber haben gezeigt, welche Kraft in der Bewegung steckt.

Entscheidende Phase des Lohnkampfes im öffentlichen Dienst Frankreichs



Hunderttausende streikten am 25./26.3. für 400 FF. Die Regierung verschob den vierten Verhandlungstag um zwei Tage. Dann bot sie ,,automatischen Inflationsausgleich". Nach dem Index. Die Gewerkschaften beraten.

Teilzeit für Beamte: Gehalts- und Rentenkürzungen

Gesetzentwurf zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

z.brp. Der Innenausschuß des Bundestages hat Anfang März einen überarbeiteten Gesetzentwurf „zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften" dem Bundeskabinett zur Beratung vorgelegt. Damit soll Teilzeitarbeit für Beamte in großem Umfang möglich werden. 22% aller Beschäftigten arbeiteten 1979 in Teilzeit, davon 16,5% im öffentlichen Dienst. Hier vor allem Arbeiter und Angestellte in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen sowie angestellte Lehrer, jedoch betrug der Anteil der teilzeitbeschäftigten Beamten an den fast 550000 Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst nur 6,5%. Das Beamtenrechtsrahmengesetz sah Teilzeitarbeit bis zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit bisher nur für Beamtinnen mit Kindern unter 16 Jahren vor. Der jetzige Gesetzentwurf ermöglicht die Teilzeitarbeit für Beamte und Beamte auf Probe für vorerst höchstens acht Jahre, wenn „in einer Ausnahmesituation ein dringendes öffentliches Interesse daran besteht", Beamte auf Widerruf sind von dieser Möglichkeit ausgenommen. Die bisherige Gewährung von Teilzeitarbeit bei Kindern bis zu 12 Jahren bzw. die Gewährung eines unbezahlten Urlaubs bis zu drei Jahren bleibt bestehen und wird ausgeweitet auf eine Dauer von 15 Jahren Teilzeitarbeit bei einem Kind unter 18 Jahren. Gegenüber dem Entwurf des Bundesrates vom September 1977, der Teilzeitarbeit nur für Beamte nach Ablauf der Probezeit bis zu vier Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung um weitere vier Jahre vorsah, ist der jetzige Entwurf erweitert, gegenüber der im November letzten Jahres vom Bundeskabinett abgelehnten „großen Lösung", die Teilzeitarbeit zusätzlich noch ausdrücklich nach Vollendung des 55. Lebensjahres und bei 10% der Richter vorschlug, nur minimal eingeschränkt.

Die gesellschaftspolitische Erwägung des Bundesausschusses – mehr Freizeit für die „Beschäftigung mit wissenschaftlicher, kultureller und anderer Art zu gewinnen" – mag für die eine und andere gutgezahlte Richterin zutreffen, für die Mehrzahl der Beamten jedoch nicht; der Dienstherr nutzt aus, daß einer allein eine Familie nicht ernähren kann und Vollzeitbeschäftigung für die Frauen wegen der Kinder kaum möglich ist. Ebenso nutzt er die Arbeitslosigkeit und den Druck der industriellen Reservearmee, um Hochschulabgänger und Berufsanfänger wie die Lehrer in Teilzeit zu pressen. Das „öffentliche Interesse" an der Teilzeitarbeit ist das Interesse der Privatkapitalisten an einem „leistungsfähigen öffentlichen Dienst": Das Gehalt sowie die Zulagen und das Urlaubsgeld werden entsprechend der gekürzten Arbeitszeit anteilig gezahlt, eine entgeltliche Nebentätigkeit ist grundsätzlich verboten, kann zum Widerruf der Teilzeitarbeit führen und disziplinarrechtlich bestraft werden. Der Ortszuschlag wird, anders als bei den Angestellten, bislang voll bezahlt. Um eine Versorgung entsprechend den vollen Dienstbezügen zu erreichen, muß der Beamte länger arbeiten, da jedes Jahr in Teilzeit nur zur Hälfte auf die ruhegehaltsfähige Dienstzeit angerechnet wird, wobei der Mindestruhegehaltssatz von 35% nicht unterschritten und der Höchstsatz von 75% nicht überschritten werden soll. Die erneute Herausbildung einer Niedriglohnzone bis weit unter 1000 DM wird mit zunehmender Teilzeitarbeit beschleunigt.

Bei der Teilzeitarbeit wird die Arbeitskraft intensiver vernutzt. Bereits im Haushaltsplan 1979 berechnete die Bundesregierung eine Planstelle mit zwei Teilzeitbeschäftigten, zwei Planstellen mit drei Teilzeitbeschäftigten, deren gemeinsame Arbeitszeit jedoch die von zwei Vollzeitbeschäftigten nicht übersteigen durfte.

Arabische Länder diskutieren Nationalcharta

Gegen ausländische Militärstützpunkte, für Blockfreiheit und kollektive Verteidigung

z.lup. Auf Einladung des Irak hat am 25. März in Baghdad eine „nationale arabische Volkskonferenz" begonnen. Ca. 3000 Teilnehmer vertreten Parteien, Massenorganisationen und Gewerkschaften aus den meisten arabischen Ländern. Hauptgegenstand der Konferenz ist die Erörterung des Entwurfs einer arabischen Nationalcharta.

Der erste Punkt dieses Entwurfs be-

Der erste Punkt dieses Entwurfs be-
kräftigt „die absolute Zurückweisung der Anwesenheit ausländischer Armeen, Streitkräfte und Militärbasen in der arabischen Heimat, unter welchem Vorwand und mit welcher Begründung auch immer". Der zweite Punkt bekräftigt das Verbot der Anwendung von Waffengewalt durch ein arabisches Land gegen ein anderes und die Notwendigkeit, Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen. Punkt 3 hält fest, daß dies auch für die Beziehungen zu den Nachbarländern gilt, es sei denn, ein Nachbarland greife ein arabisches Land an. Punkt 4 hält fest, daß die arabischen Länder jedem Angriff auf ein arabisches Land solidarisch und mit allen Mitteln, einschließlich militärischer Mittel, entgegentreten müssen. Punkt 6 bekräftigt die Grundsätze der Blockfreiheit und der Neutralität und das Verbot der Beteiligung arabischer Streitkräfte an internationalen Konflikten und Kriegen, es sei denn, daß durch eine der Parteien die Souveränität und territoriale Integrität eines arabischen Landes verletzt worden sei.

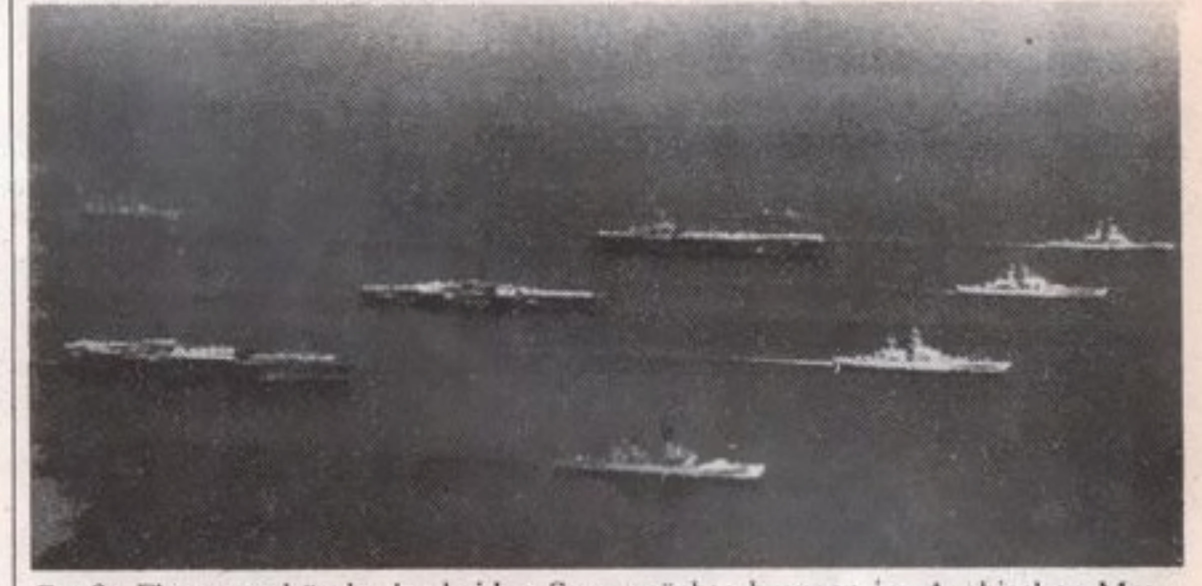
Ferner betont der Entwurf die Einhaltung der internationalen Regeln und Gepflogenheiten im Luft-, See- und Straßenverkehr und die Notwendigkeit konstruktiver wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den arabischen Ländern. Die wirtschaftlich etwas Stärkeren sollen sich verpflichten, den übrigen Unterstützung zu geben, um dadurch zu verhindern, daß diese in Abhängigkeit von auswärtigen Kräften geraten.

Diesen Entwurf einer arabischen Na-

Diesen Entwurf einer arabischen Na-
tionalcharta hat der Irak wenige Wochen nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan vorgeschlagen. 12 arabische Staaten (Algerien, Tunesien, Marokko, Mauretanien, Libyen, Jordanien, Kuwait, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Bahrein, Nordjemen, Qatar) sowie die PLO haben diese Prinzipien im Grundsatz unterstützt und der Einberufung einer außerordentlichen Konferenz der Arabischen Liga zu diesem Zweck zugestimmt. Noch nicht geäußert haben sich bislang Djibouti, Somalia, Südjemen, Syrien, Sudan, der Libanon und Oman sowie Ägypten, dessen Mitgliedschaft in der Arabischen Liga seit dem Abkommen von Camp David suspendiert ist.

Eine irakische Zeitung, der „Baghdad Observer", hat kürzlich festgestellt: „Die sowjetische Militärintervention in Afghanistan trägt nicht nur

vention in Afghanistan trägt nicht nur
zur Verschärfung der Rivalität der beiden Supermächte in dieser strategischen Region bei, sondern verschafft auch den Amerikanern den passenden Vorwand, um am Arabischen Golf militärisch zu intervenieren, mit der Begründung des ‚Schutzes lebenswichtiger Ölfelder und Ölrouten'. Die Araber können angesichts dieser Rivalität der Supermächte nicht bloß Zuschauer sein – aus dem einfachen Grund, weil diese direkt ihr Schicksal und ihre Existenz betrifft."



Große Flottenverbände der beiden Supermächte kreuzen im Arabischen Meer. Bild: US-Flugzeugträger Coral Sea, Midway und Nimitz mit Begleitschiffen

---

z.gab. **Die „Hilfsaktion des Westens zur wirtschaftlichen Kräftigung der Türkei", die mit der Verpflichtungskonferenz der OECD-Länder am 26.3. in Paris abgeschlossen werden sollte, ist geplatzt, ohne daß die OECD-Mitgliedsstaaten ihre Zusage über die Höhe ihrer Türkeikredite abgegeben haben, und ist auf den 15.4. vertagt.** Die BRD hat sich zum Hauptkommanditisten in Sachen Türkei aufgeschwungen und hat Matthöfer die imperialistischen Konkurrenten abklappern lassen zur Aufstockung derer Türkeikredite. In Japan vergangene Woche war er auf wenig Bereitschaft gestoßen. Gegenüber den US-Imperialisten hat die „Frankfurter Allgemeine" noch am 26.3. erneut bekanntgegeben: Bonn bleibt bei seiner Zusage von 300 Mio. Dollar. Bedingung: Die USA sollen einen ähnlich hohen Betrag zahlen. Im US-Haushalt '81 sind 200 Mio. Dollar veranschlagt. Die aufzuerlegenden Kreditbedingungen, Laufzeiten, Tilgungsfristen etc. sind ein weiterer Streitpunkt. Die BRD-Imperialisten erhoffen sich im Windschatten der US-Supermacht den Hauptnutzen bei der Ausplünderung der Türkei. So lobt denn auch Matthöfer den von der türkischen Regierung eingeschlagenen Weg als „gangbar". Gegenwärtig weilt Matthöfer erneut in der mit 14 Mrd. Dollar bei den Imperialisten verschuldeten Türkei, um die Schlinge noch enger zu ziehen. Die Tilgung der nicht staatlich abgesicherten Forderungen will er dort zur Sprache bringen.

z.bew. **Etwa ein Sechstel des importierten Fischmehls Westdeutschlands kommt aus Peru.** Mit der Verringerung der Fangquoten für Anchovis durch die peruanische Regierung ist der westdeutsche Import von Fischmehl aus Peru um 50% (1974 – 1978) zurückgegangen. Peru als eines der fischreichsten Länder der Erde hat bereits 1969 seine Fischereischutzzone auf 200 Seemeilen ausgedehnt und erteilt nur beschränkte Fanggenehmigungen für ausländische Schiffe. Die westdeutschen Imperialisten versuchen, sich über die Finanzierung des jetzt in Betrieb genommenen Fischereifor-
über die Finanzierung des jetzt in Betrieb genommenen Fischereifor-
schungsschiffes „Humboldt" in die peruanischen Fischgründe einzuschleichen. Um sich diesen Einfluß zu schaffen, haben sie gleich 5 Wissenschaftler für das Schiff mitgeliefert.



z.hev. **Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) finanziert mit 18 bis 20 Mio. DM jährlich „gewerkschaftliche Entwicklungsprojekte" in Ländern der Dritten Welt.** Nicht direkt, sondern in der Methode vorsichtig zurückhaltend über die im Ausland etwas weniger verdächtige Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD und die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU. Mitgliedern und Funktionären der Gewerkschaften werden Schulungsheime zur Verfügung gestellt, wofür sie dann Referenten akzeptieren müssen, die ihnen neben allerhand Nützlichem vor allem die Notwendigkeit der Existenz westdeutschen Kapitals in ihrem Land beibiegen sollen. Diese 20 Mio. sind lediglich die offen ausgewiesene Summe für die Infiltration der 3.-Welt-Gewerkschaften, betragen aber immerhin 1/6 aller an politische Stiftungen oder auch 1/6 der an die Kirchen für deren Aktivitäten in der Dritten Welt vergebenen Gelder des BMZ.

z.mav. **In den Jahren 1960 – 1980 ist es der Bourgeoisie gelungen, die Netzdichte der Autobahn zu verdreifachen (auf 7700 km gesamt 1980).** „Mit der Fertigstellung der Strecken ... zur dänischen Grenze (1978) bestehen nunmehr auf deutschem Boden durchgehende Autobahnverbindungen nach Belgien, Dänemark, Frankreich, Niederlande, Österreich und zur DDR." (Straßenbaubericht v. 15.8.79) Beschleunigung des eigenen Warentransports und verstärkte Kontrolle über den Warentransport der anderen europäischen Länder, der zum großen Teil über die Fernstraßen der BRD geht, hat die Kapitalistenklasse damit erreicht.



Liegt der Haushalt von Verkehrsminister Gscheidle für die Bauvorhaben 1980 – 1990 noch 28% höher als die Ausgaben 1970 – 1980, so zeigt das, mit welcher Intensität die BRD weiter zum Verkehrsknotenpunkt für den Kapital- und Warenumschlag Europas ausgebaut werden soll: schwerpunktmäßige Verstärkung des Eisenbahnnetzes, 3000 weitere Autobahnkilometer bis 1990.

z.kam. **Ab 1. April besteht für Mofafahrer per Gesetz Führerscheinpflicht.** Das, was eigentlich jeder in der Schule kostenlos beigebracht kriegen sollte: Verkehrsregeln und Verhaltensweisen im Verkehr, müssen die Jugendlichen (Mindestalter von 16 Jahren ist vorgeschrieben) jetzt selber lernen und ihre Kenntnisse durch eine theoretische Prüfung bescheinigen lassen, um den Führerschein Klasse 4 für Mofas (Höchstgeschwindigkeit 25 km/h) zu erhalten. Das kostet die Jugendlichen viel Geld und schafft dem Staat eine weitere Möglichkeit der Gängelung und Schikanierung der Jugendlichen durch Fahrzeugkontrollen, Verhängung von Bußgeldern bis hin zum Führerscheinentzug und Eintragung in die Verkehrssünderkartei.
rerscheinentzug und Eintragung in die Verkehrssünderkartei.

z.obj. **Am ersten Tag des Ehrenbergprozesses gegen den Genossen Steenken ist der Beweis über die mörderische Wirkung der Ehrenberggesetzgebung angetreten worden.** Dies, obwohl die Revisionsbegründung des Bundesgerichtshofes anläßlich der Erstverurteilung (7 Monate mit Bewährung) dem Gericht praktisch vorgeschrieben hat, ohne Einstieg in die Tatsachenlage eine hohe Verurteilung nach den Staatsschutzparagraphen durchzusetzen. Staatsanwalt Feindt hielt an der Richtlinie fest. Er verlangte Ablehnung des Beweisantrages gegen die Wirkung der Gesetze Ehrenbergs; alle angeklagten Bezeichnungen desselben seien rein wertend und somit beleidigend. Das Gericht will und muß den Antrag am Montag ablehnen, anderenfalls würden Ehrenbergs Verbrechen gerichtsnotorisch. – Über 70 Leute verfolgten den Prozeß, doppelte Belegung des Zuhörerraumes als vorgesehen wurde durchgesetzt. Während des Prozesses trafen laufend weitere Briefe und Telegramme mit der Forderung nach Einstellung des Prozesses ein. Am Sonnabend wurde eine Demonstration in Lüneburg für die Forderung nach Einstellung aller Ehrenbergprozesse mit über 270 Menschen durchgeführt.

z.hev. **Der Bundestag beschloß am 21.3. die Änderung des aus dem Jahre 1972 stammenden Krankenhausfinanzierungsgesetzes.** Es soll zum 1. Juli 1980 in Kraft treten, der Bundesrat muß aber noch zustimmen, was angesichts einiger kleiner Einwände der CDU/CSU-Opposition nicht sicher ist. Mit dem Gesetz wird das Sterben vieler kleiner und mittlerer Krankenhäuser beschleunigt und der Druck auf die Beschäftigten weiter erhöht: 1. sind Prämien für die Liquidierung von ganzen Krankenhäusern vorgesehen. 2. verschafft sich der Bund direkte Einflußmöglichkeiten auf die Bedarfsplanung, insbesondere was die Grundsätze dieser Planung (Methoden und Kriterien) angeht. Die Vorbereitung von Lazaretten und Schutzräumen gehört dazu. 3. werden die Pflegesätze jetzt zwischen Krankenhausträgern und Versicherungen ausgehandelt und dann von den Länderbehörden genehmigt. Sie sind „auf der Grundlage der Selbstkosten eines sparsam wirtschaftenden und leistungsfähigen Krankenhauses ... zu bemessen ... Kosten- und Leistungsrechnung sind anzuwenden." Schärfere Angriffe auf den Lohn der Beschäftigten und weitere Stellenstreichungen sind schon abzusehen. Für die Versicherten wird eine Krankenhauseinweisung zu einem risikoreichen Unternehmen. 4. Über verschiedene Hebel der Mittelvergabe für Investitionen haben die Länderregierungen die Krankenhausverwaltungen direkt an der Kandare. Technische Geräte wie z.B. Röntgenapparate mit einem Anschaffungspreis über 300000 DM werden einzeln bewilligt. Die Zuschüsse der Länder betragen pro Krankenhausbett je nach Kategorie (Grund-, Regel-, Schwerpunkt-und Zentralversorgung) zwischen 1859 und 3333 DM, pro Ausbildungsplatz für Krankenpflegepersonal 2500 DM im Jahr.

z.elf. **Gegen den Begriff der „Altersschwerhörigkeit" als Ergebnis natürlicher Alterungsprozesse des menschlichen Gehirns hat sich der Ohrenspezialist E. Lehnhardt gewandt.** In diesem Falle müßte vor allem das Sprachverständnis gestört sein. Er untersuchte 252 alte Menschen, darunter 142 über 72 Jahre. Nur 10% hatten überhaupt keinen Hörverlust. Bei einem Drittel erreichte das Verstehen einsilbiger Worte, ein Maß für das Sprachverständnis, bei normaler Lautstärke annähernd 100%. Wie die Schwerhörigkeit aufgrund von Lärmeinwirkungen, vielen Infektionskrankheiten, Stoffwechselerkrankungen sei die „Altersschwerhörigkeit" vielmehr eine Erkrankung des Innenohrs. Die Spätfolgen obengenannter Erkrankungen oder schädlicher Einwirkungen zeigen im allgemeinen wie die „Altersschwerhörigkeit" einen Hörverlust im Hochtonbereich. Das legt den Schluß nahe, daß die „Altersschwerhörigkeit" gerade Folge solcher Erkrankungen oder schädlichen Einwirkungen ist. Durch gezielte Behandlung wäre dann ein Aufhalten der Schwerhörigkeit in vielen Fällen möglich, statt sie als „altersbedingt" abzutun.

z.gih. **Das Bundesarbeitsministerium will dem Bundeskabinett einen „Entwurf zur Änderung der Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe" vorlegen.** Wer mit diesen Stoffen arbeitet, soll nicht mehr als 6 Stunden am Tag und 30 Stunden bzw. 35 Stunden in der Woche arbeiten. U.a. soll das auch für die Arbeiter zutreffen, die mit Asbest arbeiten. Unter den berufsbedingten Krebserkrankungen steht Asbest an erster Stelle der Todesursachen. In der BRD werden jährlich etwa 200000 t Asbest verarbeitet. Rund 10000 Beschäftigte in der Asbestindustrie und ebensoviel in der Asbestzementindustrie haben mit Herstellen von asbesthaltigen Produkten zu tun. Obwohl Asbestose schon seit 1936 als Berufskrankheit anerkannt worden ist, ist bis heute nichts wesentliches geändert worden. Und die Erkrankung des Rippenfells (Mesotheliom) wird sogar erst seit 1977 als Berufskrankheit geführt. Von 1973 bis 1978 hat sich die Zahl der angezeigten Asbestose-Erkrankungen mehr als verdoppelt (1973: 158, 1978: 332). Heute ist nur das Asbestspritzverfahren verboten worden, nachdem mehrere Todesfälle bekannt geworden waren und der DGB das Verbot gefordert hatte. In Schweden und Holland ist Asbest ganz verboten.

z.hek. **Vom 25. 3. bis 27. 3. veranstalteten das Deutsche Atomforum und die Kerntechnische Gesellschaft ihre Jahrestagung in Westberlin.** Schwerpunkt der Tagung war die Auswertung des Reaktorunfalls in Harrisburg. Professor Levi, Vorsitzender der Kerntechnischen Gesellschaft und wissenschaftlicher Geschäftsführer des Hahn-Meitner-Instituts in Westberlin, teilte auf der abschließenden Pressekonferenz mit: „Das deutsche Sicherheitssystem hat sich bewährt, ist das Ergebnis der Studie Harrisburg." Prof. Levi hält den weiteren Bau von Kernkraftwerken allein schon aus „Referenzgründen" in der internationalen Konkurrenz für unabdingbar. Die westdeutsche Botschaft in Buenos Aires hatte ebenfalls am 27. 3. „die Zuversicht zum Ausdruck gebracht, daß schon bald Einigung über die Liefe-

„Mit jedem Tag schlägt der Puls kräftiger ..."

– Presseorgane der UdSSR und DDR zur Lage in Kampuchea –

z.gek. Natürlich müssen die neuen Oberherrn „Indochinas" auch die Geschichte neuschreiben. „Erinnerungen" des Fernostkorrespondenten Lewin in der Neuen Zeit 1/80:

„Im April 1975 rüsteten sich die Phnom Penher zum Empfang der Befreier. Die Studenten übten Revolutionslieder ein und schrieben Spruchbänder, und am 17. April morgens machten junge Mädchen Sträuße aus den schönsten Blumen. Alle Straßen waren gedrängt voll. – Und dann plötzlich ... Niemand wußte, was geschah. Die Bewaffneten, die einmarschierten, trieben die Leute mit MPi-Kolben und Bajonetten auseinander. ‚Ihr Scheusale! Verräter! Kreaturen Amerikas!' brüllten sie. Dann raste ein Militärjeep durch die Hauptstraße, und ein Insasse rief: ‚Alle raus aus der Stadt! Sofort und für immer!' ... Man hörte schon die ersten Schüsse. Ein Gemetzel begann."

Je deutlicher das Kolonialprogramm der Hanoier Revisionisten in Kampuchea Gestalt annimmt, umso wahnsinniger die Rechtfertigungsversuche in der sowjetischen Presse:

„Mao hatte vor, die Bevölkerung Kampucheas auszurotten und das Land mit Chinesen zu besiedeln. Seine Handlanger erzielten dabei gewisse ‚Fortschritte'. Sie hatten Kampuchea in einen ‚Geisterstaat', eine ‚Kopie von Auschwitz', ein ‚Land des Schreckens' verwandelt. Mit Knüppeln, Spaten und Hacken ermordeten die Verbrecher des Pol-Pot-Regimes drei Millionen – etwa die Hälfte aller Einwohner Kampucheas." (Freundschaft, 11.1.1980)

Zu Anfang hatten die Sozialimperialisten den kühnen strategischen Rückzug des Demokratischen Kampuchea vor dem „Blitzkrieg" der vietnamesischen Invasoren wohl tatsächlich für einen vollständigen Sieg gehalten. Am 9. Januar 1979 kabelte Prawda-Korrespondent Skvortschow aus – Hanoi:

„Laut Berichten aus Phnom Penh herrscht eine Atmosphäre gehobener Stimmung in der wieder jugendlichen,

Stimmung in der wieder jugendlichen,

festlich geschmückten Stadt. ... Agitationstrupps erklären der Bevölkerung das Programm der Einheitsfront für die Nationale Rettung Kampucheas ... In den Vororten sind die Bauern auf die Felder zurückgekehrt, wo der Reis der Trockenperiode schon reift." – „Die Erklärung über die Gründung des Revolutionären Volksrats von Kampuchea betont, daß die revolutionären Streitkräfte das gesamte Territorium des Landes kontrollieren."

Leider ist es mit dem Blitzkrieg nichts.

„Pol Pots Parteigänger haben aus der ‚Stadt des Himmels' Instruktionen erhalten, zu einem ‚Guerillakrieg' überzugehen ...", meldet die Prawda vom 14. Januar 1979. Immerhin kann sie in den folgenden Monaten mehrfach die „vollständige Vernichtung" der Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea melden, so am 25. Juli:

„Im Laufe erfolgreicher Operationen zur Eliminierung der Überreste der Pol-Pot-Banden haben die revolutionären Streitkräfte der Republik mit brüderlicher Hilfe vietnamesischer Militäreinheiten die Hauptkräfte und -basen des Gegners in den Berggebieten, Dschungeln und auf den Inseln vernichtet. ... Die letzte größere Basis des Feindes im Westen der Provinz Pursat wurde eben zerstört ..."

Im August freilich, nach der bekannten Farce des „Revolutionsgerichts" gegen die Führer des Demokratischen Kampuchea, rutscht dem Iswestija-Korrespondenten Wasilew die bange Frage heraus:

„Welcher ehrliche Mensch kann beruhigt sein, wenn Schlächter und Fanatiker wie Pol Pot und Ieng Sary sich noch immer irgendwo draußen verbergen?"

Wieso verbergen? Tass-Kabel aus Bukarest:

„Bukarest, 30. August. – Ieng Sary traf hier ein. Er ist Mitglied der Pol-Pot-Clique, die durch das kampucheanische Volk gestürzt wurde; es war eines der barbarischsten Regimes in der Geschichte ... Die rumänische Nach-

Geschichte ... Die rumänische Nach-

richtenagentur berichtet, daß Ieng Sary von S. Andrei, dem rumänischen Außenminister, empfangen wurde und ein Gespräch mit ihm führte."

Die Flucht hunderttausender Kampucheaner vor den Ausrottungs- und Vernichtungszügen der vietnamesischen Armeekorps setzt die Sozialimperialisten weiter unter Druck. Nervös zetert Prawda-Kommentator Koriónow am 2. November:

„HEUCHLER! ...Natürlich erlebt die junge Republik enorme Schwierigkeiten. Es gibt Nahrungsknappheit. In dieser schwierigen Stunde sind die wahren Freunde des kampucheanischen Volkes zu seiner Hilfe geeilt. Mehr als 200000 t Nahrungsmittel und hunderte Tonnen Medizin und medizinische Ausrüstung haben die VRK aus der UdSSR und anderen Länder des sozialistischen Commonwealth erreicht. ... UPI hat kürzlich offen zugegeben, daß sich unter den ‚Flüchtlingen' in Thailand Pol-Pot-Banditen verbergen. Laut UPI ‚verbringen sie einige Tage in den Lagern, um sich auszuruhen und zu essen, und kehren dann nach Kambodscha zurück, um wieder am Kampf gegen die Heng-Samrin-Regierung teilzunehmen'."

Besonders enthüllend über die „Normalisierung" der Lage in Kampuchea sind die letzthin recht zahlreichen Berichte im Fernsehen und den Zeitungen der DDR, wo Heng Samrin soeben als klassische Marionette auf „Staatsbesuch" Ehrenformationen langgestolpert ist und Blumensträuße schwenken durfte. Die Fernsehberichte zeigen die Städte Kampucheas nach wie vor menschenleer, endlose Reisfelder unbestellt; kleine Gruppen produzierender Bauern, Arbeiter und Handwerker gelten als Erfolg des Kolonialwerks. Mit groteskem Stolz berichtet „Horizont" 12/1980:

„Das Leben ist zurückgekehrt ... So haben seit dem Sturz der Pol-Pot-Clique etwa 50 der 80 im ganzen Land bestehenden Betriebe ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Allein in der Hauptstadt sind es mehr als 40 ... Noch ist vieles von den Folgen der Terrorherrschaft Pol Pots überschattet:

Noch ist vieles von den Folgen der Terrorherrschaft Pol Pots überschattet:

nur 22 Ingenieure, 135 Techniker und 1250 Facharbeiter konnten bisher ihre Tätigkeit aufnehmen ... So wurden bisher 12,4 t Seife hergestellt, 292000 t Reismehl gemahlen, 5300 kg Nudeln und 18000 l der eiweißreichen Fischsoße produziert. Das Reifenwerk hat bereits wieder über 10000 Autoreifen und 16000 Fahrradreifen hergestellt. Es wurden 50000 Paar Gummisandalen angefertigt ... Um den Vorkriegsstand an Reisproduktionsflächen (2,5 Mio. ha) wieder zu erreichen, konzentrieren sich die Bemühungen auf die Rekultivierung der verwilderten Felder, besonders in den Provinzen Battambang, Takeo, Svay Rieng, Prey Veng und Kompong Cham."

Auch international bleiben die Aggressoren isoliert. Zähneknirschen in der Prawda:

„Pjöngjang, 13.3.1980 (Tass). Wie die Koreanische Nachrichtenagentur mitteilt, ist Khieu Samphan zu einem Besuch in Pjöngjang eingetroffen."



Präsident Kim Il Sung trifft am 12. März mit Khieu Samphan zusammen.

DEMOKRATISCHES KAMPUCHEA

THAILAND · VR LAOS · SR VIETNAM · ODDAR MEAN CHEY · PREAH VIHEAR · STUNG TRENG · RATANAKIRI · SIEM RAP · BATTAMBANG · KOMPONG THOM · KRATIE · MONDULKIRI · PURSAT · KOMPONG CHNANG · KOMPONG CHAM · PREY VENG · KOH KONG · KOMPONG SPEU · SVAY RIENG · TAKEO · KAMPOT · KOMPONG SOM

Legende: Staatsgrenze · Provinzgrenze · Hauptstadt · Große Stadt · Hauptstraße · Eisenbahn · Fluß · Flughafen · Hafen

Gerasterte Fläche: Operationsgebiet der Armee und der Guerillaverbände des Demokratischen Kampuchea im Februar/März 1980

Kampuchea: Günstige Entwicklung der militärischen Lage

z.rua. Am 20.3. kündigte das Heng-Samrin-Regime die baldige Wiedereinführung von Geld an. Dies sei – so Heng Samrin – „ein erneuter großer Sieg für das Land und sein Volk. Der Druck von Banknoten habe das Ziel, die Produktion besonders der Landwirtschaft zu ermutigen. Jeder solle die Ziele des Geldumlaufs zu verstehen suchen und seine Pflicht tun, die neue Währung zu schützen." (Radio Phnom Penh, 20.3.) Offensichtlich gibt es Probleme, dem kampucheanischen Volk diesen großartigen Sieg einsichtig zu machen. Während des Aufbaus des Demokratischen Kampuchea gab es kein Geld, aber es gab Essen. Heute, mehr als ein Jahr nach der Besetzung durch Vietnam, wurde über eine Million Kampucheaner zu Tode gehungert. Normalerweise wäre jetzt Erntezeit. Die Besatzer hindern das Volk Kampucheas an der Bestellung des Landes. Sie plündern die trotzdem angebauten Reisfelder und die dürftigen Vorräte der Massen. Mit dem Versprechen auf Reis zwingen sie sie in den besetzten Gebieten in sogenannte „Selbstverteidigungsgarden" oder „Khmer-Soldaten". Den Willen des kampucheanischen Volkes können sie

„Khmer-Soldaten". Den Willen des kampucheanischen Volkes können sie

trotzdem nicht brechen. Mit der Einführung des Geldes wollen sie den Handel unter ihre Kontrolle bringen.

Fünf Monate sind seit Beginn der zweiten großangelegten Trockenzeitoffensive vergangen. Statt das Land wie geplant blitzartig zu überrollen und endgültig einzuverleiben, sind die vietnamesischen Aggressionstruppen im ganzen Land in schwere Kämpfe verwickelt und müssen hohe Verluste hinnehmen. Die Armee und die Guerillas des Demokratischen Kampuchea dehnen ihre Operationsgebiete ständig aus. Sie operieren in kleinen Gruppen von 8–12 Kämpfern und zermürben die Aggressoren mit zahlreichen Angriffen. In den Hauptkampfgebieten an der Nordost-, Nordwest- und Südwestfront haben sie den vietnamesischen Aggressoren in der Zeit vom 16.2. bis zum 6.3. Verluste von 9417 Mann zugefügt, das ist eine tägliche Verlustrate von 496 Mann. Sie eroberten dabei große Mengen von Waffen und Munition, zahlreiche Militärfahrzeuge wurden zerstört. In den Provinzen Battambang, Pursat und Koh Kong wurden seit Anfang Februar mehr als 30 vietnamesische Lager gestürmt, die Feinde vertrieben und die Dörfer befreit. Gleichzeitig intensivieren die Armee und die Guerillas des Demokratischen Kampuchea ihre Angriffe auf die vietnamesischen Besatzungstruppen in den an der Grenze zu Vietnam gelegenen Provinzen Mondulkiri und Ratanakiri sowie in der Zentralregion.

Die vietnamesischen Aggressoren müssen in den noch verbleibenden zwei Monaten der Trockenperiode die Entscheidung suchen. Sie intensivieren die Giftgasbombardierungen auf die befreiten Gebiete. In den Provinzen Kratie, Takeo, Battambang und Kompong Thom haben sie Wasser vergiftet. In den zeitweilig besetzten Gebieten greifen sie zu immer bestialischeren Methoden, um das Volk niederzuwerfen. Auf den zentralen Plätzen werden Guillotinen aufgestellt. In der Provinz Preah Vihear enthaupteten sie am 29.1. fünf Männer, weil sie die Armee und Guerillas des Demokratischen

29.1. fünf Männer, weil sie die Armee und Guerillas des Demokratischen

Kampuchea mit Nahrungsmitteln versorgten, und trugen ihre Köpfe auf Stöcken durch die umliegenden Dörfer. Im Pailin-Distrikt stachen sie einem alten Mann die Augen aus, weil er sich weigerte, als Spion für sie tätig zu sein. Gegen diesen Terror erheben sich zunehmend die „Selbstverteidigungsgarden" und „Khmer-Soldaten". In der Oddar-Meanchey-Provinz töteten sie Ende Januar 94 Offiziere; in der Provinz Stung Treng warfen Selbstverteidigungsgarden Granaten auf eine Versammlung vietnamesischer Offiziere und töteten dabei 10. Oft schließen sich die Selbstverteidigungsgarden den Befreiungsstreitkräften an. Die Zersetzung unter den Besatzern nimmt weiter zu. Die tägliche Desertionsrate beträgt mehrere Dutzend; Meutereien häufen sich. Seit Anfang Februar haben sich in den Hauptkampfzonen im Nordwesten Kampucheas 4 Kompanien erhoben, ihre Kommandeure haben sie erschossen.

rung eines deutschen Atomreaktors an Argentinien erzielt werden kann." (FAZ, 28. 3.) Levi forderte weiter den Bau einer Entsorgungsanlage für Forschungszwecke.

z.brp. **Deutsche Postgewerkschaft erreicht in Verhandlungen mit dem Bundespostminister, daß 30000 Post-Dienstposten im Nachtragshaushalt '79 und im Haushalt '80 höher bewertet werden.** Gscheidle wollte stattdessen eine Ausweitung der Stellenpuffer (Unterschied zwischen Dienstposten und Planstellen). Die Bewertungen gelten rückwirkend ab 1. Januar 1980. Auch wenn die Höherbewertungen vor allem im einfachen und mittleren Dienst vorgenommen werden (2300 nach A4, 6500 nach A5, 10000 nach A7 und 1900 nach A8), so kann man nicht die Tatsache übersehen, daß sie nur für 6,5% der Postbeschäftigten gelten und daß sie nach der jetzt vom Bundespersonalausschuß gebilligten neuen Bundeslaufbahnordnung nach „Leistungs- und Wettbewerbsgesichtspunkten" durchgeführt werden sollen.

z.rua. **Die EG-Kommission hat einen Bericht über die Auswirkungen der Mikroelektronik in den 80er Jahren veröffentlicht.** Durch Einsatz mikroelektronischer Anlagen sollen in den öffentlichen Diensten 38% der Arbeitsplätze eingespart, die Produktivität in der Industrie um 80% erhöht werden. Die BRD, Frankreich und Großbritannien halten auf dem Weltmarkt einen Exportanteil bei Produktionsmitteln von zusammen 42%, die USA nur 22%. In der Anwendung der Mikroelektronik sind sie ihren europäischen Konkurrenten jedoch überlegen. Die EG-Kommission stellt fest, daß vor allem die Arbeitskosten gesenkt werden müssen, um die Konkurrenzfähigkeit zu steigern. Durch die kapitalistische Anwendung der neuen Maschinerie wird die industrielle Reservearmee vermehrt und der Druck auf den Lohnstandard erhöht. Von 1973 bis 1977 wurden darüber in der EG 2 Mio. Industriearbeiter freigesetzt; 50% davon in der BRD. Heute ist in der BRD jeder fünfte gelernte Facharbeiter als Hilfsarbeiter tätig. Die EG-Kommission fordert die europäischen Arbeiter auf, „mobil von Kopf bis Fuß" zu werden.

z.lup. **Mit einer Abschlußveranstaltung in Frankfurt am 23.3.1980 endete die dreiwöchige Veranstaltungsreihe des KBW über den Kampf des Volkes von Ost-Timor und die Lage in Südostasien.** Auf der Veranstaltung sprach Genosse Abilio Araújo, Mitglied des Zentralen Komitee der FRETILIN und Minister für Wirtschaft und Soziales der Demokratischen Republik Ost-Timor. Insgesamt 26 Veranstaltungen wurden von 2634 Teilnehmern besucht. Eine Sammlung auf diesen Veranstaltungen für den Befreiungskampf des Volkes von Ost-Timor erbrachte ein Ergebnis von 25578 DM.



Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

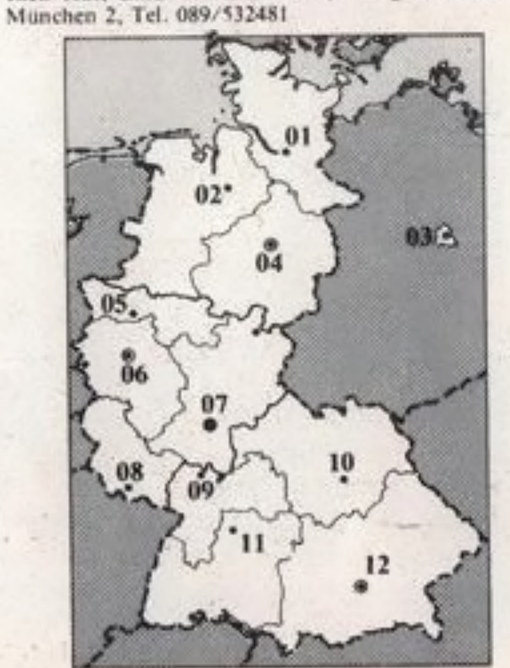
Alle Hefte erscheinen wöchentlich. Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.hob. **„Der DGB-Landesbezirk Niedersachsen entwickelt gemeinsam mit Vertretern der niedersächsischen Studentenschaften Positionen zur Einführung von „Praxissemestern" an Fachhochschulen".** Das gab der DGB-Landesbezirk in der letzten Woche in einer Presseerklärung bekannt, nachdem am 15.3.80 in Hannover ein Arbeitsseminar mit Vertretern der niedersächsischen Fachhochschul-ASten und dem Projektbereich Fachhochschulen/Gesamthochschulen der vds durchgeführt wurde. „... 2. Der rechtliche Status des Praktikanten als Arbeitnehmer mit allen Vertragsrechten muß geklärt sein. Dabei sind auch über tarifvertragliche Regelungen ausreichende Entlohnungsbedingungen zu schaffen. 3. Damit die Praxissemester nicht dem alleinigen Verwertungsinteresse der Arbeitgeber und Ausbildungsträger unterliegen, müssen verbindliche, inhaltliche Ausbildungsrichtlinien... entwickelt werden. 4. Die Einhaltung dieser Ausbildungsrichtlinien unterliegt auch der Kontrolle der betrieblichen Vertreterorgane... Solange obige Forderungen nicht erfüllt sind, lehnen die Vertreter der Gewerkschaften die Einführung von Praxissemestern ab. ... Aufgrund der solidarischen Diskussion erhoffen sich alle Beteiligten Impulse für eine intensivere Zusammenarbeit auch über den Problembereich „Praxissemester" hinaus" (aus der Presseerklärung).

b.trs. **Am 27.3. führten die Fachgruppen Versicherungen und Einzelhandel der HBV mit Unterstützung der Fachgruppe Banken und der HBV-Jugend eine Aktion in Hamburg durch.** Ca. 200 beteiligten sich an der Kundgebung. Die Versicherungsbeschäftigten fordern 8,6% mehr Gehalt und strukturelle Verbesserungen wie Streichung der Tarifgruppe 1 und Verkürzung der Berufsjahresstaffeln. Das 5,5-Prozent-Angebot der Versicherungskapitalisten wurde entschieden abgelehnt. Die Einzelhandelsbeschäftigten fordern Erhöhung der Gehälter und Löhne um 120 bis 310 DM. Ein Umzug in Form einer Schlange wurde über die Mönckebergstraße und durch die großen Kaufhäuser durchgeführt, dabei wurden auch in den Kaufhäusern Flugblätter an Kunden und Beschäftigte verteilt.



bung. Die Versicherungsbeschäftigten fordern 8,6% mehr Gehalt und strukturelle Verbesserungen wie Streichung der Tarifgruppe 1 und Verkürzung der Berufsjahresstaffeln. Das 5,5-Prozent-Angebot der Versicherungskapitalisten wurde entschieden abgelehnt. Die Einzelhandelsbeschäftigten fordern Erhöhung der Gehälter und Löhne um 120 bis 310 DM. Ein Umzug in Form einer Schlange wurde über die Mönckebergstraße und durch die großen Kaufhäuser durchgeführt, dabei wurden auch in den Kaufhäusern Flugblätter an Kunden und Beschäftigte verteilt.



b.thc. **Die IG Bau Steine Erden steht mit der Architektenkammer Schleswig-Holstein in Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages.** Für die 1200 Angestellten in den 304 Büros freier Architekten gab es bisher noch keine Tarifverträge. Die Gehälter wurden in Anlehnung an den Tarifvertrag der Bauindustrie gezahlt. Danach erhielt ein Bauzeichner, eingestuft in die Gehaltsstufe T2, im ersten Berufsjahr ein Gehalt von 1740 DM plus einer Zulage von ca. 250 DM. Mit Abschluß eines Tarifvertrages in diesem Bereich haben alle Berufszweige in der Bauindustrie Tariffähigkeit erlangt.

b.güt. **Der Betriebsrat der Hamburger Aluminiumwerke (HAW) hat auf der Betriebsversammlung vom 26.3. Forderungen zur Umsetzung der 40-Stundenwoche bei Kontischicht vorgetragen.** Der Manteltarifvertrag der IG-Chemie legt fest, daß ab 1.6.80 schrittweise die 42 Std-Woche auf 40 verkürzt wird. In Betriebsvereinbarungen muß geregelt werden, wie das verwirklicht werden soll. Der BR verlangt: 1 zusätzliche Freischicht alle 4 Wochen (das entspricht der Verkürzung von 42 auf 40 Stunden)/Neueinstellungen auf Tagschicht, die in den Freischichten einspringen/voller Lohnausgleich durch Erhöhung der Schichtzulage/-Arbeiter sollen mit 55 Jahren bei vollem Lohnausgleich auf Tagschicht versetzt werden. Die HAW-Kapitalisten haben sich ausweichend geäußert. Jeder Vorschlag soll geprüft werden. Sie überlegen, wie sie die Verkürzung der Arbeitszeit duch Intensivierung der Arbeit und Ausdehnung der Überschichten wettmachen können. Der BR hat erklärt, daß er derartige Bestrebungen nicht zulassen werde. Er hat die Unterstützung der Belegschaft. Von 760 Beschäftigten arbeitet die Hälfte in Kontischicht. Viele davon bereits seit 8 Jahren, seit HAW die Produktion aufgenommen hat. Sie verlangen, daß die Belastungen der Schichtarbeit abgebaut werden. Der zuständige Sekretär der IG Chemie unterstützte auf der Versammlung die Forderungen des BR.

b.suk. **Auf 3 Veranstaltungen will die ÖTV Jugend die wichtigsten Forderungen zum MTV-A beraten.** Die erste ist am 31.3. Dazu veröffentlichte die ÖTV Jugend zur Forderung „Bezahlung aller Ausbildungskosten durch den Arbeitgeber" folgende Untersuchung (Jahresangaben einer Krankenschwester):

Fahrtkosten	401,50 DM
Bücher (1 x Faller)	14,80 DM
Schreibmaterial	60,00 DM
Bekleid. (Schuhe, usw)	181,00 DM
Verpflegung	72,00 DM
zusammen	729,30 DM
bekommen hat sie pro Jahr	6369,30 DM
es bleiben ihr also	5640,00 DM

Der Kreisjugendausschuß des DGB unterstützt im Namen der Hamburger Gewerkschaftsjugend die Forderungen der ÖTV.

r.scm. **Die niedersächsische Wirtschaftministerin Breuel hat jetzt Durchführungsbestimmungen zum „Energie-Aktions Programm" erlassen.** Im vergangenen September war von der Landesregierung dieses Programm mit einem Volumen von knapp 68 Mio. Mark beschlossen worden. Verringerung des Erdöleinsatzes durch Ausbau von Erdgasleitungsnetz und Fernwärme, Zuschüsse für energiesparende Investitionen für kleine und mittlere Kapitalisten sowie landwirtschaftliche Betriebe, „Verbraucheraufklärung" und Energiesparmaßnahmen im staatlichen Bereich sind die Hauptpunkte. Die jetzt erlassenen Duchführungsbestimmungen beziehen sich auf die Investitionsförderung im staatlichen und landwirtschaftlichen Bereich sowie an Kapitalisten. Mindestens 45000 DM muß die zu fördernde Investition betragen, mindestens 20% an Energieeinsparung bringen, diese Voraussetzungen verhindern, daß die Mittel in größerem Maße kleinen Bauern zufließen. Ferner besteht kein Rechtsanspruch auf Förderung. Wird sie dagegen erteilt, so können Kapitalisten bis zu 2/3 als verbilligtes Darlehen (3%ig verzinst) erhalten, bei Modellvorhaben bis zu 50% als Zuschuß. 33 der 68 Millionen sollen im staatlichen Bereich für Energieeinsparung investiert werden. Neben Isolierungen und Wärmepumpen wird im Energie-Aktions-Programm die Betriebsüberwachung von Wärmeerzeugungs-, -verteilungs- und -verbrauchsanlagen und die Temperaturbegrenzung in Behörden auf maximal 20° C genannt.

Verringerung des Erdöleinsatzes durch Ausbau von Erdgasleitungsnetz und Fernwärme, Zuschüsse für energiesparende Investitionen für kleine und mittlere Kapitalisten sowie landwirtschaftliche Betriebe, „Verbraucheraufklärung" und Energiesparmaßnahmen im staatlichen Bereich sind die Hauptpunkte. Die jetzt erlassenen Duchführungsbestimmungen beziehen sich auf die Investitionsförderung im staatlichen und landwirtschaftlichen Bereich sowie an Kapitalisten. Mindestens 45000 DM muß die zu fördernde Investition betragen, mindestens 20% an Energieeinsparung bringen, diese Voraussetzungen verhindern, daß die Mittel in größerem Maße kleinen Bauern zufließen. Ferner besteht kein Rechtsanspruch auf Förderung. Wird sie dagegen erteilt, so können Kapitalisten bis zu 2/3 als verbilligtes Darlehen (3%ig verzinst) erhalten, bei Modellvorhaben bis zu 50% als Zuschuß. 33 der 68 Millionen sollen im staatlichen Bereich für Energieeinsparung investiert werden. Neben Isolierungen und Wärmepumpen wird im Energie-Aktions-Programm die Betriebsüberwachung von Wärmeerzeugungs-, -verteilungs- und -verbrauchsanlagen und die Temperaturbegrenzung in Behörden auf maximal 20° C genannt.

b.pet. **Hamburger Senat beschließt Zulassungsregelung für ausländische Bewerber zum Studienkolleg.** Diese Regelung trifft alle Ausländer, die studieren wollen, gleich. Zugelassen wird nur, wer mindestens 70% vom Notendurchschnitt seines Heimatlandes erreicht hat. 70% Notendurchschnitt bedeuten aber nicht Anspruch auf einen Platz im Studienkolleg, da nur die ersten 115 genommen werden. Hat ein Bewerber über 70%, wird aber nicht genommen, so kann er sich erneut bewerben und erhält einen Bonus von 2%, bei einer weiteren Bewerbung erhält er nochmals 2% Bonus, danach gibt es keinen Bonus mehr.

b.job.Hamburg. **Umschülerkonferenz ruft auf zur Teilnahme an 1.Mai-Demonstration.** Die 20 Teilnehmer kamen von folgenden Umschulung- und Fortbildungseinrichtungen: BFW-Hamburg, -Kiel, BBZ-Lüneburg, GFA Altona, -Harburg, Facharbeiterausbildungs GmbH (Grone) Hamburg, -Neumünster. Es wurde beschlossen, am 1. Mai zu demonstrieren unter den Forderungen: Mindestens 80% vom letzten effektiven Nettolohn als Unterhaltsgeld für Umschüler und Fortzubildende! 1200 DM Mindest-UHG! Berechnung des Rehabilitandenübergangsgeldes ebenfalls entsprechend dem tatsächlichen Nettolohn! UHG- und Übergangsgelderhöhungen entsprechend den durchschnittlichen Tariferhöhungen in der Industrie! UHG-Fortzahlung im Krankheitsfall ohne jede Unterbrechung! Streichung des Fehlzeitenerlasses! Selbstverwaltung der Versicherungskassen durch die Versicherten und Bezahlung der Beiträge ausschließlich durch die Unternehmer!

Urabstimmung der IGM beim Heizungshandwerk

Verhandlungsergebnis von 7,45% und Vorweganhebung der unteren Gehaltsgruppen

r.chc. Vom 22. bis 24. März fand für die Hamburger Heizungsbranche die Urabstimmung statt. Das Urabstimmungsergebnis zeigte unmißverständlich die Kampfbereitschaft der Metaller. 89,1% der organisierten Heizungsarbeiter in Hamburg stimmten für Streik für die Forderung der IG Metall nach 10% mehr Lohn und Gehalt, Vorweganhebung der Gehaltsgruppen K/T2 und K/T3 um 75 DM und 30 Tage Urlaub für alle bis spätestens 1983. Schon der Antrag der Tarifkommission auf Durchführung der Urabstimmung veranlaßte die Kapitalisten, ihr Angebot von 5,34% auf 6,36% zu erhöhen. Ca. 90% der Beschäftigten sind organisiert. Die Kapitalisten sind auf den Baustellen unter Termindruck. Schon bei laufender Produktion sind die Termine knapp und können teilweise nicht eingehalten werden. Ein Streik würde die Kapitalisten teuer kommen, Konventionalstrafen drohen. Die erfolgreiche Urabstimmung reichte, das Angebot erneut zu erhöhen. Am 27.3. kam das vorläufige Verhandlungsergebnis zustande. Erhöhung des Ecklohns um 82 Pfg. entsprechend für die anderen Lohn- und Gehaltsgruppen um 7,45%, Vorweganhebung von K/T2 und K/T3 um 20 bis 40 DM und Stufenplan für 30 Tage Urlaub für Arbeiter und Angestellte bis 1984 und für Lehrlinge bis 1985. In der Gehaltsgruppe K/T2, Teilzeichner nach abgeschlossener Lehre, und K/T3, Technische Zeichner mit abgeschlossener Lehre nach 2 Berufsjahren, sind das bei einer Vorweganhebung von mindestens 20 DM ca. 137 DM bzw. 147 DM.

Wie ein Kollege aus einem mittleren Betrieb berichtete, arbeiten dort ca. 40 Kollegen von 300 Beschäftigten in der Werkstatt. Hier werden die Teile vorbereitet wie Lüftungen und kleine Kessel. In der Werkstatt wird Akkord gearbeitet. Abgegeben werden durchschnittlich 140%. Für diese Arbeiter, überwiegend Facharbeiter, bringt das Verhandlungsergebnis ca. 190 DM. Die meisten Kollegen arbeiten auf den Baustellen. Für sie bringt das Ergebnis einschließlich der Erhöhung auf die tarifliche Leistungszulage von 25% folgendes:

	DM-Betr.	Std.Lohn
unt.Lohngr.	ca. 141	9,45 DM
Hilfsmonteur	ca. 157	10,65 DM
Monteur (Eckl.)	ca. 176	11,83 DM
Obermonteur	ca. 193	12,99 DM

Nicht berücksichtigt sind die Erhöhungen auf die Schmutzzulage (15%) und auf die Auslösung (Wegegeld).

Im Vergleich zur metallverarbeitenden Industrie hat die Urabstimmung zu einem guten Verhandlungsergebnis geführt. Am 1./2.4. findet die 2. Urabstimmung statt, wo über die Annahme dieses Verhandlungsergebnisses abgestimmt wird.



Urabstimmung auf der Baustelle der Hermes-Versicherung in Hamburg.

„Der Gürtel wird enger zu schnallen sein."
Flessner zum Agrarbericht

r.dim. Der diesjährige Agrarbericht ist veröffentlicht, dem schleswig-holsteinischen Teil kann man entnehmen:
– Von 34146 Betrieben 1978 sind 882 Betriebe bis 40 ha 1979 ruiniert worden. Im einzelnen 392 Betriebe zwischen 1-10 ha, 235 zwischen 10-20 ha, 263 zwischen 20-30 ha, 173 zwischen 30-40 ha, das entspricht einer Abnahme von 4,4%. 181 Betriebe stiegen in flächenstärkere Größenklassen auf, am geringfügigsten 10 (0,3%) zwischen 40-50 ha, 104 (2,6%) zwischen 50-75 ha, 43 (3,8%) zwischen 75-100 ha und 24 (2,4%) über 100 ha.
– den größten Flächenzuwachs hatten die Betriebe zwischen 75-100 ha mit 3,8% (3583 ha) und über 100 ha mit 2,0% (3546 ha) (landwirtschaftliche Nutzfläche 1101012 ha).
– Freigesetzt worden für die kapitalistische Profitproduktion sind von 76/77 auf 78/79 etwa 1000 vollbeschäftigte Bauern und ihre Familien und 1000 ständig beschäftigte Landarbeiter. Für die übrig gebliebenen Bauern – vor allem in den Futterbaube-
mit 24,7% und bei Futterbaubetrieben mit 5,3%. Das schlägt sich in einer rapide verschlechternden Liquiditätslage nieder, die kurzfristigen Schulden sind von 78 bis 79 um 56 DM je ha gestiegen und von 79 bis 80 nochmals um ca. 90 DM. Kurzfristige Schulden in diesem Ausmaß werden nur gemacht, wenn die Erzeugerpreise kein ausreichendes Arbeitseinkommen garantieren. Zu dieser Lage äußert sich Landwirtschaftsminister Flessner frech: „Mit einem erheblichen Rückgang der landwirtschaftlichen Einkommen muß im laufenden Wirtschaftsjahr 79/80 gerechnet werden... Unsere Landwirtschaft steht vor einem schweren Jahr; der Gürtel wird enger zu schnallen sein!" Seine Begründungen sind die nicht übersehbaren Auswirkungen der Energieverteuerung auf die Betriebsmittelpreise und die Nachfrage nach Veredelungsprodukten, die eine ungünstige Preis-Konten-Entwicklung nach sich ziehen.
Aber Flessner weiß natürlich ange-
(bei Milch, die Red.), aber ohne Ausnahmen, stimme ich zu, wenn die Mittel gezielt für die Absatzförderung und noch mehr als bisher für Anreize zur Aufgabe der Milchviehhaltung in Betrieben mit Alternativen verwendet werden. Unter dieser Voraussetzung wäre ich sogar bereit, einer Erhöhung der Abgabe über die von der Kommission vorgeschlagenen 1,5% hinaus zuzustimmen." Den Vorschlag von Ertl, die über 12000 kg je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche hinausgehende Milchanlieferung mit einer Sonderabgabe zu belasten, hält er für „diskutabel".
Der kleine und mittlere Bauer soll auch noch dafür zahlen, daß er seine Produktionsmittel, die Kühe aufgeben soll. Aber nur durch intensive Veredelung bei hoher Überarbeit ist überhaupt ein Auskommen zu erreichen, große Maschinerie zur Erhöhung der Produktivität kann er sich nicht leisten, anders als die Agrarkapitalisten, die auch noch über Verbesserungen der Kommissionsvorschläge für Rapsan-

„Der Gürtel wird enger zu schnallen sein."
Flessner zum Agrarbericht

r.dim. Der diesjährige Agrarbericht ist veröffentlicht, dem schleswig-holsteinischen Teil kann man entnehmen:

– Von 34146 Betrieben 1978 sind 882 Betriebe bis 40 ha 1979 ruiniert worden. Im einzelnen 392 Betriebe zwischen 1-10 ha, 235 zwischen 10-20 ha, 263 zwischen 20-30 ha, 173 zwischen 30-40 ha, das entspricht einer Abnahme von 4,4%. 181 Betriebe stiegen in flächenstärkere Größenklassen auf, am geringfügigsten 10 (0,3%) zwischen 40-50 ha, 104 (2,6%) zwischen 50-75 ha, 43 (3,8%) zwischen 75-100 ha und 24 (2,4%) über 100 ha.

– den größten Flächenzuwachs hatten die Betriebe zwischen 75-100 ha mit 3,8% (3583 ha) und über 100 ha mit 2,0% (3546 ha) (landwirtschaftliche Nutzfläche 1101012 ha).

– Freigesetzt worden für die kapitalistische Profitproduktion sind von 76/77 auf 78/79 etwa 1000 vollbeschäftigte Bauern und ihre Familien und 1000 ständig beschäftigte Landarbeiter. Für die übrig gebliebenen Bauern – vor allem in den Futterbaubetrieben – führt das zu einer immer größeren Arbeitsbelastung. Der Arbeitskräftebesatz je 100 ha LF ist bei den Vollerwerbskräften von 4,81 auf 4,61 zurückgegangen, bei den Familienarbeitskräften von 4,24 auf 3,82 im Durchschnitt.

– Der Gewinn je Familienarbeitskraft ist 78/79 um 9,5% gesunken. Besonders drastisch war die Einkommensminderung bei Marktfruchtbetrieben mit 24,7% und bei Futterbaubetrieben mit 5,3%. Das schlägt sich in einer rapide verschlechternden Liquiditätslage nieder, die kurzfristigen Schulden sind von 78 bis 79 um 56 DM je ha gestiegen und von 79 bis 80 nochmals um ca. 90 DM. Kurzfristige Schulden in diesem Ausmaß werden nur gemacht, wenn die Erzeugerpreise kein ausreichendes Arbeitseinkommen garantieren. Zu dieser Lage äußert sich Landwirtschaftsminister Flessner frech: „Mit einem erheblichen Rückgang der landwirtschaftlichen Einkommen muß im laufenden Wirtschaftsjahr 79/80 gerechnet werden... Unsere Landwirtschaft steht vor einem schweren Jahr; der Gürtel wird enger zu schnallen sein!" Seine Begründungen sind die nicht übersehbaren Auswirkungen der Energieverteuerung auf die Betriebsmittelpreise und die Nachfrage nach Veredelungsprodukten, die eine ungünstige Preis-Konten-Entwicklung nach sich ziehen.

Aber Flessner weiß natürlich angesichts der Großkundgebung des Bauernverbandes in Essen mit 14000 Bauern, darunter 500 aus Schleswig-Holstein, daß die Bauern bereit sind, Kampfmaßnahmen wie 1970 zu ergreifen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Deshalb: „Heute müssen die Weichen gestellt werden, um eine eskalierende negative Entwicklung zu verhüten!" Weichen, die aufs Abstellgleis führen sollen: „Der globalen Anhebung der Mitverantwortungsabgabe (bei Milch, die Red.), aber ohne Ausnahmen, stimme ich zu, wenn die Mittel gezielt für die Absatzförderung und noch mehr als bisher für Anreize zur Aufgabe der Milchviehhaltung in Betrieben mit Alternativen verwendet werden. Unter dieser Voraussetzung wäre ich sogar bereit, einer Erhöhung der Abgabe über die von der Kommission vorgeschlagenen 1,5% hinaus zuzustimmen." Den Vorschlag von Ertl, die über 12000 kg je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche hinausgehende Milchanlieferung mit einer Sonderabgabe zu belasten, hält er für „diskutabel".

Der kleine und mittlere Bauer soll auch noch dafür zahlen, daß er seine Produktionsmittel, die Kühe aufgeben soll. Aber nur durch intensive Veredelung bei hoher Überarbeit ist überhaupt ein Auskommen zu erreichen, große Maschinerie zur Erhöhung der Produktivität kann er sich nicht leisten, anders als die Agrarkapitalisten, die auch noch über Verbesserungen der Kommissionsvorschläge für Rapsanbau gefördert werden sollen.

Ob Flessners Vorschläge angesichts der Bewegung der Bauern für Erhöhung der Erzeugerpreise greifen, ist fraglich. Wenn sich die Forderung nach Austritt der BRD aus der EG durch Kündigung der Römischen Verträge durchsetzt, sind die Bedingungen für die Bauern nochmals besser, denn die EG ist ein Instrument des Finanzkapitals zur Senkung der Erzeugerpreise.

b.sal. **„Im Herbst müssen nach Befürchtung von Fischern die ersten Krabbenkutter stillgelegt werden!"** (DLZ, 27.3.80). Mit 40 Husumer Kuttern sind zwar 1979 500 t mehr gefangen worden, jedoch sind die Erlöse der Fischer um 250000 DM gesunken. Ähnlich sieht es in der gesamten Küstenfischerei aus, so ist in Schleswig-Holstein die Kutterflotte seit 1956 um 60% kleiner geworden. – Nachdem Bundes- und Landesregierung 2,5 Mio. DM Gasölbeihilfe versprochen, aber noch nicht gezahlt haben, überlegen sie augenblichlich weitere Maßnahmen zur Ruinierung der Fischer und Förderung der Industriefischerei. MdB Zumpfort (FDP) propagiert, daß geprüft werde, inwieweit Umstellungen auf energiesparende und qualitätsfördernde Fangmethoden finanziell unterstützt werden könnten. Entsprechende Untersuchungen wurden mit dem Fangschiff „Solea" durchgeführt. Durch große Maschen im Vornetz soll beim Schleppen der Wasserwiderstand und dadurch der Treibstoffverbrauch verringert werden. Durch Einsatz von „Taunetzwerken" anstelle der herkömmlichen, können neben der Treibstoffeinsparung höhere Fangquoten erzielt werden. Da die Leistung der Kutter höchstens bei 300 bis 500 PS liegt, können die Fischer die erforschten Netze nicht einsetzen, weil die Zugkraft zu gering ist. Bei einer proportionalen Verkleinerung des Fanggeschirrs fehlt ihnen wieder das Kapital.

b.ulr. **Die Beschäftigten des Städtischen Krankenhauses Kiel boykottieren die Maßnahme der Verwaltung zur Wahl des „freundlichsten Mitarbeiters" durch die Patienten.** Nur eine abgelegene Abteilung beteiligte sich daran. Einem Leserbrief einer Station an die „Kieler Nachrichten" konnte man weiterhin entnehmen, daß die Beschäftigten die Kostendämpfungsmaßnahmen ablehnen und mehr Personal fordern.

Haus	Betten	Bett/ Pflgpers.	Bett Arzt
3(Neub)	216	3,6	18,0
4	152	2,9	13,8
5(Uni)	120	2,5	5,2

Wie aus der Tabelle zu ersehen ist, bestehen große Unterschiede im Städtischen Krankenhaus im Verhältnis Bett zu Pflegepersonal und Ärzten. Durch die Aktion der Verwaltung ließen sich die Belegschaften aber nicht spalten. Die Wahlzettel landeten einheitlich in den Papierkörben.

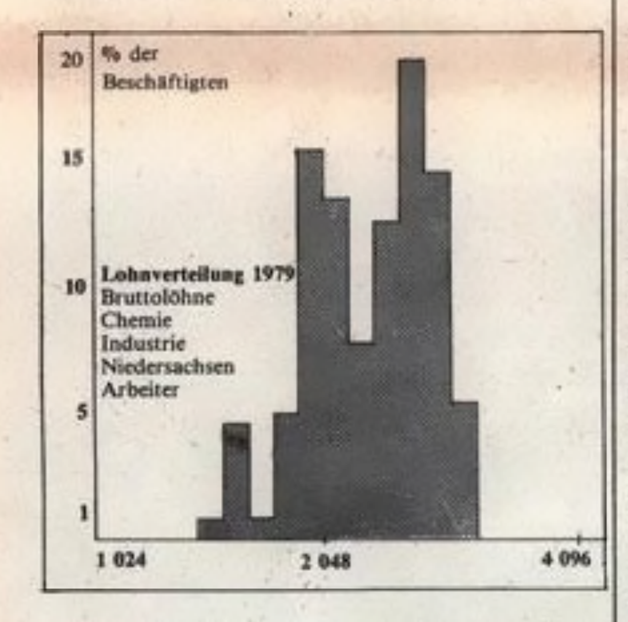
b.reh. **Lauenburgischer Kreistag beschließt Ablehnung der Sondermülldeponie Groß Weeden.** Mit Stimmenmehrheit der CDU wurde am 20.3. auch beschlossen: „Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, daß das Planfeststellungsverfahren korrekt durchgeführt wurde." Damit ist die Landesregierung eingeladen, über eine Fachanweisung den Bau der Deponie anzuordnen. Die Säulen des Planfeststellungsbeschlusses sind Gutachten verschiedener Institute. Die Wissenschaftlichkeit des Entscheidenden, der Bundesanstalt für Geowissenschaften, sah so aus: An 3 Stellen wurde in der Grube der alten Ziegelei der Ton mit verschiedenen Säuren in Berührung gebracht. Ergebnis: der Ton wurde nicht zersetzt. Folge: die Grube ist dicht. Gerade dagegen sprechen aber die Erfahrungen der Anwohner: – Die ehemalige Ziegelei sei wegen der schlechten Tonqualität geschlossen worden, die Ziegel gerissen. – 1977 sei der Wasserstand in der Grube trotz starker Regenfälle kaum gestiegen. – Treibsand am Rande der Grube treibe das Grundwasser auf die umliegenden Felder. – Die Fließrichtung des Grundwassers gehe in Richtung Klein Disnach, wo ein Wasserwerk gebaut werde, mit dem unter anderem Lübeck versorgt wer-

Die Beker-Kapitalisten kaufen ihr altes Werk wieder auf, die Landesregierung will weiter zahlen

r.bia. Das Düngemittelwerk der Beker-Chemie in Brake ist am 19. März vom ehemaligen Besitzer Beker USA wieder aufgekauft worden. 1978 hatten die Beker-Kapitalisten die Produktion einstellen lassen und 20 Mio. DM Schulden und ausstehende Lohngelder der 108 Arbeiter und Angestellten hinterlassen. Der einzige Interessent war jetzt die mit 20000 DM Eigenkapital neugegründete ‚Braker Industrieanlagen Verwaltung GmbH' mit Sitz in Frankfurt, eine Tochter der Beker-Chemie USA.

Die Beker-Kapitalisten hatten auf der Auktion über ihre Tochtergesellschaft das Werk für den Spottpreis von 10095000 DM erstanden. Der Verkehrswert des Werkes beläuft sich auf 2,1 Mio. DM, so hoch sind auch die Ansprüche der Gläubiger. Während der Auktion handelten Vertreter der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg/Bremen mit dem Beker Vertreter Perry D. Duryea auf dem Flur den Preis aus. Die Kreditanstalt war mit dem Kaufpreis von 10 Mio. DM zufrieden, sind doch damit ihre Schulden gedeckt, weil sie als Betreiber des Konkursverfahrens auftrat. Alle anderen Gläubiger gingen leer aus, ebenso die Beker-Arbeiter, die ihr 13. Monatsgehalt vom Dezember 1978, insgesamt 90000 DM, immer noch nicht bekommen haben.

Das Chemie-Werk Brake war 1977 mit einem Kostenaufwand von 40 Mio. DM in Betrieb genommen worden. Die DM in Betrieb genommen worden. Die Beker-Kapitalisten hatten an dieser Summe den geringsten Anteil bezahlt. Mit einem Einsatz von 800000 DM Eigenkapital, aus einem Landeszuschuß 2,4 Mio. DM; aus einem Produktionsvorschuß von Klöckner 7 Mio. DM; aus Krediten von den Banken, u.a. der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg/-Bremen 11,4 Mio. DM (die erst jetzt mit dem Kauf bezahlt wurden), und 10 Mio. DM sonstigen Schulden setzen sie die Produktion in Gang. Das Land Niedersachsen hatte zudem extra den Braker Hafen für 6 Mio. DM ausbauen lassen, damit Beker seine Rohstoffe billiger und besser anlanden kann.



Die Produktion wurde dann von den Beker-Kapitalisten nach 11 Monaten eingestellt, weil es zu einem Preiseinbruch auf dem Kunstdüngermarkt weltweit gekommen war. Nach „Wirtschaft und Statistik" 11/78 hat die Produktion von Düngemitteln im Wirtschaftsjahr 1977/78 stagniert. Bei phosphathaltigen Düngemitteln war die Produktion um 1,5% zurückgegangen, bei Superphosphatdüngemitteln ging der Verbrauch um 32% zurück. Die Beker-Kapitalisten verließen Ende 1978 das Feld ihrer Betätigung, die Düngemittelproduktion in Westdeutschland.

Nach dem Kauf ließ Perry D. Duryea gegenüber der Nordwest-Zeitung verlauten: „Wir haben in den USA wieder Tritt gefaßt. Die Marktlage und das Preisniveau haben sich verbessert. Von Januar 79 bis Januar 80 sind die Anteilscheine unserer Gesellschaft im Kurs von 3,50 Dollar auf 14 Dollar geklettert."

Die Beker-Kapitalisten hatten an die 108 Arbeiter 1977 eingestellt und gehofft, mit billigen Arbeitskräften aus der Wesermarsch die entsprechenden Profite zu ziehen. Zudem schafften sie noch uraltes Maschinengelumpe herbei, das sie im Werk aufstellten. Die Beker-Belegschaft hatte sehr schnell die Situation erkannt, und nach kurzer Zeit stand ein Betriebsrat im Werk. Relativ hohe Löhne konnten zudem durchgesetzt werden. Am 2. November 78 machte dann die deutsche Beker-Tochter offiziell Pleite. Am 22.12.78 wurde allen Arbeitern die Kündigung ausgesprochen. Das schon im November ausgezahlte Weihnachtsgeld wurde auf den Dezemberlohn angerechnet. Daraufhin besetzten die Beker-Arbeiter das Werk. Die Forderungen waren Bezahlung des Weihnachtsgeldes, Bezahlung des vollen Lohnes und Übernahme aller Arbeiter beim Verkauf des Werkes. Den Gläubigern wurde die Demontage des Werkes verwehrt, man wollte die Produktionsanlagen weitgehendst in Ordnung halten. Als ein Kapitalist einen Gabelstabler herausholen wollte, bildeten etwa 40 Arbeiter eine Kette und ließen es nicht zu. Die Arbeiter wurden aus Betrieben, Gewerkschaftseinheiten und Hochschulen unterstützt. Insgesamt kamen an die 40000 DM zusammen, die zur Stärkung der Betriebsbesetzung beitrugen.

Die Produktion wurde nicht wieder aufgenommen, die Landesregierung, zuständige Wirtschaftsministerin Birgit Breuel, lehnte jede Unterstützung der Beker-Arbeiter ab. Zur erneuten Inbesitznahme des Werkes durch Beker erklärte Dr. Bieler, Referent für Industrieansiedlung im Wirtschaftsministerium Hannover, der auch der Auktion beigewohnt hatte: „Werde bei Beker in Brake künftig neu investiert, gebe es auch wieder Investitionszulage. Schlechte Erfahrungen zählten da nicht, alles geschehe, wie das Gesetz es befehle." (NWZ, 20.3.) Die Delegierten der Hauptversammlung IG Chemie-Papier-Keramik in Delmenhorst erklärten in einer Resolution zu dem Bekerkauf u.a., daß das 13. Monatsgehalt der Beker-Arbeiter von 1978 noch nicht bezahlt sei und daß man von der Landesregierung „100% Absicherung" der neuen Arbeitsplätze bei Beker-Chemie verlange.

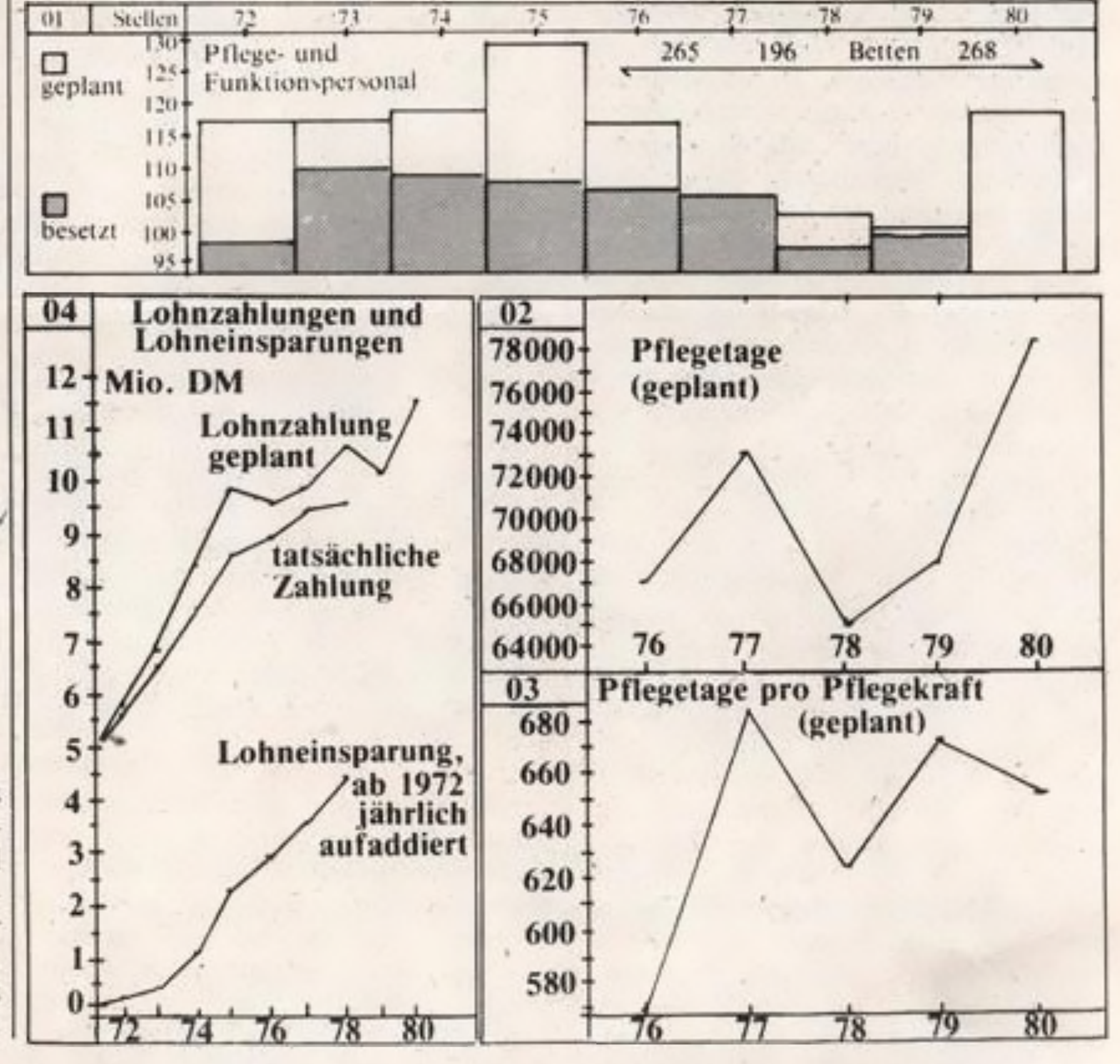
80 Arbeiter sollen demnächst die Produktion wieder aufnehmen, ein Teil der alten Belegschaft will dort wieder anfangen zu arbeiten. Man muß sehen, ob sich eine offene Rechnung begleichen läßt.

Kreiskrankenhaus Segeberg – Ehrenbergsche Musterklinik

b.den. „Weniger Betten brauchen auch weniger Personal", war Landrat Krosigks Schlachtruf, mit dem er die erheblichen Planstellenstreichungen im Pflegebereich des Kreiskrankenhauses Segeberg begründete. Die Bettenzahl wurde 1977 von 265 auf 196 Betten reduziert wegen Umbaus eines Bettenhauses. Schaubild 01 zeigt darüberhinaus die Taktik der Dienstaufsicht, Stellenstreichung und Mehrarbeit gegen die Beschäftigten durchzusetzen: Schritt für Schritt wurde die tatsächliche Besetzung gedrückt, um dann die Planstellen nachzuziehen.

Daß die zu versorgende Patientenzahl nicht mitsinkt, hatte Krosigk mit eingeplant. Wie in Schaubild 02 zu sehen, hatte er sogar eine Steigerung erwartet. *Pflegetage* sind die tatsächlich belegten Betten über ein Jahr gezählt. Rechnet man die Pflegetage aus, die auf eine Planstelle im Pflegebereich entfallen (Schaubild 03) wird die Wirkung dieser Politik offensichtlich: Sprunghaft ist die Arbeitsintensität für das Pflegepersonal angestiegen, von 1976 bis 77 um 21% !

Daß Krosigk allen Grund hat, das erreichte Niveau der Personalauspressung zu verteidigen, zeigt Schaubild 04. Jahr für Jahr blieben stattliche Beträge der eingeplanten Lohnsumme für das KKH Segeberg in der Kreiskasse. Zusammengezählt seit 1972 wenigstens 4,5 Mio. DM – Gelder, die aus den Pflegesätzen und damit den Versicherungskassen der Lohnabhängigen stammen! Durch zeitweilige *Schließung einer Station* haben die Beschäftigten unter Führung des Personalrats Krosigks Politik angegriffen und auf der letzten Personalversammlung zusätzliche Planstellen und Streichung der Krankenpflegeschüler vom Stellenplan gefordert.



TU Harburg: Neues „Jahrhundertwerk" für die Kapitalisten, teuer für die Massen

b.pea. Mit einem handfesten Krach platzte eine öffentliche SPD-Veranstaltung in Harburg. Bürgermeister Klose hatte nach anderthalb Stunden Diskussion die Entscheidung für den Standort der Technischen Universität mitten im Wohngebiet Heimfeld/Eißendorf für nicht revidierbar erklärt, trotz über 5000 Unterschriften und einem Bezirksversammlungsbeschluß gegen diesen Standort. Über die Hälfte der ca. 250 Teilnehmer verließ demonstrativ den Saal, während Klose etwas nervös über parlamentarische Demokratie dozierte, in der die Bürger zwar alle 4 Jahre wählen dürfen, aber die Entscheidungen gefälligst den Politikern überlassen müssen.

Im Zuge der rasanten Industrialisierung des Unterelberaumes haben die Kapitalisten ein dringendes Bedürfnis nach einer raschen und billigen Belieferung mit technisch-wissenschaftlichen Spezialisten entwickelt. Dr. Asche, Vorsitzender des Industrieverbandes Hamburg e.V. „wies... darauf hin, daß gerade in der frühen Phase des Aufbaus der Universität eine verantwortungsvolle und tatkräftige Unterstützung durch die Industrie notwendig sei." (HAN, 15.3.80). Ein wesentlicher Teil der Forschungstätigkeit der TU soll in Harburger Betrieben stattfinden, eine zweckgebundene Bibliothek wird wichtigen Harburger Betrieben direkt angeschlossen. Fachbereiche wie Apparatebau, Informatik, Verfahrens-und Regeltechniken, Wasserbau und Meerestechnik u.a. werden direkt auf die Expansions- und Rationalisierungsbestrebungen der Betriebe abgestimmt.

Ursprünglich stammt der Standortvorschlag Heimfeld/Eißendorf aus Kreisen der Harburger Bezirksversammlung. Als nach Bekanntwerden der Senatspläne sich rasch Widerstand gegen den Bau im Stadtteil entwickelt, empfehlen die Harburger SPD und CDU den Standort „Bahnhofslinse", ein brachliegendes Gelände am Harburger Bahnhof, das der Stadt gehört. Am Bau der Universität, entsprechend den Vorstellungen der Kapitalisten, wurde natürlich überhaupt nicht gerüttelt, und in dem Hin und Her der Standortfrage konnten die bürgerlichen Politiker die Auseinandersetzung gegen eine TU, die nur den Kapitalisten nützt und die Volksmassen zahlen, erstickt werden.

Nachdem der Senat vorweg durch seinen „parteilosen" Wissenschaftssenator Sinn hat erklären lassen, daß „nichts gegen den Willen der Harburger geschehe", schert er sich einen Teufel um den Widerstand der Bewohner und gegen den Beschluß der Bezirksversammlung und setzte den Standort im Wohngebiet Heimfeld/Eißendorf durch. Der Grund: Die „Bahnhofslinse" eignet sich vorzüglich als Industrieansiedlungsgebiet mit Anschluß an die neue Stadtautobahn B4/75, die Elbe und die neue S-Bahn.

Nach dem Senatsbeschluß kippte die Harburger SPD um und will jetzt „das Beste daraus machen". „Kämpfen" will die CDU auch nicht mehr, obwohl sie immer noch die Bahnhofslinse anpreist. Klose will „eine Universität, die zur Bereicherung des Lebens in Harburg beiträgt." Zu wessen Bereicherung kann man sich leicht ausrechnen. In Harburg herrscht akuter Wohnungsmangel. 2200 Studenten und mehrere hundert wissenschaftliches und verwaltungstechnisches Personal werden bis Mitte der 80er Jahre auf den Harburger Wohnungsmarkt drängen und die Preise für Mieten hochtreiben, unter ihnen eine Menge zahlungskräftige Leute, denn die TU ist eine Forschungsuniversität für Doktoranden. Das von der SPD geforderte Wohnungsmodernisierungsprogramm wird das seinige tun. Jahrelanger Baulärm in dicht besiedeltem Wohngebiet wird die Nerven der Anwohner, vor allem Arbeiter, strapazieren, hohe Einzelhandelspreise, teure Boutiquen und Kneipen wie in der Umgebung der Hamburger Universität das Portemonaie. Viele werden umziehen müssen, was nicht billig ist, dazu kommen Umschulung der Kinder und längere Fahrtwege zur Arbeit. Erweiterungsbauten, die Klose vehement bestreitet, aber sowohl von Senator Sinn wie Bezirksamtsleiter Raloff für Mitte bis Ende der 80er Jahre nicht ausgeschlossen werden, bedrohen ganze Straßenzüge in ihrer Existenz. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft betroffener Bürger der TU Harburg" will im nächsten Schritt gerichtlich gegen den Bau vorgehen, der Mitte 1980 beginnen soll.

---

den solle. – Gegen einen positiven Planfeststellungsbeschluß werde geklagt, hatten der Gemeindeverband Berkenthin und die Vereinigten Bürgerinitiativen schon vor 2 Jahren beschlossen.

b.uwz. **DGB Jugend Hamburg bereitet den 1. Mai vor und organisiert der Kampf gegen das BGJ weiter.** Als Schwerpunkte des Maiaufrufs hatte der Kreisjugendausschuß des DGB folgende Forderungen beschlossen: 60% vom Ecklohn für Auszubildende, 35 Std. Woche! Keine Kurz-und Stufenausbildung! Keine Auslese durch das BGJ! Weil die gewerkschaftlichen Jugendgruppen den Kampf gegen die flächendeckende Einführung des BGJ führen, wurde einstimmig durch den KJA eine Stellungnahme dagegen verabschiedet, die die Mindestforderungen der IGM nach theorethischer und praktischer Grundbildung enthält und sich gegen die Hilfsarbeiterproduktion für die Kapitalisten wendet. In Vorbereitung des 1.Mai findet am 14. April im Gewerkschaftshaus eine Veranstaltung mit Eva Kuda, Vorstandsverwaltung der IGM, gegen das BGJ statt. Der KJA rief alle Jugendgruppen auf, jetzt betriebliche Aufrufe zum 1.Mai zu fassen.

r.hör. **Der schleswig-holsteinische FDP-Abgeordnete Schumacher forderte am 19.3.80 die Verlängerung der Ladenschlußzeiten.** Ebenso fordern der Verbraucherschutzbund, der Deutsche Hausfrauenbund, Deutsche Ärztinnenbund sowie Gesundheitsministerin Antje Huber zweimal wöchentliche Öffnungszeiten bis 21 Uhr sowie eine Experimetierklausel im Ladenschlußgesetz. Die Ortsdelegiertenversammlung Kiel der Gewerkschaft HBV faßte am 22.3.80 einen einstimmigen Beschluß gegen derartige Bestrebungen.

r.scm. **Werner Remmers, niedersächsischer Kultusminister, trat im Landtag für Arbeitsbeschaffung und gegen Elternvertreter auf.** In einer kleinen Anfrage verlangte er weitere Lohnkostenhilfe durch ABM im Bereich Büro/-Verwaltung sowie verstärkte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im ostfriesisch-emsländischen Raum. Zu dem zunächst ergangenen Verbot der Verteilung eines Demonstrationsaufrufs des Stadtelternrats an den Schulen ließ er im Landtag erklären, es gehöre nicht zu den Aufgaben der Elternvertretungen, Demonstrationen zu organisieren, weshalb das Verbot rechtmäßig gewesen sei.

Veranstaltungskalender

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1. Halbjahr 1980

Reihe zur Kritik am Reformismus

Heide, 31.3. bis 3.4.80, 20 Uhr, bei S. Lück, Hamburger Straße 27.

Ausstellung „Bauern, Bonzen und Bomben"

Schloß vor Husum, tägl. außer montags, von 10 bis 12 und von 14 bis 16 Uhr

Geschichte der gesellschaftlichen Formationen

Husum, 31.3. bis 3.4.80, 20 Uhr, Hauptschule Bürgerschule, Erichsenweg.

Der Dreißigjährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der Feudalismus verfault und siecht weiter. In Deutschland fehlt der Bourgeoisie der Hebel des Königtums

Winsen, 31.3. bis 4.4.80, 20 Uhr.

Schwimmkurs

Hamburg, jeden Sonnabend, 18 Uhr, Schwimmoper Lübecker Straße.

Seminarwoche zum Demokratischen Kampuchea 7. bis 11. April 1980

Themen:

1. Auch am Ende der zweiten Trockenperiode ist der Widerstand des kampucheanischen Volkes nicht gebrochen.
2. In seiner jahrhundertelangen Geschichte mußte das kampucheanische Volk immer wieder seine nationale Existenz und Würde verteidigen. Sein jetziger Kampf steht in einer großen Tradition.
3. Vietnam in den Fängen der Expansionspolitik Le Duans und Pham Van Dongs. Die Nutznießer sind die sowjetischen Sozialimperialisten.
4. ASEAN. Aus einer Bastion des Imperialismus ist ein Instrument der Unabhängigkeit geworden. Die Völker sind die Triebkraft.
5. Das Demokratische Kampuchea bildet einen Vorposten im Kampf der Völker gegen Hegemonismus und Kriegsgefahr. Strategischer Zusammenhang der Kämpfe in Südostasien, Mittelosten, Naher Osten, Afrika und Balkan.

Husum, Flensburg

Rendsburg, Kiel, Neumünster, Segeberg, Itzehoe, Eutin, Bad Oldesloe

Stade, Lüneburg, Winsen, Hamburg: Altona, Eimsbüttel, Mitte/West, Mitte/Ost, Nord, Wandsbek, Bergedorf

Veranstaltung der ÖTV Jugend Hamburg für einen neuen, besseren MTV-A

Hamburg, 31.3.80, 19 Uhr, DGB-Jugendclub „Takelboden", Hinterhof des Gewerkschaftshauses, Besenbinderhof.

Ehrenbergprozeß gegen Dirk Steenken

Lüneburg, 31.3.80 und folgende Tage, jeweils 10Uhr, Landgericht Lüneburg, Am Markt 7, Zimmer 21.

Prozeß gegen fünf iranische Studenten wegen Nötigung und Körperverletzung eines SAVAK-Spitzels

Hamburg, 1.4. und 3.4.80, jeweils 9 Uhr, Strafjustizgebäude, Sievekingsplatz 3, Saal 237.

Prozeß wegen Überführung eines Treckers für die ZANU gegen Leonore Dirksen

Lüneburg, 1.4. und 3.4.80, 9 Uhr, Landgericht Lüneburg, Am Markt 7, Zimmer 21.

Prozeß wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz gegen D. Meier und R. Stratmann

Oldenburg, 3.4.80, 10.30 Uhr, Amtsgericht Oldenburg.

Urteilsbegründung im Brokdorf-Prozeß: Die klagenden Gemeinden werden zurückgewiesen

b.uwb. Im Dezember 79 hatte das Verwaltungsgericht in Schleswig über die erste Teilerrichtungsgenehmigung zum KKW Brokdorf gegen die Kläger entschieden, die die Genehmigung angefochten hatten. Es handelte sich um die Klagen der Gemeinden Wewelsfleth, Dammfleth, Freiburg/Elbe und Krummendeich sowie 9 Einzelklägern aus Brokdorf und näherer Umgebung. Vor kurzem wurde den Klägern die schriftliche Begründung des Urteils übergeben. Die Klagen der 9 Einzelkläger waren nach Ansicht der Richter zulässig. Die der Gemeinden wiesen sie ab. Lediglich die Klage der Gemeinde Wewelsfleth schien dem Gericht zulässig, da die Gemeinde Eigentümer von 9 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche sei. Da erlaubte es das Gericht, unter Berufung auf den ,,Sachgüterschutz'', Klage zu erheben. Ansonsten sei aus der ,,Selbstverwaltungsgarantie nach Art. 28 Abs. 2 S.1 GG'' kein Klagerecht für die Gemeinden herzuleiten, schon gar nicht die Anfechtung einer atomrechtlichen Genehmigung. ,,Die Abwehr von Gefahren, die durch den Betrieb von Kernkraftwerken entstehen können, ist nicht Aufgabe der Selbstverwaltung. Vielmehr sind die Länder im Auftrage des Bundes zur Genehmigung und zur Überwachung kerntechnischer Anlagen berufen... Die einzelnen Gemeindemitglieder sind Rechtssubjekte, die die Wahrung ihrer wirtschaftlichen und gesundheitlichen Interessen selbst geltend zu machen haben. Der mögliche Eingriff in die wirtschaftliche Existenz von Gemeindemitgliedern betrifft eine Gemeinde nur mittelbar; unmittelbar betroffen sind die Gemeindebürger... Die Gemeinden sind darauf beschränkt, die Beeinträchtigung der in ihrem Eigentum stehenden kommunalen Einrichtungen und die Beeinträchtigung ihrer Planungshoheit geltend zu machen.''

Die Gemeinde Krummendeich sieht in der Inbetriebnahme des KKW Brokdorf eine Beeinträchtigung der Wasserqualität ihres Freibades. Das Richtergesindel bügelte diese Klage einfach unter mit der Begründung, daß die Betroffenheit wohl schon da wäre, die Gemeinde es aber versäumt hätte, bereits in ihren Einwendungen vom 11.9.1974 auf diese Art der Betroffenheit hinzuweisen. Mit den Einzelklagen wurde in gleicher Weise verfahren.

Zu jedem Zeitpunkt lehnte das Gericht es ab, inhaltlich auf die Klagepunkte einzugehen. Es wollte lediglich ,,prüfen, ob bei der Erteilung der Teilerrichtungsgenehmigung alle rechtlichen Vorschriften beachtet wurden''. Das tat es nach §7 Abs.2 Atomgesetz und prüfte, ob am Standort dem Vorsorgegebot genüge getan wurde usw. Die Interessen der Bauern werden vom Gericht einfach unter den Tisch gekehrt.

Nach der telefonischen Bekanntgabe des Urteils demonstrierten kurz vor Weihnachten 3000 Personen am Bauplatz, unter ihnen 23 Bauern mit ihren Treckern. Der Plan, das KKW zu bauen, wird weiter bekämpft. Die Hamburger Opportunisten versuchen, durch Herbeireden einer Aktion ,,Der Zaun muß weg'', in der Bewegung voranzukommen. Über eine sogenannte Bundeskonferenz, in der sie dann die Mehrheit hätten, versuchen sie das Ganze zu legalisieren. In der Marsch ist man da anderer Meinung.

Die Auszubildenden in der Gastronomie fordern Existenzlohn und einheitliche Bezahlung

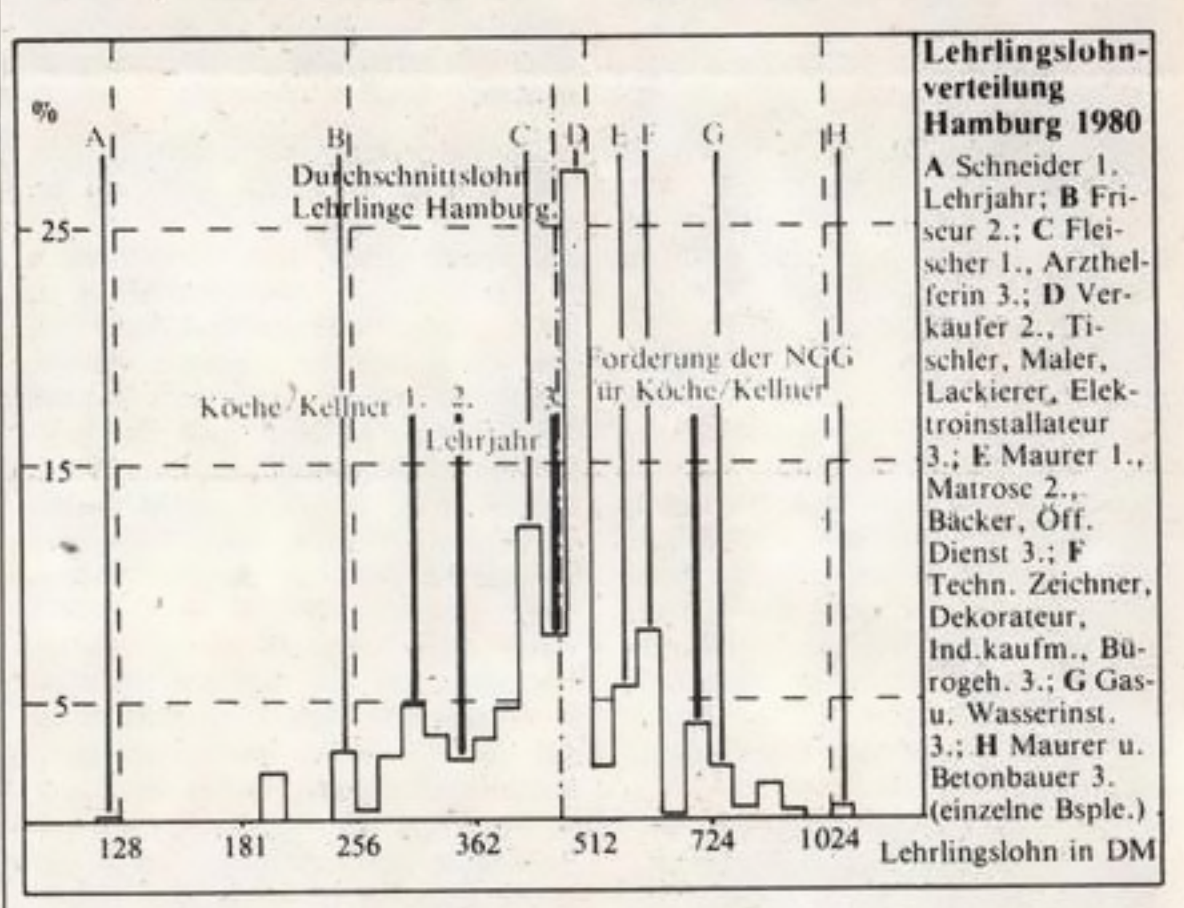
b.jüd. Zur Zeit finden Tarifverhandlungen für Auszubildende im Hotel- und Gaststättengewerbe statt. Betroffen sind ca. 1100 Auszubildende in Hamburg, die Koch, Kellner, Kaufmanns- bzw. Gaststättengehilfe lernen.

Der jetzt gekündigte Tarifvertrag legte einen Lehrlingslohn von 300 DM im ersten, 350 DM im zweiten und 450 DM im dritten Lehrjahr fest. Die Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten (NGG) hatte dies mit einer gut 21%igen Erhöhung im Jahre 1978 durchgesetzt (vorher 250/310/340 DM). Im Vergleich mit den anderen Bundesländern liegen die Tarife für Hamburg – neben Schleswig-Holstein und Saarland – am untersten Ende. Die Kapitalisten haben jetzt in der ersten Verhandlung, die ergebnislos vertagt wurde, ihr Angebot vorgelegt: 320 DM fürś 1. Lehrjahr, 395 und 485 DM fürś 2. und 3. Das entspräche einer prozentualen Steigerung von 6,7/13/7,8%. Man kann die Richtung erkennen, die die Kapitalisten verfolgen: die drei Lehrjahre weiter voneinander abzuspalten. Unser Schaubild zeigt die hohe Differenz zwischen 2. und 3. Lehrjahr bei jetzigem Lohn, das Angebot erhöht die Differenz zwischen 1. und 2. Lehrjahr.

Demgegenüber fordert der Bundesjugendausschuß der NGG in seinen tarifpolitischen Richtlinien, auf die sich die Tarifkommission bei ihrer Forderung ausdrücklich beruft: ,,Es ist ... eine Ausbildungsvergütung anzustreben, die dem Auszubildenden ein Leben unabhängig von Dritten ermöglicht und die Lernmöglichkeit sichert. Die Höhe für die einzelnen Ausbildungsjahre soll gar nicht oder nur geringfügig voneinander abweichen ...'' In DM ist ihre Forderung 690/700/710

dungsjahre soll gar nicht oder nur geringfügig voneinander abweichen ...''
In DM ist ihre Forderung 690/700/710

(s. Schaubild). Auf der 7. NGG-Bundesjugendkonferenz 1974 und dem folgenden Gewerkschaftstag gab es intensive Auseinandersetzungen um die Frage, ob der Lehrlingslohn ,,an dem Existenzminimum zu orientieren'' ist, oder die schon bestehende Forderung nach ,,prozentualer Anbindung an den Facharbeiterlohn'' beibehalten werden solle. Die jetzt aufgestellte Forderung beinhaltet vor allem das Zusammenrücken der 3 Lehrjahre – das ist Voraussetzung für weitere Erfolge, insbesondere was die Höhe und die Anbindung an den Facharbeiterlohn anbelangt. Bisher müssen die Kapitalisten ca. 390000 DM monatlich zahlen, – die Forderung der NGG entspricht einer Verdoppelung. Einfach wird man die nicht durchsetzen können. Jetzt hat die Gewerkschaft vor der Berufsschule ein erstes Flugblatt verteilt.



b.jüd. Fast 41000 Lehrlinge gibt es in Hamburg. Knapp über 19 Mio DM zahlen die Kapitalisten an Lehrlingslöhnen aus – das sind im Durchschnitt ca. 469 DM pro Lehrling. Das Schaubild zeigt die Verteilung aller Lehrlinge auf die einzelnen Lohnklassen. Erfaßt haben wir 35779 Lehrlinge, das sind 88% von allen; für verschiedene Ausbildungsberufe gibt es noch keine Tarifverträge, einige waren uns nicht zugänglich. Die Spanne, auf die sich die Lehrlingslöhne verteilen, ist breit – die meisten Löhne sind außerordentlich niedrig und reichen nicht annähernd zum Leben.

nicht zugänglich. Die Spanne, auf die sich die Lehrlingslöhne verteilen, ist breit – die meisten Löhne sind außerordentlich niedrig und reichen nicht annähernd zum Leben.

Abschluß im Metallhandwerk: Die Lohnerhöhung muß auf den Effektivlohn gezahlt werden

Abschluß im Metallhandwerk: Die Lohnerhöhung muß auf den Effektivlohn gezahlt werden

b.wik. Zwischen 6,7 und 6,9% liegt der Tarifabschluß im Metall- und Kfz-Handwerk in Schleswig-Holstein. Im Kfz-Handwerk hat die IG-Metall neben dem 6,9% Abschluß den Wegfall der Lohnklasse II (1% Lohnabschlag vom Tarif in ländlichen Gebieten) erreichen können. Wie bisher, so gilt auch im neuen Tarifvertrag im Kfz-Handwerk: besteht im Betrieb eine Prämienrelegung und werden die vom Werk angegebenen Vorgabezeiten eingehalten, was wohl in den meisten Betrieben der Fall ist, so erhöht sich der effektive Mindestlohn um 6,9%. Am Beispiel eines Gesellen in Lohngruppe III, über 30 Jahre alt: Tariflohn 10,65 DM, Prämienlohngarantie (10%)1,07 DM, effektiver Mindestlohn = 11,72 DM. Dieses Berechnungsprinzip gilt nach Ansicht der IG Metall für alle Tariflöhne bei Prämien- und Akkordentlohnung. Kommen noch weitere innerbetriebliche Lohnbestandteile hinzu, so wäre eine volle Überwälzung der 6,9% auf den Effektivlohn noch nicht erfolgt. Notwenig ist sie jedenfalls, und im Kfz-Handwerk ist sie auch teilweise abgesichert.

Ein Vergleich der in den verschiedenen Gewerken ausgehandelten Tariflöhne zwischen der niedrigsten, dem Ecklohn und der höchsten Lohngruppe, ergibt folgendes Resultat: Elektrohandwerk: niedrigster Tariflohn 9,05 DM; Ecklohn 11,03 DM,; höchster Tariflohn 12,73 DM.
Schmiede- und Schlosserhandwerk: niedrigster Tariflohn 7,65 DM; Ecklohn 10,31 DM; höchster Tariflohn 11,94 DM.
Klempner und Installateure: niedrigster Tariflohn (Ungelernte bis 21) 8,79 DM; Geselle im 2. Jahr 10,43 DM; Geselle ab 3. Jahr 11,29 DM.
Feinmechanikerhandwerk: niedrigster Tariflohn 7,42 DM; Ecklohn 9,40 DM; höchster Tariflohn 11,87 DM.

Es gäbe demnach ein deutliches Lohngefälle zwischen Elektro- und den übrigen Handwerken, insbesondere zum Feinmechanikerhandwerk und beim höchsten Tariflohn zum Klempnerhandwerk mit einer Differenz von 1,43 bis 1,63 DM.

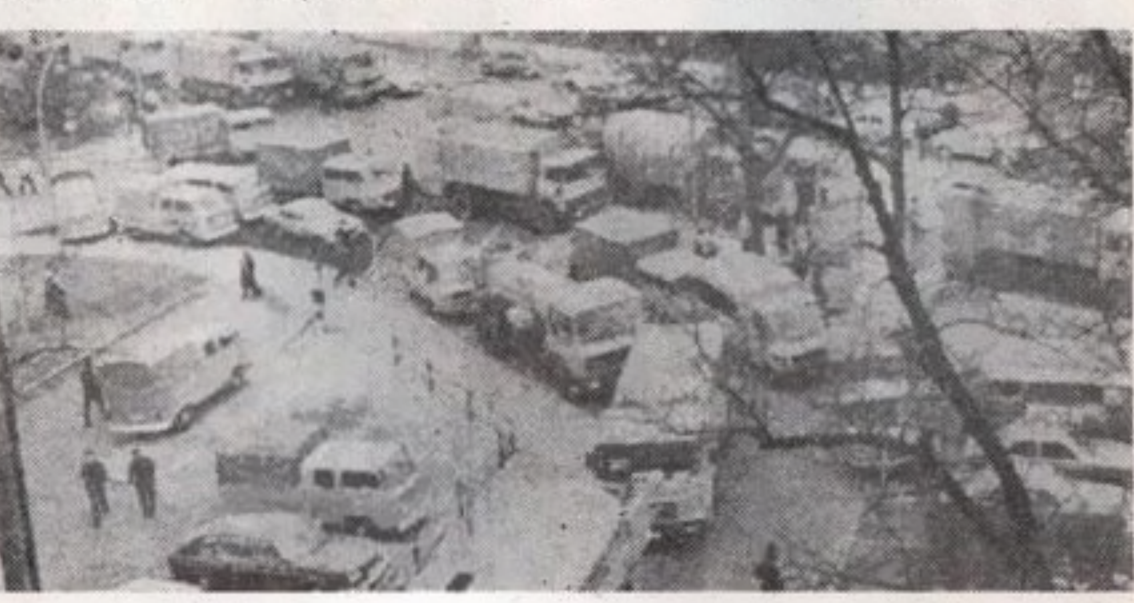
Nun findet in Wirklichkeit Angleichung statt, indem in den verschiedenen Gewerken, auch durch die verschiedenen Anforderungen an das Geschick der Arbeitskraft bedingt, über Tarif gezahlt wird, während im Elektrohandwerk die oberen Lohngruppen kaum belegt sind. In den Betrieben findet gegenwärtig der Kampf um die Anrechnung des Tarifabschlusses auf den Effektivlohn statt und ist verschiedentlich auch durchgesetzt. Bei Carstens in Husum haben die Arbeiter die Einführung von Akkordarbeit abgelehnt und die Erhöhung ihres Effektivlohns von 12,46 um 6,8% auf 13,30 DM durchgesetzt.

Unterstützung der Großen Tarifkommission der ÖTV

Warnstreiks und Protestresolutionen für Mindestbetrag in Hamburg und Schleswig-Holstein

b.ros. Auch in Hamburg und Schleswig-Holstein zeigte sich in der letzten Woche, daß es in den Betrieben des Öffentlichen Dienstes eine breite Unterstützung für die Forderungen der ÖTV, DPG, GdED und GdP nach 180 DM mindestens gibt. Am 26.3.80 legten in Hamburg Beschäftigte der Müllabfuhr und der Stadtentwässerung für eine Stunde die Arbeit nieder. Mit ihren Müllfahrzeugen blockierten sie die Straße beim Gewerkschaftshaus. Dem ÖTV-Vorstandsmitglied Mathiessen wurde eine Resolution übergeben, die von 1000 Beschäftigten unterschrieben war. Darin heißt es: ,,...Diese Sozialkomponente (der Mindestbetrag) ist für uns unverzichtbar und kann auch nicht durch Abfindung in Form einer verdeckten Einmalzahlung aufgehoben werden.''

Ebenfalls streikten etwa 700 Beschäftigte im Bereich der Fernmeldeämter Kiel und Flensburg sowie im Fernmeldebaubezirk Rendsburg für eine Stunde und gingen auf die Straße. Sie beschwerten sich bei den Amtsvorstehern und Personalräten lautstark über das ,,arrogante Verhalten der öffentlichen Arbeitgeber'' gegnüber der gewerkschaftlichen Mindestbetragsforderung. Protest- und Solidaritätsresolutionen wurden u.a. verabschiedet von der Vertrauensleuteversammlung der Stadtwerke Kiel AG, die 1600 Stadtwerke-Bedienstete vertreten, von den Vertrauensleuten der Kreisverwaltung Flensburg der ÖTV, die von Delegationen der DPG, GdED und GdP unterstützt wurden und des Kreisjugendausschusses des DGB in Hamburg, der den gemeinsamen Kampf der DGB-Gewerkschaften hervorhob. Auch aus den Krankenhäusern, den Schulen und anderen Betrieben kamen zahlreiche Briefe und Telegramme, die ihre Unterstützung für die Forderungen der ÖTV und ihre Kampfbereitschaft zum Ausdruck brachten. Diese Zusammenschlüsse in den Betrieben können gut für die Kämpfe gegen Rationalisierung, Schichtarbeit und Arbeitszeitverkürzung genutzt werden.



Nach der landesweiten Demonstration den 1. Mai in den Schulen vorbereiten

b.row. Auf der Abschlußkundgebung der landesweiten Demonstration von 1500 Schülern am 22.3. in Kiel wurde vom Sprecher der berufsbildenden Schulen aufgerufen, sich an den 1. Mai-Veranstaltungen zu beteiligen. Die Bedingungen für eine zahlreiche Teilnahme der Berufsschüler an den 1. Mai-Veranstaltungen sind günstig. Die DGB-Jugend hatte mit einem eigenen Flugblatt zur Demonstration aufgerufen. In verschiedenen Orten Schleswig-Holsteins haben sich Arbeitskreise zwischen Kreisjugendausschüssen des DGB's und SV'en gebildet. In Kiel wird eine Fragebogenaktion von diesem Arbeitskreis vorbereitet, in dem auch Fragen zur Ausbildungssituation im Betrieb enthalten sind. Solche Fragen sind den SV'en bei den zahlreichen Fragebogenaktionen an den Berufsschulen in Schleswig-Holstein verboten worden. In Flensburg wird vom Kreisjugendausschuß zur Vorbereitung des 1. Mai eine Veranstaltung für den 17.April organisiert.

Auf den letzten Klassensprechervollversammlungen an der GBS Flensburg wurde der Erlass des Kultusministeriums zur Regelung der Ausbildung im Berufsgrundbildungsjahr diskutiert. Der Schülerrat hatte zu diesem Thema ebenfalls eine Wandzeitung für den Info-Stand, der in der Woche vor der Demonstration in der Pausenhalle durchgeführt wurde, erstellt. Als Forderung wurde ,,Ohne Lehrvertrag kein flächendeckendes BGJ'' erhoben. Weiterhin orgnisiert der Schülerrat ein Wochenendseminar zum Schulgesetz und Fragen der Berufsausbildung, um in der inhaltlichen Auseinandersetzung voran zu kommen. Es werden Aktionen vorbereitet zur Frage der Fahrkostenrückerstattung für Berufsschüler. Es gibt Klassen, wo der größte Teil der Schüler von den Inseln kommen und über 100 DM Fahrtkosten im Monat selber aufbringen müssen.

Warum sollten die Berufsschüler sich nicht an den 1.Mai-Veranstaltungen unter ihren Forderungen nach 2 mal 6 Stunden Berufsschulunterricht und zum BGJ beteiligen? Es wäre ein wesentlicher Fortschritt im Zusammenschluß für eine bessere Ausbildung gegen das Kultusminsterium.

Lauenburg: ,,Schulkonzentration abgeschlossen?'' Die Auswirkungen werden allemal bekämpft

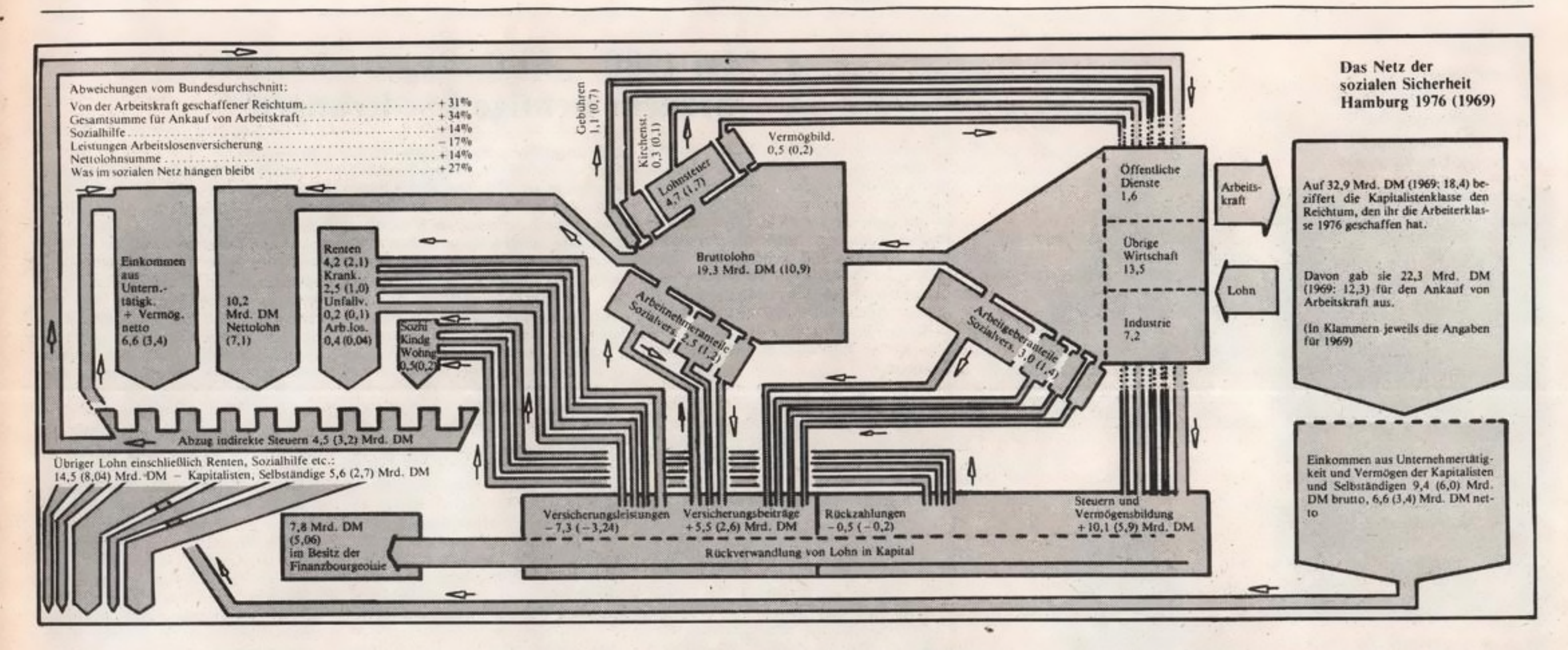
b.jüh. Der neueste Kreisentwicklungsplan für Lauenburg vermerkt zur Entwicklung des Schulwesens: ,,Der Konzentrationsvorgang im Schulwesen ist praktisch abgeschlossen, nachdem die noch 1954 bestehenden 113 Grund und Hauptschulen in rund 100 Standorten zu größeren Schulsystemen zusammengefaßt worden sind. 1978 befanden sich 34 Grund- und Hauptschulen in 25 Standorten.'' Das ist wie eine Vollzugsmeldung auf die vom ,,Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen'' 1956 gestellte Forderung: ,,Die technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungen in unserem Volk, die sich auf dem Lande und im Dorf nicht weniger umstürzend auswirken als in der Stadt, werden der ländlichen Volksschule neue Inhalte und Formen abverlangen.''

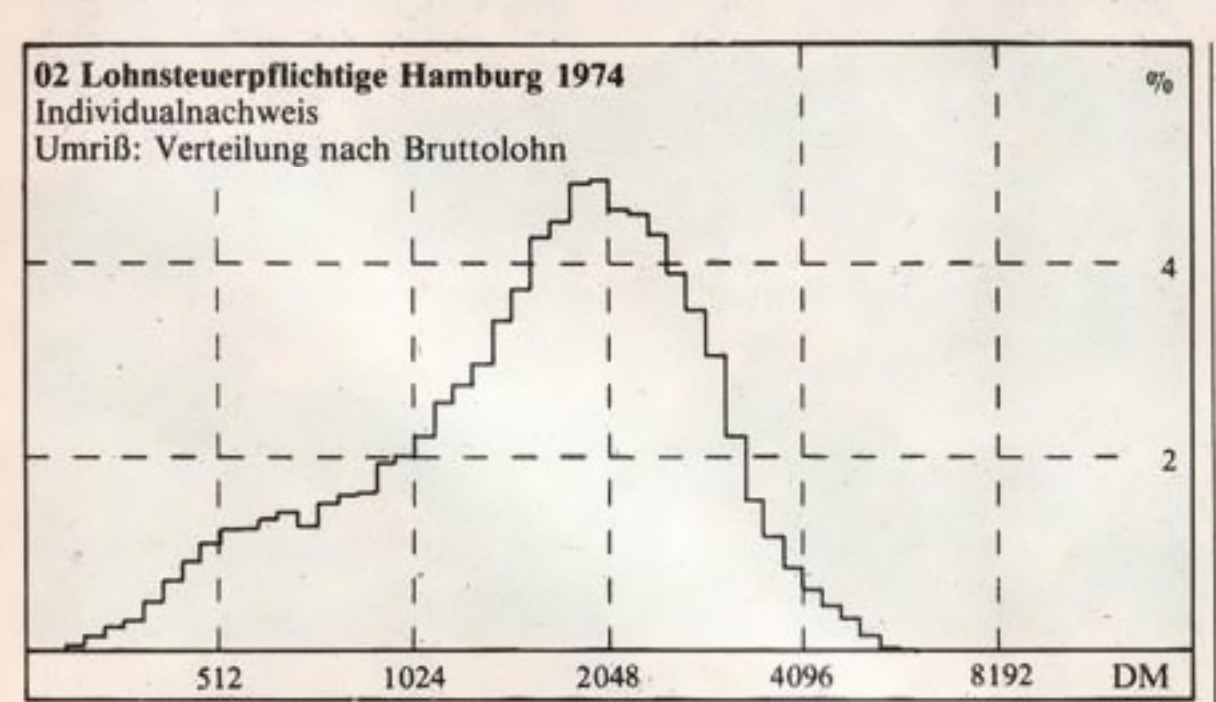
Abverlangt wird den Massen auf dem Lande einiges. Die Schulkonzentration hat für die Schüler lange Fahr- und Wartezeiten nach sich gezogen. Im Ratzeburger Umland müssen z.B. 500 Schüler täglich einpendeln. Es gibt 6- bis 8-jährige Schüler, die bereits vor 6 Uhr aufstehen müssen, um den Schulbus zu bekommen, während der Unterricht erst um 8.30 Uhr beginnt. Zum Teil können Schüler des Ratzeburger Gymnasiums nur noch mit großen Schwierigkeiten am Sportunterricht teilnehmen. Die Busse sind so überfüllt, daß eine Verletzungsgefahr der Schüler groß ist.

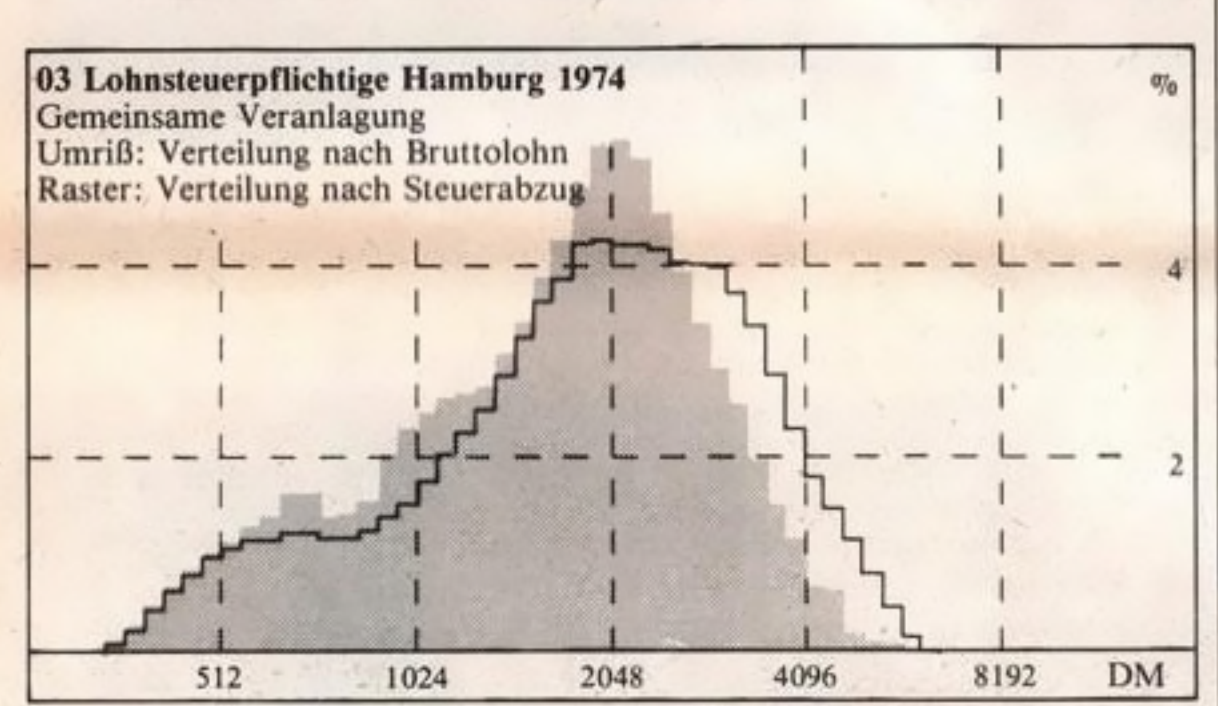
Die wachsenden Fahrkosten sollen vom Land auf die Gemeinden abgewälzt werden. Wurden vor Verabschiedung des neuen Schulgesetzes von 1979 noch 80% der Fahrkosten vom Land getragen, so sollen jetzt Land, Kreis und Gemeinden jeweils für ⅓ aufkommen. Über ein Dutzend Gemeinden haben sich geweigert, diese Fahrgelder zu zahlen. Die Gemeinden Wohltorf, Börnsen und Dassendorf führen z. Zt. einen Musterprozeß, bei dem unter anderem geklärt werden soll, ob das Vorgehen des Landes rechtmäßig ist.

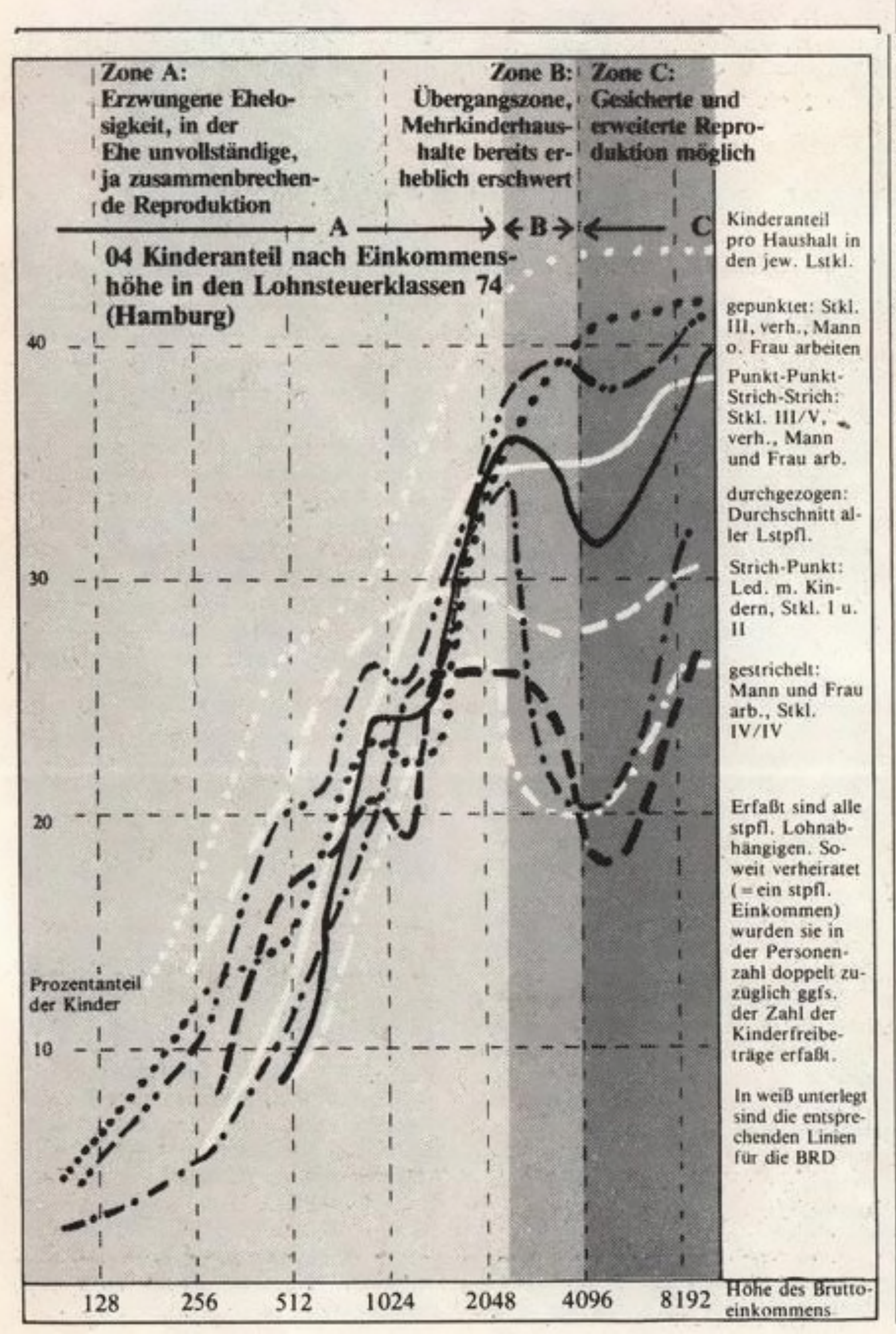
Für die Fahrkosten ab der 10. Klasse müssen die Schüler bzw. deren Eltern sowieso voll selbst aufkommen. Nach den Berechnungen einer Handelsschülerklasse der Kreisberufsschule Mölln sind das für 25 Schüler z.B. 1343 DM pro Monat, oder im Schnitt 53,70 DM pro Schüler. Die Zeitbelastung der Klasse ist ebenfalls gewaltig. Die 32-Unterrichtsstundenwoche verlängert sich durch die Fahrzeiten um durchschnittlich 11,5 Stunden. Rechnet man Unterrichts-, Fahr-, Warte- und Hausaufgabenzeiten zusammen, kommt eine durchschnittliche 58,5-Stundenwoche heraus.

Die Auswirkungen der Schulkonzentration werden in vielfältiger Weise bekämpft. So haben die Gemeinden des Amtes Gudow gegen die 1969 erfolgte Auflösung des Schulverbandes prozessiert mit dem Ergebnis, daß der Schulverband im letzten Jahr wieder eingerichtet werden mußte. An dem Lauenburger Gymnasium Ratzeburg hat sich die SV für einen Aufenthaltsraum eingesetzt, inzwischen hat der Landrat, beflügelt durch eine große Parole ,,Weg mit der Studienreform'' an der Schulfassade, Verhandlungen darüber zusagen müssen. In Geesthacht hat der Elternbeirat durchsetzen können, daß ein zusätzlicher vierter Bus für 200 Schüler eingesetzt wird.









Schmidt, Apel, Klose – in der Steuerausplünderung liegt die Meisterschaft

b.std. Wie bewältigt die Hamburger Regierung der SPD das Problem der Sicherung der Geldmittel für die Kapitalisten, das Problem der Umwandlung von Bestandteilen des hohen Bruttolohns in Eigentum des Kapitals?

Der Volksreichtum, beziffert man ihn einschließlich der Leistungen des öffentlichen Dienstes, des Handels und der weiteren Dienstleistungen, liegt 1976 bei knapp 33 Mrd. DM. Pro Kopf der Wohnbevölkerung liegt er damit um 31% über dem Bundesdurchschnitt. Die von den Kapitalisten aufzubringende Bruttolohnsumme einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge, die von den Kapitalisten gezahlt werden, übersteigt den Bundes-Pro-Kopf-Durchschnitt um 34%. Von seiten der Arbeiterklasse kommt hierin die hohe Konzentration zum Ausdruck, die es den Arbeitern ermöglicht, den Kapitalisten geschlossener gegenüberzutreten und auch bessere Löhne durchzusetzen, wie von seiten der Kapitalisten die Absicht besonders stark sein muß, das, was sie in Ankauf der Arbeitskraft verausgabt haben, wieder zu ihrer Verfügung zu bekommen. Das relativ hohe Qualifikationsniveau der Hamburger Arbeiter kommt auch zum Ausdruck. Die Enge der Reproduktion, die sich hinter diesem hohem Bruttolohnniveau verbirgt, sem hohem Bruttolohnniveau verbirgt, muß erschlossen werden. „Außerordentlich gute Eigentumsverhältnisse" können zumindest für die Lohnabhängigen nicht ermittelt werden.

Das Soziale Netz Hamburg entpuppt sich als eine riesige Steuerfalle für die Lohnabhängigen. Die Lohnsteuer ist von 1969 auf 1976 von 1,7 Mrd. DM auf 4,7 Mrd. DM gestiegen, also um 276%. Allgemeiner Steueranstieg? Der Vergleich zur Bundesrepublik ist noch auffälliger. Die Lohnsteuer pro Kopf der Wohnbevölkerung beträgt in Hamburg 209% des entsprechenden Werts für die BRD. Man könnte meinen, daß dieser Wert tatsächlich geringer sei, bezieht man die Lohnsteuer nicht auf die Wohnbevölkerung, sondern auf die Lohnabhängigen. Der Anteil der Lohnabhängigen an den Erwerbstätigen ist in Hamburg 90% und damit um 4% höher als der Bundesdurchschnitt. Auf die Lohnsteuer bezogen, ergibt sich damit, daß die Lohnsteuer pro Lohnabhängigen 181% des vergleichbaren Bundesdurchschnitts ausmacht.

Das Kunstwerk der SPD-Politik liegt in diesem gewaltigen Steuerabzug. Ist es Zufall, daß Helmut Schmidt und Apel, beide Finanzminister der Bundesregierung, bevor sie sich mit den Waffen beschäftigten, aus Hamburg kommen? Nach Abzug der Steuern reduziert sich das „ausgezeichnete Lohnniveau" der Hamburger Lohnabhängigen, das im übrigen die Kapitalisten besorgt macht, auf ein mit der Bundesrepublik vergleichbares Niveau. Die Senkung des Lohns durch die Steuerabzüge macht sich im Vergleich auch im Sozialen Netz erkennbar. Die verausgabte Gesamtsumme für den Ankauf von Arbeitskraft, noch 34% über dem Bundesdurchschnitt, reduziert sich bei der Nettolohnsumme auf nur noch 14% über Bundesdurchschnitt.

Wir haben, um die Steuerausplünderung und den Zwang zur Mitarbeit der Frau zu verdeutlichen, die Verteilung Frau zu verdeutlichen, die Verteilung der Lohnabhängigen nach Bruttolohnklassen vorgenommen. Die Daten sind aus der Lohnsteuerstatistik von 1974, d.h. vor der großen Steuerreform der Schmidt-Regierung, die eine qualitative Veränderung der Steuern vorgenommen hat. In dem Schaubild 02 sind die Lohnsteuerpflichtigen einzeln aufgeführt, die Verheirateten zählen als zwei Personen. Die Verteilung ist deutlich nach unten verschoben gegenüber Schaubild 03. In diesem Schaubild werden die Ehepaare zusammengeführt und die Nettolohnverteilung ist zusätzlich aufgeführt. Man erkennt, daß die Reproduktion aus dem persönlichen Lohn oder dem Lohn eines Teils der Familie nicht zu sichern ist. Familien sind damit nicht zu versorgen.

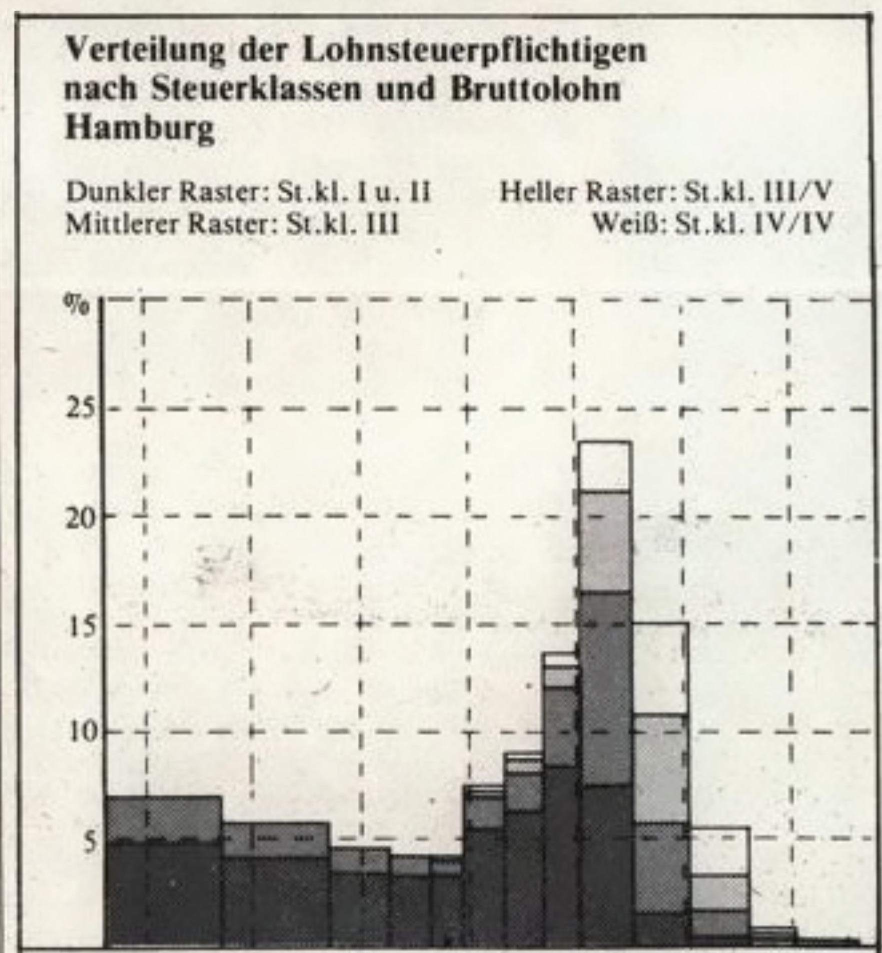
Das Schaubild 04 beweist, daß die Reproduktion in Hamburg krachend ist. Aufgetragen ist der Anteil der Kinder der Hamburger Lohnabhängigen in % der Haushaltsmitglieder. Die Kurve unterscheidet sich erheblich vom Bundesdurchschnitt, wovon einige Daten unterlegt sind. (Zum vollständigen Vergleich siehe KVZ 4/80). Bis zu einem Lohn von ca. 2300 DM findet ein ununterbrochener Wechsel zwischen den verschiedenen Lebensumständen statt, wie sie in den verschiedenen Steuerklassen erscheinen. Der Übergang in die Zone B, in der Mehrpersonenhaushalte erst nennenswert auftreten, liegt mit 2300 DM um 500 DM über den Zahlen für die BRD. Das ist ein gewisser Hinweis auf ein Maß, in dem die Reproduktion schlechter möglich ist als im Durchschnitt der BRD, gemessen am Lohn. Aber es ist natürlich nicht einfach der Lohn, der diese krachenden Reproduktionsbedingungen widerspiegelt, sondern die Großstadtbedingungen erscheinen in diesen Daten; die Wohnverhältnisse, die Verkehrsbedingungen, die Kindergärten, die Ermüdung nach der Ausbeutung in den Fabriken, die hohe Zahl von Scheidungen, die Zerstörung der Familien.

Das soziale Elend erscheint noch in anderen Daten. Die Sozialhilfe übersteigt um 47% den Bundesdurchschnitt, die Rentenausgaben liegen um 12% höher und spiegeln die Überalterung der Bevölkerung wider. Der deutlichste Hinweis für die Ausbeutung, die all diesen Elendserscheinungen zugrunde liegt, ist der Krankenstand. 1978 waren in Hamburg 350000 krank, davon 210000 chronisch; die Ausgaben liegen entsprechend um 34% über dem Durchschnitt der BRD.

Es gibt also günstige Bedingungen für das Aufstellen der *politischen* Forderungen der Arbeiterbewegung.

Verteilung der Lohnsteuerpflichtigen nach Steuerklassen und Bruttolohn Hamburg

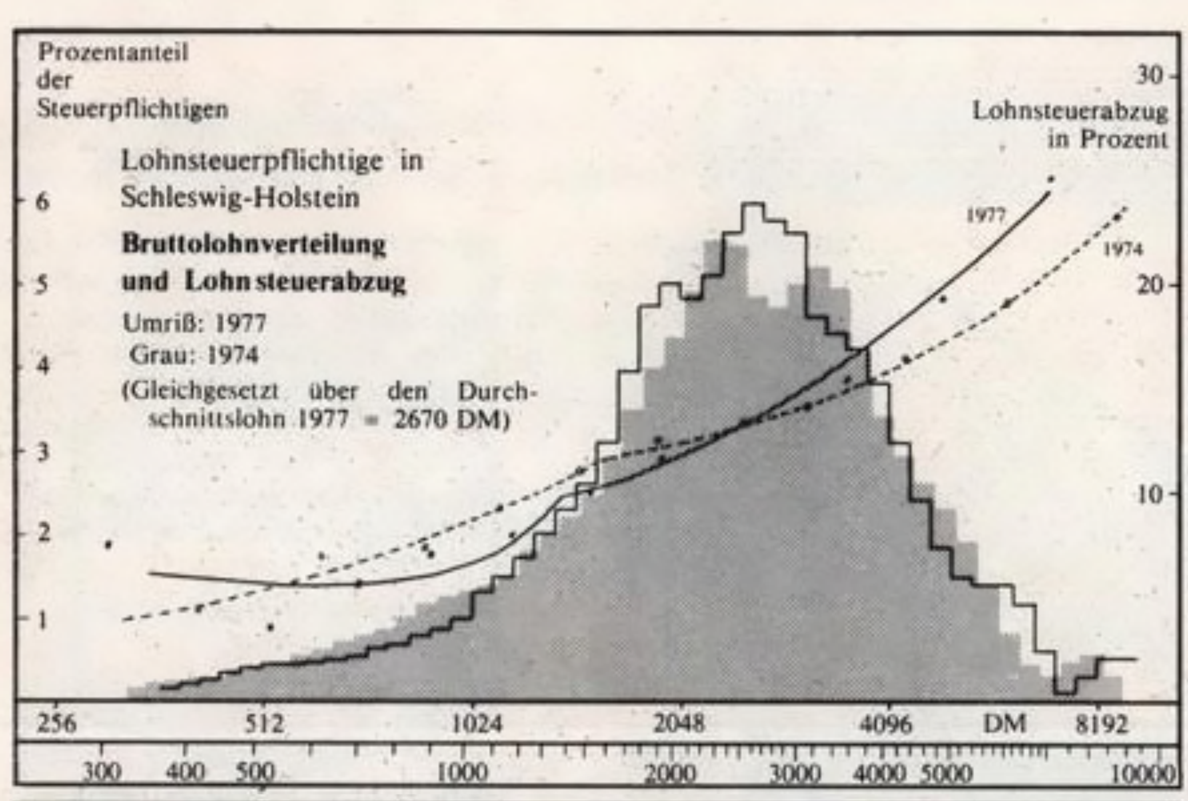
Dunkler Raster: St.kl. I u. II
Mittlerer Raster: St.kl. III
Heller Raster: St.kl. III/V
Weiß: St.kl. IV/IV

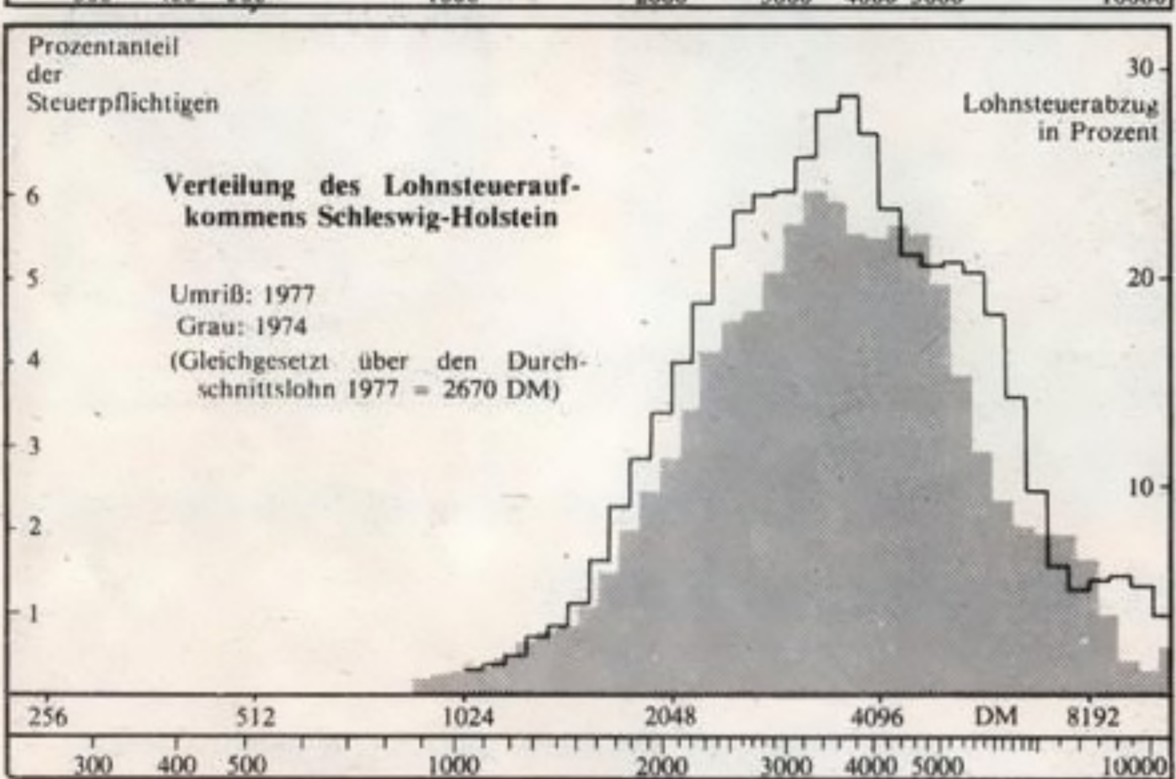


Statistische Daten zum Netz der sozialen Sicherheit in Hamburg

	HH 1978	Veränd. zu HH 1969	HH zu BRD in % 1978
Wohnbevölkerung	1664000	0,92	2,71
Wohnbev. über 65 Jahre ...	319000	1,06	3,46
Geburten je 1000 Einw.	7,9**	0,66**	0,88**
Erwerbstätige	748000	0,91	2,97
lohnabhängig Beschäftigte .	673000	0,93	3,12
davon: Frauen	281000	0,98	3,38
Anteil in %	41,8		
Beamte	63000	1,38	2,97
Angestellte	345400	1,09	3,80
Arbeiter	264000	0,81	2,40
regist. Arbeitslose Jahresdurchschnitt	29100	8,66	2,93
davon erhielten:			
Arbeitslosengeld	12060	7,22	2,33
Arbeitslosenhilfe	3820	6,02	2,43
Sozialhilfeempfänger	90000*	1,06	4,16*
Wohngeldempfänger	71000	1,88	4,55

* 1977
** 1976

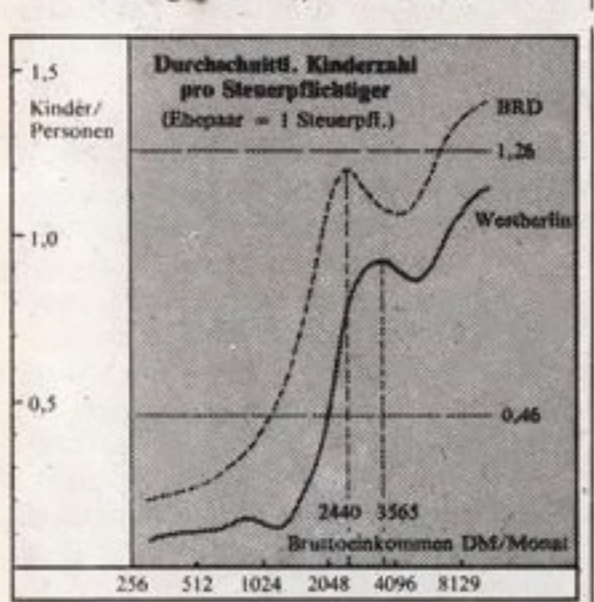


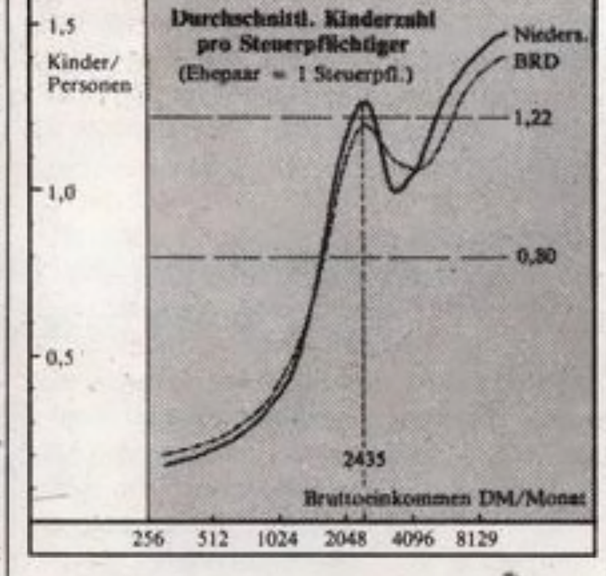


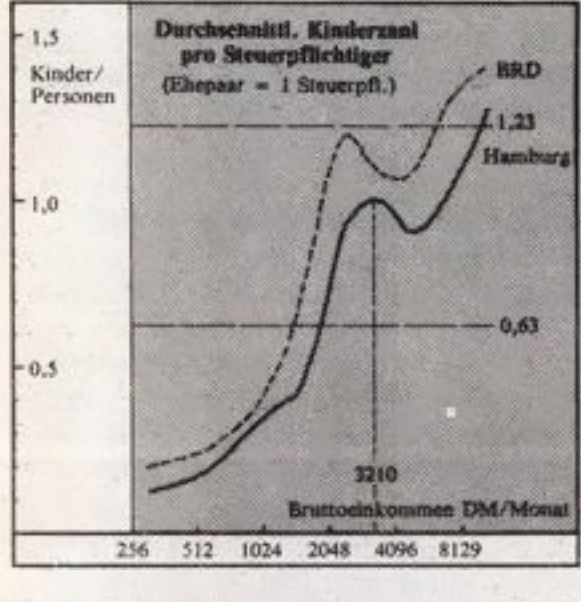
Die „Große Steuerreform" trat zum 1.1.1975 in Kraft. Durch Vergleich der jüngst erschienenen Lohnsteuerstatistik 1977 für Schleswig-Holstein mit der von 1974 lassen sich die Auswirkungen der Reform untersuchen. Das obere Schaubild zeigt die Verteilung des Bruttolohns (Bruttojahreslohn geteilt durch 12) für alle Steuerpflichtigen (Ehepaare zählen als ein Steuerpflichtiger) und den durchschnittlichen tatsächlichen Steuerabzug nach Lohnsteuerjahresausgleich. Man erkennt deutlich, wie bereits 1977, zwei Jahre nach der Reform, die verschärfte Progression die Masse der Lohnabhängigen trifft. Das untere Schaubild zeigt, wie dadurch die Masse an Steuern vergrößert wurde und in welchen Einkommensklassen sie ausgepreßt wird.

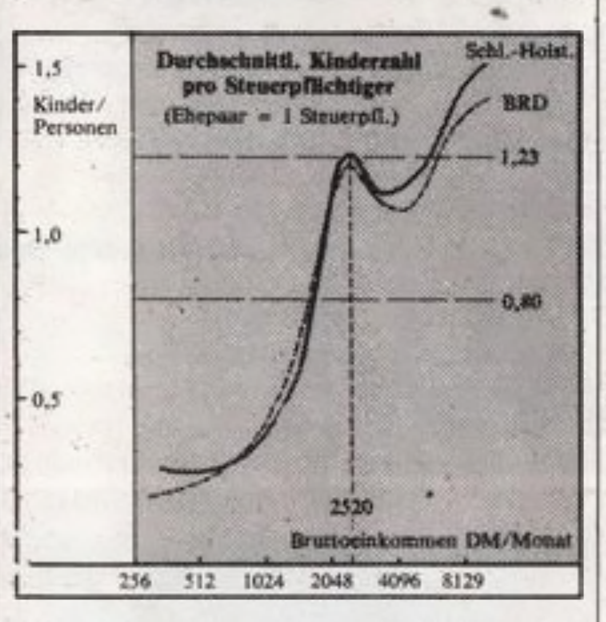
Stadt und Land: Verschiedene Reproduktionsbedingungen

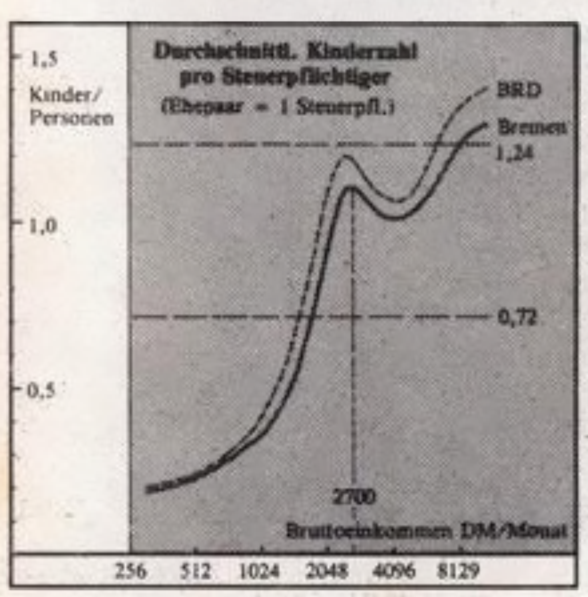
r.jöd. Bei niedrigem und mittlerem Lohn hängt die Zahl der Kinder pro Familie direkt von der Höhe des Familieneinkommens ab. Der Vergleich nach Bundesländern zeigt, daß die wesentlichen Unterschiede zwischen Stadtgebieten und ländlichen Gebieten bestehen. (Obwohl die benutzte Lohnsteuerstatistik jeweils nur die Lohnabhängigen umfaßt.) Zwar liegt der Lohn in den Stadtstaaten durchschnittlich höher, aber die Kinderzahl ist dort trotzdem niedriger. Eingeschränkt ist die Reproduktion der Arbeiterklasse – die Möglichkeit, ihren zahlenmäßigen Bestand zu erhalten – in jedem Fall. Da die Steuerstatistik Lohnsteuerpflichtige ausweist (Familien zählen wie Ledige als *ein* Steuerpflichtiger), müssen wir mit der durchschnittlichen Personenzahl pro Steuerpflichtigem rechnen. Sie liegt im Bundesdurchschnitt bei 1,22 Personen. So groß müßte auch die durchschnittliche Kinderzahl sein, die aber nur bei 0,78 Kindern liegt. Die für die Bundesländer jeweils spezifischen Zahlen sind in den Schaubildern eingetragen. Erst die ganz hohen Einkommensbezieher haben eine gesicherte Reproduktion.

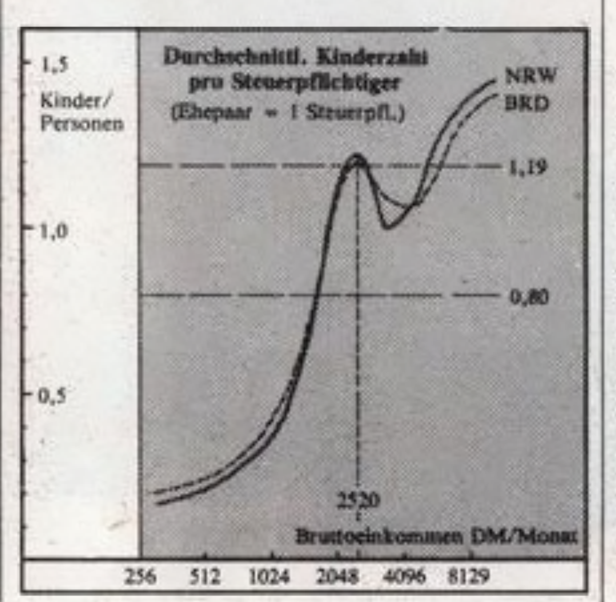












1. Mai 1980: „Einheitsgewerkschaft" braucht richtige Forderungen

r.jöd. Die wichtigsten Tarifabschlüsse stehen fest oder werden gerade mit den Kapitalisten ausgefochten. Auch wenn es im Unterschied zur IG Metall einigen Gewerkschaften gelungen ist, Mindestforderungen oder die Anhebung der unteren Lohngruppen durchzusetzen, ist die absolute Verelendung der Arbeiterklasse nicht aufgehalten worden. Nicht nur über den niedrigen Bruttolohn tritt diese Lage ein, sondern die Lohnabzüge steigen immer weiter.

Der prozentuale Anteil der Steuerabgaben am Bruttolohn steigt. Der „Ausbau der sozialen Sicherheit" ist dagegen kein Argument, denn: *Erstens* bleibt dem bürgerlichen Staat ein *Mehr* in der Staatskasse, wenn man die erhöhten Steuern ins Verhältnis zu den „Sozialhilfen" stellt. Diese Gelder fließen als Subventionen an die Kapitalisten. *Zweitens:* der bürgerliche Staat „verteilt" diese Gelder, d.h. die Arbeiter müssen sich der staatlichen Gewalt ausliefern, um „Hilfen" zu erhalten. *Drittens* kann der bürgerliche Staat jederzeit über die erhöhten Steuergelder auch anders verfügen.

Wenn das neue Grundsatzprogramm des DGB sicher einige richtige Forderungen enthält, so muß doch die Behauptung „wesentliche Erfolge beim Ausbau der sozialen Sicherheit (seien erzielt)" bestritten werden. Ein ausreichender Nettolohn für die Reproduktion der Arbeiterklasse ist nicht durchgesetzt.

Die westdeutschen Kapitalisten wollen in der Europäischen Gemeinschaft eine Vormachtstellung haben. In der Steuerausplünderung der Volksmassen haben sie dies erreicht. Sie ist einzigartig hoch. Dies kann für die Arbeiterklasse nur heißen, daß die Auseinandersetzung um die Steuerhöhe gegen den bürgerlichen Staat geführt werden muß; – da hilft auch nichts, daß die Regierung aus SPD und FDP besteht. Nicht Namen zählen, sondern Zahlen; und die beweisen, daß die Steuerabzüge ständig steigen, daran haben weder Brandt noch Schmidt etwas ändern wollen. Die neuen Steuervorschläge der bürgerlichen Parteien bedeuten auch bloß erneut höhere Steuern, vor allem für die unteren Lohnbereiche. Deshalb sollte ein „Prüfstein" des DGB zu den Bundestagswahlen die Steuer*entwicklung* sein. Dies wird sicher lebhafte Debatten auf den Gewerkschaftsversammlungen auslösen.

Die Reproduktion der Arbeiterklasse ist eingeschränkt. Der Lohn, den die Arbeiter erhalten, ermöglicht nicht die Reproduktion der eigenen Klasse. Die Zahl der Arbeiterbevölkerung sinkt über die geringe Kinderzahl absolut. Das Statistische Bundesamt spricht in neuesten Veröffentlichungen von 4500 DM Bruttolohn für einen 4-Personenhaushalt. Sicher wird der Betrag, der für die Reproduktion notwendig ist, höher liegen; aber wer hat so einen Bruttolohn.

Wenn der DGB den diesjährigen 1. Mai unter die Losung „Einheitsgewerkschaft: Unabhängig, stark, erfolgreich. Wir bauen auf unsere Kraft" gestellt hat, bleibt diese Absicht so lange hohl, bis nicht in wichtigen Gewerkschaftsvorständen die absolute Verelendung der Arbeiterklasse begriffen ist. Sicher wird dies nicht schnell gehen; die damit verbundene Kritik gegen die SPD kann auch nicht ausbleiben. Aber ohne diese Änderung können die Klassenkämpfe nicht an Kraft und Bewußtheit gewinnen.

In der Vorbereitung der 1.Mai-Demonstration werden jetzt die Forderungen aufgestellt. Neben Forderungen nach Abschaffung der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit wird auch die Forderung nach Selbstverwaltung der Versicherungen und Bezahlung durch die Kapitalisten erhoben. Gegen die weitere Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat muß als Forderung erhoben werden: 25% des Durchschnittslohns steuerfrei; keinerlei weitere Erhöhung der indirekten Steuern!



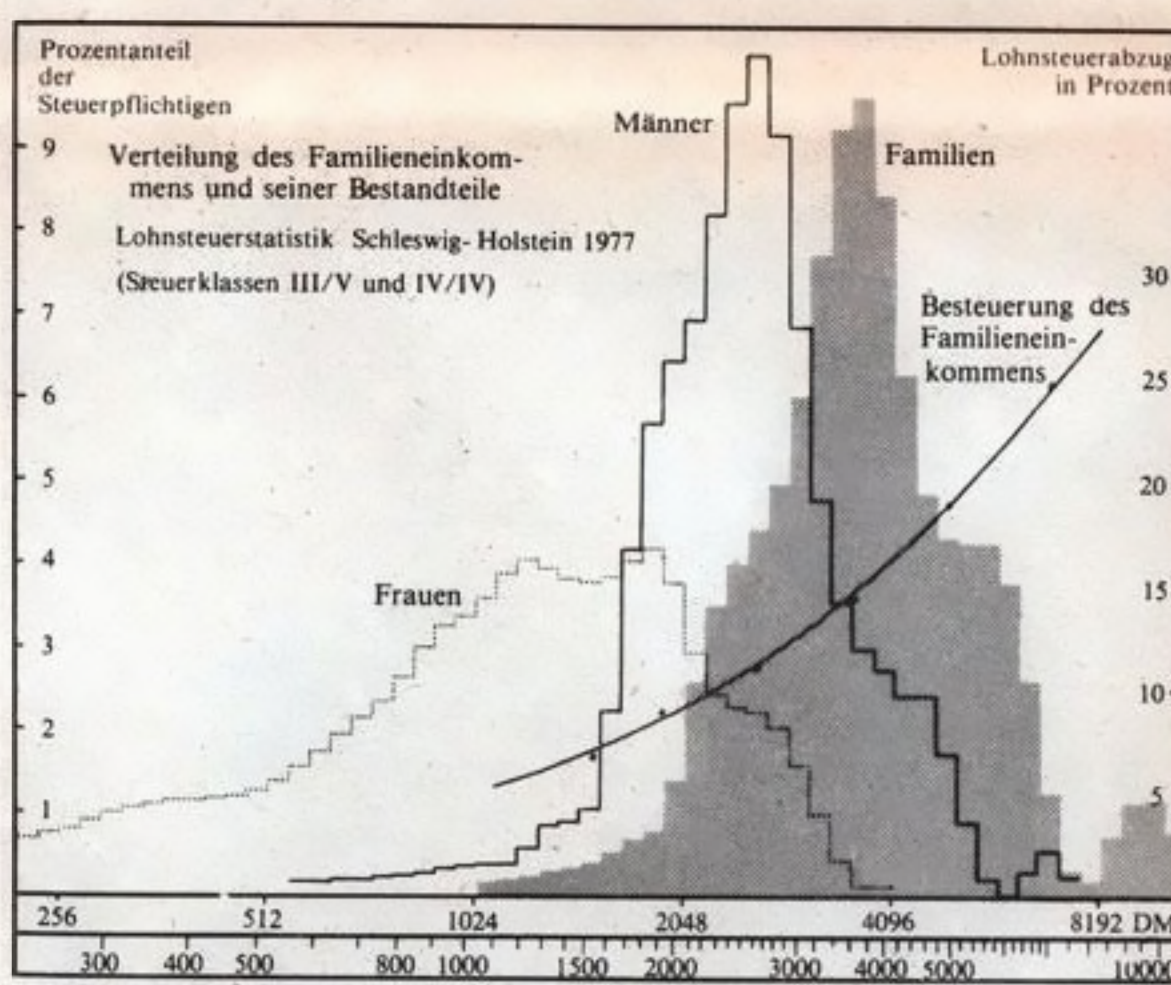
1. Mai-Demonstration 1979 in Hamburg

Lohnarbeit der Frau – mehr Familienarbeitskraft für die Kapitalisten, Steuergewinne für den Staat

r.gör. Die durchschnittlichen Stundenlöhne der Frauen in der Industrie liegen bei 70 bis 80% der Stundenlöhne der Männer. Erzwungene Teilzeitarbeit, Saisonarbeit, demzufolge Abzug an Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und anderen Lohnbestandteilen senken die durchschnittlichen Jahreslöhne der Frauen auf die Hälfte des Jahreslohnniveaus der Männer. Eine Untersuchung für die verarbeitende Industrie in Niedersachsen in dem Zeitraum von 1964 bis 1979 zeigt, daß sich hieran kaum etwas geändert hat. Der Lohnabstand zwischen Frauen und Männern hat sich im Trend dieser 15 Jahre um 3 Prozentpunkte verringert.

Die tarifliche Lohnstruktur ist nicht nach Geschlechtern unterschieden. Die besondere Niedrigkeit der Frauenlöhne liegt daher daran, daß die Frauen fast durchweg in den unteren Lohngruppen sind. Mit „Bildung" und „Leistung" hat das im wesentlichen nichts zu tun. Die Kapitalisten gliedern die Arbeiter in ihrer Statistik in 3 „Leistungsgruppen" (Facharbeiter, angelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter). Auf dieser Grundlage läßt sich der Lohnabstand zwischen Frauen und Männern auf zwei Faktoren zurückführen: a) Der Einfluß unterschiedlicher Verteilung auf die „Leistungsgruppen"; dieser Faktor, daß nämlich sich die Frauen auf die unteren „Leistungsgruppen" konzentrieren, bewirkt etwa ein Drittel des Lohnabstands zu den Männern. b) Der Einfluß unterschiedlicher Bezahlung in *vergleichbaren* „Leistungsgruppen"; dieser Faktor bewirkt etwa zwei Drittel des Lohnabstands. Eine erneute Untersuchung der Entwicklung in der verarbeitenden Industrie Niedersachsens zeigt, daß in den vergangenen 15 Jahren der Einfluß der unterschiedlichen Eingruppierung immer mehr *zugenommen* hat.

Die unterschiedliche Bezahlung von Männern und Frauen bildet ein in der Geschichte des Kapitalismus versteinertes Verhältnis. Die tradierte besondere Unterdrückung der Frau – sowohl in der Realität wie in der Ideologie – machen sich die Kapitalisten beim Ankauf weiblicher Arbeitskraft zunutze. Ökonomisch wird dieser Zustand dadurch möglich, daß die Lohnarbeit der Frauen zum großen Teil – nämlich bei ziemlich genau der Hälfte aller lohnabhängigen Frauen – dazu dient, zum Einkommen der Familien beizutragen, deren Reproduktion durch den Lohn des Mannes allein nicht gewährleistet werden kann. Nebenstehendes Schaubild verdeutlicht den Sachverhalt, wie sich das Familieneinkommen aus den Löhnen von Männern und Frauen zusammensetzt. (Dabei ist hier wie stets im Zusammenhang mit der Lohnsteuerstatistik unter Monatslohn der 12. Teil des Bruttojahreslohns, also einschließlich aller Zulagen, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld usw. zu verstehen).



Der Anteil dieser Lohnabhängigen-Familien, wo die Frau durch Lohnarbeit zum Leben der Familie beitragen muß, hat von Jahr zu Jahr zugenommen. In Hamburg z.B. um 10000 in 6 Jahren. Nach der schleswig-holsteinischen Lohnsteuerstatistik für das Jahr 1977 liegt dieser Anteil bei 40% aller Familien. Für das Jahr 1974 lassen sich diese Verhältnisse nach Bundesländern vergleichen, was die unterschiedlichen Reproduktionskosten der Familien reflektiert:

%-Anteil der Lohnabhängigen-Familien, wo Mann und Frau arbeiten	
BRD	30,4
NRW	34,0
Niedersachsen	38,1
Schl.-Holstein	38,6
Bremen	40,0
Hamburg	45,5
Westberlin	53,9

Die Kapitalisten und ihr Staat profitieren mehrfach. Daß das allgemeine Lohnniveau unter die Marke gedrückt ist, die für die Reproduktion einer Familie hinreicht, verschafft ihnen Zugriff auf die ganze Familienarbeitskraft. Teilweise findet Verwandlung von Hausarbeit in Lohnarbeit statt, hauptsächlich tritt jetzt die Lohnarbeit der Frau neben ihre Hausarbeit. Die Hausarbeit wird von den Kapitalisten nach wie vor als unentgeltliche Leistung veranschlagt, die ihnen die Lohnkosten senkt und die objektiv steigenden Reproduktionskosten der Familie verdecken hilft. Sodann kommt der bürgerliche Staat und nutzt die Lohnarbeit der Ehefrau, um den steuermäßigen Zugriff auf den Familienlohn weiter zu verschärfen. Der Vorgang ist: In dem Moment, wo die Ehefrau ebenfalls einer Lohnarbeit nachgeht, wird sowohl ihr Lohn wie auch der des Mannes entsprechend Steuerklasse I besteuert. Ob die Familie nach Steuerklasse III/V (83% der lohnarbeitenden Ehefrauen sind im Bundesdurchschnitt in Steuerklasse V) oder nach IV/IV eingegliedert ist, kommt bei der Jahresabrechnung auf dasselbe hinaus. Mit der Steuerklasse III wird im wesentlichen das hohe Einkommen honoriert, das die Arbeit der Frau entbehrlich macht. Mithin entspringt die familienpolitische Propaganda der Bundestagsparteien nach jeder Seite hin dem Geldinteresse der Bourgeoisie.

Mit Parlament gegen EG-Kommission? Bauern einig: gegen beide, für 7,9%

z.pel.Paris. 2000 „Verantwortliche der Landwirtschaft der neun Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft“ wollte der Freiherr von Heereman am 25. März in Straßburg begrüßen. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes und Vorsitzende des Ausschusses der nationalen Bauernverbände der EG COPA hatte zu einer „außerordentlichen Generalversammlung“ eingeladen, um gegen die Agrarpreisvorschläge der EG-Kommission für 1980 zu protestieren. Als wir an diesem Dienstag wenige Minuten vor zwölf Uhr die Versammlungshalle auf dem Messegelände in Straßburg betreten, sind fast 5000 Bauern aus allen EG-Staaten versammelt. Zusammen mit uns strömen noch Hunderte in die Halle, Transparente voran. Auf einem Pappschild von wallonischen Bauern, die soeben aus dem Autobus steigen, lesen wir: fier d'être paysan, stolz, Bauer zu sein. Daneben ist eine Mistforke gezeichnet. Auf einer Seitentribüne, wo ein starker Block aus Baden-Württemberg vertreten ist, diese beiden Transparente nebeneinander: Fairness für die Landwirtschaft – ohne Bauern keine Zukunft! und: Ihr Minischder merke uf, mir zahle nimme länger druf. Nicht weit davon, in französisch: Thatcher ins Meer! Überall im Saal aber immer wieder: 7,9% Erhöhung der Erzeugerpreise mindestens.

Von der geplanten *Funktionärs*versammlung europäischer Bauernverbände kann keine Rede mehr sein, viele waren offensichtlich der Meinung, daß das nicht ausreicht, um ihre Forderungen *durchzusetzen*. Und daß es den meisten *darum* geht – wenn auch auf den Transparenten unterschiedliche Wege gewiesen werden –, sagt ein französischer Landwirt so: „5% reicht nicht, die Bauern haben die Nase voll, wir werden uns bis zum letzten schlagen.“

Die Kommission in Brüssel hat für 1980 eine Erhöhung der Erzeugerpreise um ganze 2,4% vorgeschlagen. Weiterhin eine massive Erhöhung des bisherigen Milchsteuersatzes von 0,5%, sowie die Aussetzung der Mindestpreise für Rindfleisch. Die Kassen seien leer und Opfer unumgänglich. Die Drohung der britischen Bourgeoisie, ihre Beitragszahlung zum EG-Haushalt ganz einzustellen, werde dieser Beitrag nicht erheblich gesenkt und die Subventionierung unrentabler Betriebe nicht aufgegeben, kommt ihr da gerade recht. Und hatte nicht auch das Europäische Parlament im letzten Dezember die Senkung der Agrarausgaben vor allem über eine Änderung der Preispolitik gefordert? Der Freiherr von Heereman, Großgrundbesitzer wie sein französischer Kollege Guillaume, wäre vielleicht bereit, von der Forderung nach zösischer Kollege Guillaume, wäre vielleicht bereit, von der Forderung nach 7,9% Abstriche zu machen. Schließlich kommt er bei seinem mit überdurchschnittlicher Produktivität arbeitenden Betrieb dann immer noch zu einem netten Profit. Empfiehlt er deshalb der Versammlung so warm, sich mit dem Agrarausschuß des Europäischen Parlaments auf das engste zu verbünden? Einem Ausschuß, der zwar die Anhebung der Preise um 7,9% angeraten hat, dessen Mitglieder aber in der zur selben Stunde stattfindenden Debatte des Parlamentes erklären, 5% seien ja auch ganz schön.

Ein Großteil der Versammelten in der Halle Rhenus hat jedoch schon vor Beginn der Rede Heeremans Einheit darüber hergestellt, daß keine Abstriche von der Forderung möglich sind. Um 9,4% durchschnittlich ist das Einkommen der Bauern in den letzten fünf Jahren gesunken, die „Gemeinsamen Marktordnungen“ mit dem Abbau der Zölle innerhalb der EG haben ihre Konkurrenz enorm verschärft, während die berühmten „Interventionspreise“ zwar die Großbauern vor der Konkurrenz außerhalb der EG schützen, die mit unterdurchschnittlicher Produktivität produzierenden Kleinbauern jedoch ruinieren helfen.

Die massive chauvinistische Hetze, mit der die westeuropäischen Bourgeois in den letzten Monaten versucht haben, im „Hammelkrieg“ die französischen gegen die englischen Bauern, die EG-Bauernmassen gegen die Völker der „Beitrittskandidaten“ zu lenken, findet hier im Saal kaum Widerhall. Ein Solidaritätstelegramm des Griechischen Bauernverbandes und später die vollständige Unterstützung der Erzeugerpreisforderung durch die britische Farmers Union werden heftig beklatscht. Alle Redner – und das sind außer Heereman noch ein halbes Dutzend – unterstützen die Preisforderung ohne Vorbehalte, Beifall brandet immer dann auf, wenn Sprecher ihre Gerechtigkeit mit der täglichen Plackerei der Bauern begründen, wenn die EG-Kommission angegriffen wird.

Wie wenig die Mehrheit der Bauern trotz manchen Zuredens von der Tribüne den Europaparlamentariern vertraut, beweist die anschließende Demonstration zum Parlamentsgebäude. Provoziert von Spanischen Reitern und aufgezogener Polizei, unzufrieden, daß die Demonstration ohne Abschlußkundgebung aufgelöst werden soll, suchen mehrere Hundert, zumeist Jungbauern, den Zugang zu erzwingen. Nicht nur die britische Fahne – wie die bürgerliche Presse genüßlich berichtete –, sondern die Europafahne, dann alle anderen werden von den Masten geholt. Und als Parlamentspräsidentin Veil, massiv abgeschirmt von Bereitschaftspolizei, den Demonstranten unverschämt erklärt: „Wir kennen Ihre Probleme und Petitionen, Sie können zurückgehen, Sie haben ihre Mission erfüllt, haben Sie Vertrauen“, schallt es ihr entgegen: „Besser 7,9%“. 7,9%“.

Die europäischen Bauern haben sich in Straßburg nicht zum Spielball der Bourgeoisie machen lassen. Diese zielt über die Erzeugerpreise auf den Lohnstandard. Sie wird weiter angreifen. Den Angriff zurückzuschlagen, ist auch im Interesse der Arbeiterklasse.



Kundgebung der Bauerndelegierten in Straßburg: Während Heereman und andere Bauernführer ihre Reden halten, defilieren Bauern mit ihren Transparenten über eine Stunde am Podium vorüber. Die Parolen lauten: Für eine Richtpreiserhöhung von 7,9%, gegen die „Mitverantwortungsabgabe“ für Milch.



Für jedes EG-Land ein Traktor; so zeigen die Bauern während der anschließenden Demonstration, daß sie sich nicht den Konkurrenzschlachten der EG-Imperialisten unterwerfen, sondern gemeinsam die Erzeugerpreissenkung bekämpfen.



In vielen Parolen greifen die Bauern die Einkommenssenkungspolitik der Europäischen Gemeinschaft an; hier Gundelach, EG-Agrarkommissar.



Während der Demonstration sperren Bauern aus dem Elsaß die Rheinbrücke in Straßburg. Rechts: Am 11.3. demonstrierten 10000 belgische Bauern, ihr Zug wird von 1000 Traktoren angeführt. Weitere Aktionen sind geplant.



Drei Kundgebungen mit insgesamt knapp 20000 Teilnehmern führten bisher die niederländischen Bauernverbände durch. Bild: Kundgebung von 7000 niederländischen Bauern am 21.3. in Den Bosch.

Essen: 14000 Bauern fordern höhere Erzeugerpreise von der Bundesregierung



z.vol. 14000 Bauern aus allen Teilen der Bundesrepublik kamen zur Kundgebung am 24. März nach Essen. In einer Resolution, die einheitlich verabschiedet wurde, fordern sie: „1. Einen vollen Inflationsausgleich bei den anstehenden Preisverhandlungen für das Wirtschaftsjahr 1980/81 ... 6. Eine Neuregelung der Einkommensbesteuerung der Land- und Forstwirte, die eine Mehrbelastung der Landwirtschaft insgesamt vermeidet ... 7. Eine Anhebung der Vorsteuerpauschale um mindestens 1 % in der Umsatzbesteuerung, wie sie der Landwirtschaft gesetzlich zusteht ...“ Auf der Kundgebung sprach der Großgrundbesitzer Heereman, der versuchte, die gerechten Forderungen der Bauern mit Spaltungsmanöver gegen die Arbeiter zu mischen.

Spanien: Zehntausende Bauern gegen Erzeugerpreissenkung

z.pel. „Suarez, Bandit, du hast das Land zerstört.“ Unter diesen Rufen demonstrierten am 18.3. 150000 Bauern von Valladolid gegen die spanische Regierung. Sieben Organisationen von Bauern und Züchtern hatten aufgerufen und einen Forderungskatalog von elf Punkten vorgelegt. Unter diesen Forderungen: die Beteiligung der Bauernverbände an den Verhandlungen mit der EG, die Verringerung der Importe von ausreichend im Land produziertem Getreide, Zucker und Soja, Erhöhung der Leistungen und Senkung der Beiträge der Sozialversicherung sowie Steuersenkungen. Ausschlaggebend für diese Demonstration wie für die Beteiligung tausender Bauern und Landarbeiter an Protestkundgebungen in der Provinz Sevilla und in Galizien war jedoch die Weigerung der spanischen Regierung, mit den Verbänden der Landwirte über die Erhöhung der Agrarpreise für 1980 zu verhandeln. Für 19 landwirtschaftliche Produkte – das sind 75% der Gesamtproduktion – werden jährlich Mindestpreise festgesetzt. 1977 – 79 betrug die Erhöhung der Erzeugerpreise nur jeweils 83%, 65% bzw 80% der Steigerung der Verbraucherpreise und lag 20% unter dem Anstieg der Produktionskosten. Im vergangenen Jahr mußten die spanischen Bauern für Sozialversicherung 59%, für Benzin 100% und für Dünger 29% mehr als im Vorjahr zahlen. Die Agrarproduktion ist um 3,7% gefallen.

Portugal: Ausrichtung der Landwirtschaft nach EG-Weisung

z.elb. 28% der Erwerbstätigen Portugals arbeiteten 1978 in der Landwirtschaft (Italien: 15,5%, BRD: 6,5%), davon gut ein Viertel als Landarbeiter. Bedingt durch Klima und Bodenbeschaffenheit nehmen Gemüse, Obst, Olivenöl und Wein einen großen Teil der Produktion ein, die in allen Zweigen außerhalb der Viehwirtschaft seit 1971 kontinuierlich gesunken ist (Weizen: – 68%, Bohnen: – 31%, Olivenöl: – 30%, Wein: – 37%). Mitte März kündigte Landwirtschaftsminister Cardoso ein „Hilfs“programm zur Förderung der Produktion an. Für das Erntejahr 1980 sollen die Garantiepreise um ca. 40% erhöht werden, allerdings mit Einschränkungen bei Milch und vor allem Olivenöl. Nur: Für Gemüse und Obst gelten *keine* Garantiepreise. Die Erhöhung um 40% ist ein Erfolg des anhaltenden Kampfes der Bauern. Die Ausklammerung der Haupterzeugnisse aber hat zum Ziel, die Produktion der typischen Mittelmeerprodukte weiter drastisch zu verringern, eine von den EG-Imperialisten laufend erhobene Forderung. Mit dem Programm soll den Bauern der Zugang zu Krediten zur Umstellung der Produktion „er- zur Umstellung der Produktion „er- leichtert“ werden. Kaum ein Bauer aus der großen Masse der kleinen Bauern wird je in der Lage sein, einen Kredit zurückzahlen zu können. Die Konzentration der Produktion, die zweite Forderung der EG, kann voranschreiten.

EG: Kommission und Parlament brüten über Beitrittsbedingungen

z.scc. Welche Maßnahmen die EG-Kommission zu ergreifen gedenkt, damit „mit dem Beitritt von Griechenland ... die Handelsbeziehungen zu Drittländern, insbesondere solchen im Mittelmeerraum, nicht leiden müssen“, begehrte CDU-Müller-Hermann im Europaparlament zu wissen. Seit Jahren sinkt der Verbrauch an Frischobst in allen Ländern der EG; noch schneller fällt der „Selbstversorgungsgrad“ – Wirkung der EG-Agrarpolitik auf die Landwirtschaft insbesondere Italiens. Einen großen Teil des Frischobstes, dessen Produktion arbeitsintensiv ist, lassen sich die Imperialisten spottbillig aus den Nicht-EG-Ländern des Mittelmeers liefern. 26,6% aller griechischen Exporte in die EG bestanden 1977 aus Obst und Gemüse, weitere 7,1% aus anderen Agrarprodukten. Was Müller-Hermann tatsächlich besorgt, beschäftigt die Kommission, wie sie leicht pikiert bemerkt, schon lange: Wie verhindern, daß die griechischen Bauern eine Angleichung ihrer Erzeugerpreise an das relativ höhere Preisniveau in der EG durchsetzen? Wie sich die billigen Frischobst-Lieferanten anderer Mittelmeerländer erhalten und zusehends Griechenland in einen Lieferanten billiger „proteinreicher Erzeugnisse“ und billiger Arbeitskraft verwandeln? „Lösungsvorschläge“ behält sich die Kommission für weitere Beitrittsverhandlungen vor.

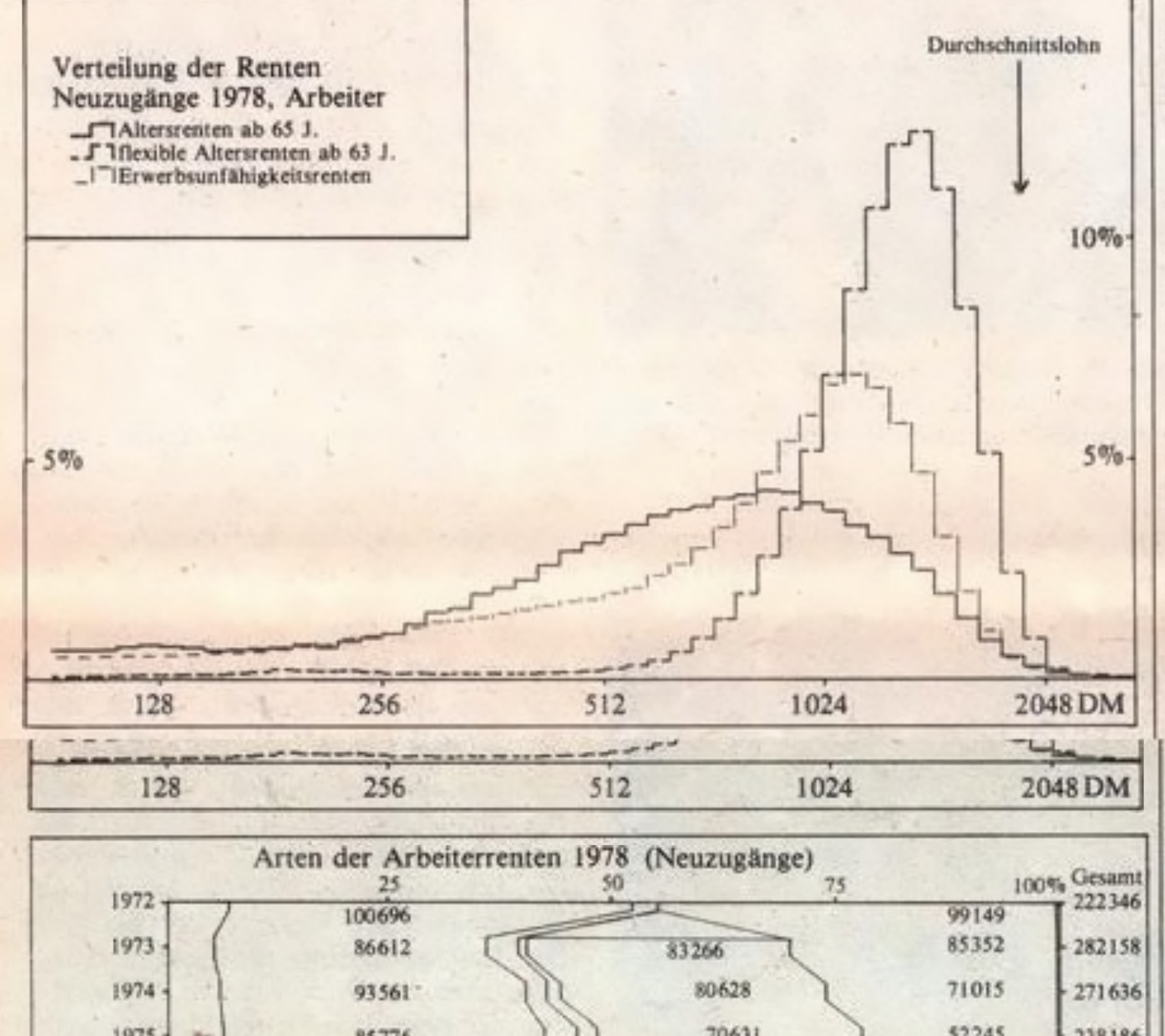
Senkung der Altersgrenze ohne eine Bindung der Renten an die Löhne käme teuer

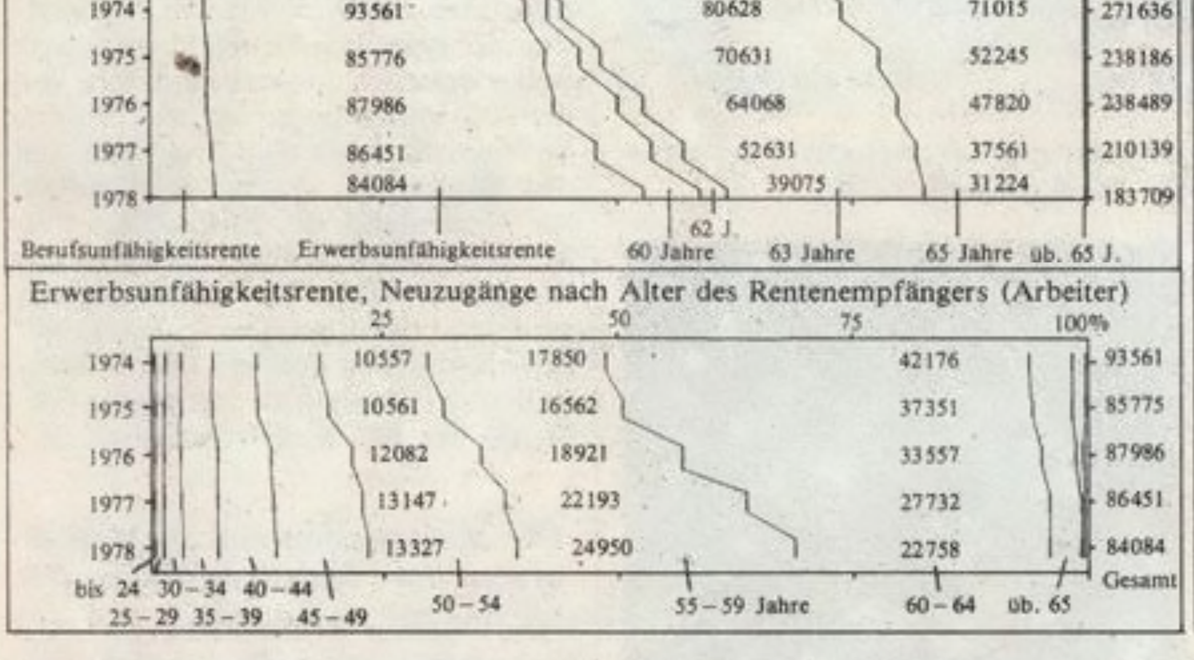
z.mif. Die flexible Altersgrenze – 1973 eingeführt – hat mit einer Senkung des Verrentungsalters nichts gemein. Sie ist erstens an Bedingungen gebunden, zweitens gleichbedeutend mit einer Senkung der Rente: sie mißt sich nicht nur nach dem Lohn, sondern ebenso nach der Anzahl der Versicherungsjahre, also bedeutet kürzere Arbeitsperiode niedrigere Rente. Nur wer 35 Versicherungsjahre nachweisen kann, ist überhaupt berechtigt, mit 63 in Rente zu gehen; daher ist der Durchschnitt dieser Renten höher als der Durchschnitt der Altersrenten mit 65 Jahren.

Die Arbeitskraft von immer mehr Arbeitern ist lange vor dem 63. Jahr ruiniert, immer höher wird die Zahl der Erwerbsunfähigkeitsrenten (für Arbeiter ab 60 Jahre in Altersrenten umgewandelt) und immer höher der Anteil der Arbeiter in mittleren und jüngeren Jahren, die diese Rente beziehen. Dies trotz des Rechtsgrundsatzes „Rehabilitation vor Rente", also Bewilligung von Rente nur, wenn und solange absolut keine Umschulung usw. möglich. Die Summe der neu ausgezahlten Erwerbsunfähigkeitsrenten lag 1978 bereits höher als die der Altersrenten.

Die Antwort der Wehner-Kommission auf diese Entwicklung, enthalten in ihrer Renten-Beschlußvorlage für den SPD-Parteitag im Juni, lautet: „Wir Sozialdemokraten wollen, soweit das finanziell möglich und vertretbar ist, diese flexible Altersgrenze schrittweise weiter herabsetzen." Ferner „wollen wir für langjährige Schichtarbeiter mit dem 55. Lebensjahr einen Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung bei vollem Lohnausgleich". Das finanzielle Kalkül läuft so: Mit Inanspruchnahme der Rente ab 63 sinkt der Rentenanspruch derzeit um 5–6%. Wäre die Lebenserwartung gleichlang wie bei Verrentung mit 65, so wäre die auszuzahlende Rentensumme höher, da die Rentensenkung die um 2 Jahre verlängerte Zahlungsperiode nicht wettmacht. Aber: Sowohl die niedrigere Rente als auch die immer frühere Ruinierung der Arbeitskraft sorgen dafür, daß die Lebensjahre des Rentners kürz bemessen sind. Es dürfte demnach „finanziell möglich und vertretbar" sein, die flexible Altersgrenze zu senken.

Die Forderung des DGB im neuen Sozialpolitischen Programm ist ganz anderer Art: Der DGB fordert Senkung der flexiblen Altersgrenze auf 60 Jahre und fordert gleichzeitig „ein Alterseinkommen, das nicht unterhalb von 90% des Nettoeinkommens eines vergleichbaren Erwerbstätigen liegt". Das läuft auf Einschränkung des Gewichts der Versicherungsjahre in der Rentenformel hinaus, damit auf Beseitigung der Rentensenkung durch Wahrnehmung der „flexiblen Altersgrenze".





Lehrer machen mehr als 2½ Überstunden täglich

Auswertung der „Aktion Gläserne Schule" an einer Frankfurter Schule

z.güv. Die unseren Schaubildern zugrundeliegenden Zahlen sind von Teilnehmern der Aktion „Gläserne Schule" an einem Frankfurter Gymnasium veröffentlicht worden. Die tägliche Arbeitszeit der meisten der 20 teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrer betrug 8,5 Stunden, was nach Berechnungen der GEW einer 40-Stundenwoche in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes entspricht (2,5 Std. als Ferienausgleich). Teilzeitlehrer haben entsprechend weniger gearbeitet, so daß sich eine durchschnittliche Arbeitszeit von knapp 8 Stunden ergab (s. Schaubild 2). In Selbstbeobachtungsbögen wurden täglich alle erledigten Arbeiten sowie die Anzahl der für den nächsten Tag unvorbereiteten Stunden eingetragen (Schaubild 2). Die unerledigten Arbeiten wurden in drei Bereiche unterteilt (Schaubild 1) und jeweils die unerledigten Arbeiten in Minuten geschätzt. Dann wurde die täglich liegengebliebene Arbeit sowohl in Prozenten errechnet (Schaubild 1) als auch in Stunden (Schaubild 2). Die Ergebnisse wurden täglich in der Schule ausgehängt. Die geschätzte liegengebliebene Arbeitsmenge drückt die normale Arbeitsbelastung der Lehrer aus, da die Aktion weder in einer Zeit der Spitzenbelastung (Zeugnisvorbereitung, Halbjahreswechsel, Abitur) stattfand, noch berücksichtigt wurde, welche zusätzliche Arbeit ein wirklich gut vorbereiteter Unterricht erfordern würde. Weiterhin sind mindestens 37 Stunden für den 14tägigen Samstagsunterricht sowie die Referandarbetreuung in der Rechnung nicht enthalten.

Die Auswertung ergab, daß der mit voller Stundenzahl unterrichtende Lehrer (5 × 8,5 Std. = 42,5 Std.) wöchentlich 55,2 Stunden hätte arbeiten müssen, um alle normal anfallenden Arbeiten zu erledigen. Bei Teilzeitlehrern deutete sich die Tendenz an, daß die zusätzlich erforderliche Arbeitszeit prozentual eher höher liegt, was damit zusammenhängt, daß sie etliche außerunterrichtliche Tätigkeiten (z.B. Gesamt- und Fachkonferenzen, Materialbeschaffung und -wartung sowie einige Verwaltungsarbeiten ...) trotz ihrer wenigen Stunden ebenso wie Vollzeitlehrer zu erledigen haben.

Eine anfängliche Schwjerigkeit be-

lehrer zu erledigen haben.

Eine anfängliche Schwierigkeit bestand für einige Lehrer darin, ihre unerledigte Arbeit in Arbeitszeit einigermaßen genau zu schätzen. Es wurde deutlich, daß vielen Lehrern durch die individuelle häusliche Arbeitseinteilung ihr täglicher Zeitaufwand für die Arbeit gar nicht bewußt ist. Zusätzlich wirkt sich die Ideologie der Bourgeoisie aus, daß Lehrerarbeit etwas „Besonderes" und daher zeitlich nicht meßbar sei, wie etwa andere Arbeiten im öffentlichen Dienst. Der „echte" Lehrer könne sich „dem Verantwortungsgefühl für die Schüler" nicht einfach nach achteinhalb Stunden entziehen, argumentieren sie.

Ein weiteres Problem in den ersten Tagen der Aktion war die Sorge vor der erheblichen Mehrbelastung im Klassenraum bei nicht vorbereitetem Unterricht. Am Schaubild 1 läßt sich die Reaktion der Lehrer deutlich feststellen: Der nicht vorbereitete Unterricht nimmt in den ersten Tagen ständig ab, die nicht erledigten außerunterrichtlichen Tätigkeiten (Lesen von Fachliteratur, Sammlungsbetreuung, Materialbestellungen, Konferenzenvorbereitung usw.) nehmen ständig zu; denn diese hoffte man nach Ende der Aktion leichter nachholen zu können. Erst die Statistik machte den Lehrern diese Enwicklung deutlich, und sie nahmen sich vor, in den folgenden Tagen die drei Bereiche ausgewogener zu bearbeiten bzw. unbearbeitet zu lassen, um die negative Auswirkung von nur 8,5 Stunden täglicher Arbeit auf den Unterricht nicht durch eigene unbewußte Manipulation abzuschwächen. In Schaubild 1 ist diese Korrektur der Arbeitsweise ab Freitag deutlich zu erkennen. (Der Grund für die teilweise erheblichen Sprünge der Prozentzahlen von Säule zu Säule liegt hauptsächlich an der geringen Anzahl der statistisch erfaßten Lehrer. Zeitraubendes Arbeitenkorrigieren beispielsweise durch einige wirkt sich sofort spürbar auf den Tagesdurchschnitt aller aus.)

Hätten die Lehrer in der ersten Woche durchschnittlich 2,3 Stunden täglich mehr arbeiten müssen, um alle anfallenden Arbeiten zu schaffen, so waren es in der zweiten Woche schon 2,85 Stunden. Eine Woche unerledigte Arbeiten wirkte sich in der zweiten Woche bereits erheblich aus. Schon die Auswertung von 9 Tagen „Gläserner Schule" zeigt deutlich, was bei einer Beschränkung auf die Normalarbeitszeit an den Schulen nach etlichen Wochen, spätestens nach einigen Monaten eintreten würde; das an vielen Schulen bereits herrschende Chaos würde den Lehrern vollends über den Kopf wachsen, Unterricht wäre wohl kaum mehr möglich, oder aber er wäre noch weitaus schlechter als gegenwärtig bereits.

Daß sich die Lehrer von den anstrengenden Unterrichtsstunden meist nur durch eine größere Ruhepause erholen können, wurde an der kurzen Mittagspause deutlich: Eine Dreiviertelstunde reichte nicht, um sich für die Nachmittagsarbeit auszuruhen. Durch die zusammengeballte Arbeitszeit ohne ausreichende Regeneration tritt die erhebliche Arbeitsbelastung deutlicher zutage, als wenn das Arbeitsquantum über den ganzen Tag verteilt werden kann.

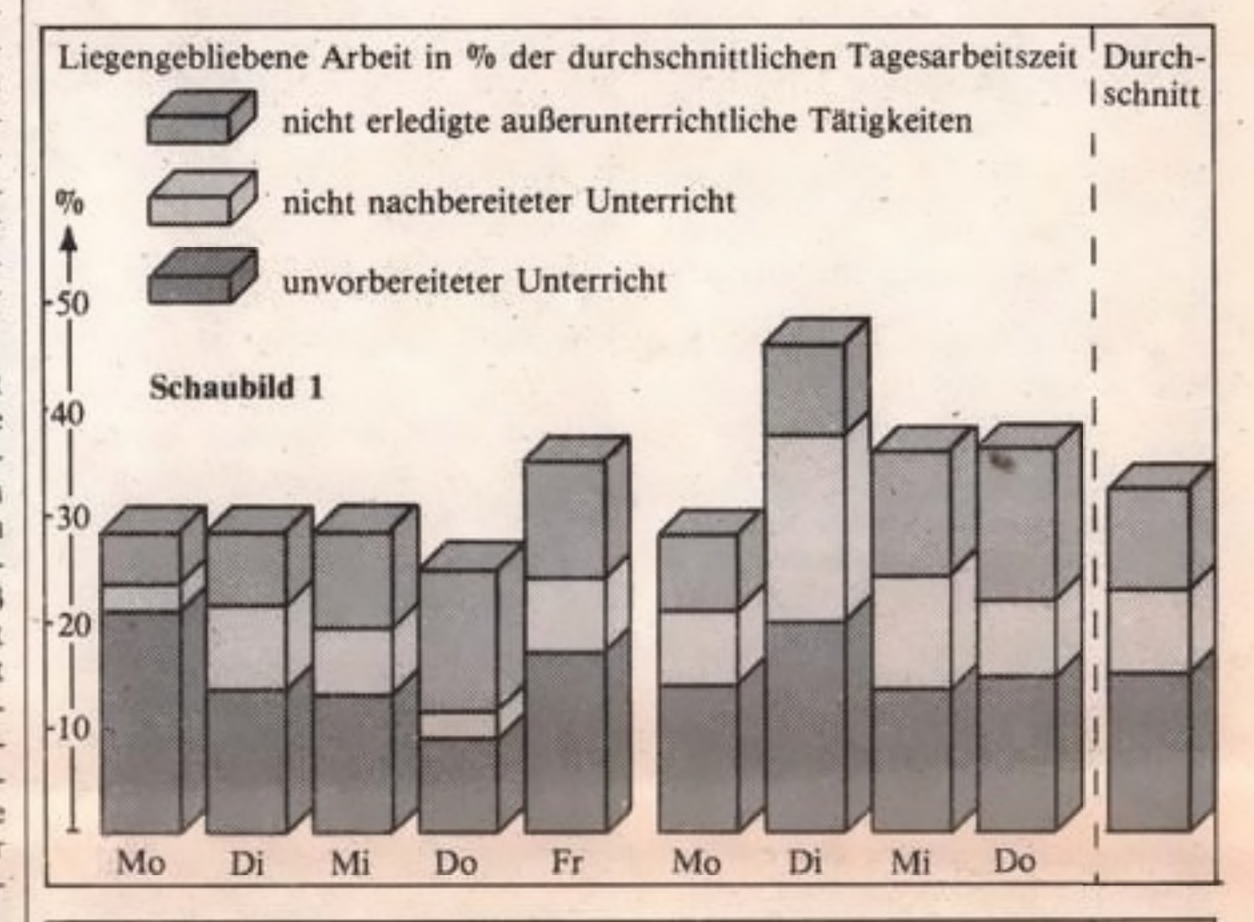
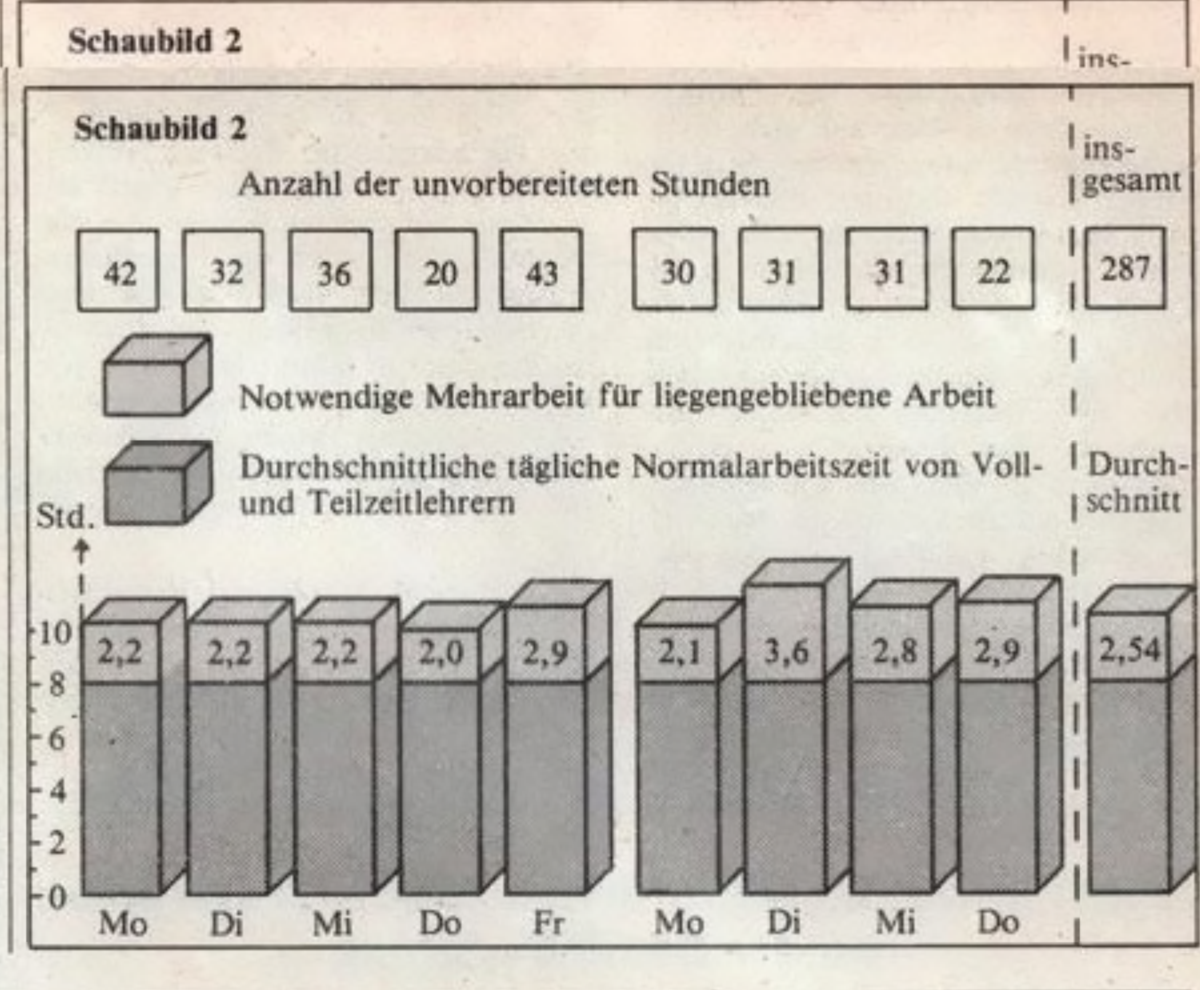


Schaubild 2





z.coi. **Seit dem 17.3. streiken die ca. 30000 finnischen Holzfäller, Forstmaschinenführer und Holzflößer für die schrittweise Beseitigung des Akkords und für eine Lohnerhöhung von 1,20 Fmk. rückwirkend ab 1.3. sowie 0,60 Fmk. ab 1.9.** Die Landarbeitergewerkschaft fordert als ersten Schritt die Einführung des Zeitlohns für die Arbeiter in Nordfinnland, da das Akkordsystem dort wegen der besonders harten klimatischen Bedingungen die übelsten Auswirkungen auf die Gesundheit und die Lohnhöhe hat. Der Zeitlohn soll dem jetzigen Durchschnittslohn entsprechen, der bei den Holzfällern 187 Fmk. (91,60 DM) pro Tag bei durchschnittlich 6,6 Arbeitstunden beträgt. Darin sind allerdings 56 Fmk. Abnutzungsentschädigungen für die eigenen Motorsägen enthalten. Die Holzindustriekapitalisten haben sich durch Anlegen von riesigen Holzlagern, die angeblich bis zum Sommer reichen, auf diesen Streik vorbereitet. Die Holzarbeiter setzen auf die Wirkung eines langen Streiks, denn 40% des finnischen Exports besteht aus Holz und Holzprodukten einschließlich Papier.

z.mat.Sydney. **Nach elf Wochen Streik haben die Lagerarbeiter in den australischen Wollbörsen eine Senkung des Tariflohns teilweise zurückschlagen können.** Nachdem sie Anfang Januar den Streik aufgenommen hatten, hatte die nationale Schiedskommission am 14.1. Lohnerhöhungen von 12,50 bis 15,90 Dollar wöchentlich zugestehen müssen. Durch die Einführung von Gabelstaplern und Transportbändern ist die Zahl der Arbeiter seit 1976 von 3000 auf 1800 zurückgegangen. Die Wollhändler wollten das nutzen und legten Berufung gegen die Lohnerhöhung ein. Am 18.2. reduzierte die Kommission ihren Beschluß auf acht Dollar. Die Arbeiter, deren Gewerkschaft kein Streikgeld zahlt, organisierten den Streik neu. Während die 500 Arbeiter in Sydney und Melbourne weiter streikten, wurden sie durch Beiträge der übrigen 1300 unterstützt. Regierung und Wollhändler versuchten, den Streik mit allen Mitteln zu brechen. Um die Arbeiter auszuhungern, kündigte die Regierung am 15.3. die Einstellung des Wollexports an. Am 18.3. erhielten die 1300 Arbeiter Entlassungsbriefe. Unter dem Druck wachsender Verluste bei steigenden Preisen mußten die Kapitalisten am 20.3. einem neuen Beschluß der Kommission zustimmen. Er erhöht die acht Dollar wieder auf 10,75 bis 12,25 Dollar und gibt der Gewerkschaft das Recht, während der Laufzeit des Vertrages, der bis Februar 1982 gilt, Verhandlungen über Betriebszulagen aufzunehmen.

z.cht.Sydney. **Mit der letzten allgemeinen Lohnerhöhung als Ausgleich für die Inflationsrate von 7,3% wurden die niedrigeren Löhne der Plantagenarbeiter in Papua-Neuguinea an das Lohnniveau der übrigen Landarbeiter angeglichen.** Der Wochengrundlohn beträgt nun einheitlich 12,40 Kina (31 DM). Der Abstand zu den Mindestlöhnen in den Städten (je nach Region 33,24 bzw. 28,09 Kina nach der 7,3%-Anhebung) ist jedoch größer geworden. Die Landarbeiter fordern, daß ihre Löhne schrittweise an die städtischen Löhne angeglichen werden, und haben dabei die Unterstützung des Gewerkschaftsverbandes von Papua-Neuguinea. Die Regierung hatte sich auch für eine Verringerung des Lohnabstandes ausgesprochen, aber durch Senkung der Löhne in den Städten. Dagegen hatten die Gewerkschaften mit Streiks den vollen Ausgleich für die Inflation durchsetzen können.

z.rül. **In Bangladesch führen 500000 Lohnabhängige im öffentlichen Dienst ihren größten Streik in der Geschichte des Landes durch.** Die Lohnabhängigen, zumeist Beschäftigte in den unteren Lohngruppen, fordern Lohnerhöhungen und die Zahlung von Zuschlägen durch die Regierung. Der Streik begann am 14.3. Obwohl nur die in der „Vereinigten Front der unteren Staatsbeschäftigten" organisierten Lohnabhängigen im Streik sind – Bangladesch hat 900000 Lohnabhängige im öffentlichen Dienst, bei 30 Mio. Arbeitern und Bauern –, hatten die Streikenden bereits am 19.3. die öffentlichen Einrichtungen, darunter fast alle Ministerien, lahmgelegt. Die Regierung verhandelt mit Vertretern der Streikenden, weigert sich aber bislang, ihre Forderungen zu erfüllen. – Seit Ende 1979 sind die Preise für Grundnahrungsmittel in Bangladesch kräftig gestiegen. Die Regierung konnte nur mit großen Nahrungsmittelimporten eine Hungersnot verhindern. Im letzten Jahr lag die Inflation über 15%.

z.haj. **Gegen die Entlassung von zwölf Bergleuten streiken in Westvirginia inzwischen über 3500 Bergleute der Consolidation Coal Co.** Die Grubengesellschaft begründet die Entlassung mit „illegaler Streikpostentätigkeit" in einem elf Tage dauernden Streik von 5200 Bergleuten vor einem Monat, der sich gegen die Leistungsfestsetzungen der Gesellschaft richtete. Wie diesen vorausgegangenen Streik erklärte ein US-Bundesgericht auch den jetzigen Streik für ungesetzlich, verhängte gegen die lokale Gewerkschaftsorganisation der United Mine Workers 3000 Dollar und gegen die Gewerkschaftsvertreter für jede bestreikte Schicht 100 Dollar Geldstrafe. Bis zu dem Gerichtsurteil streikten etwa 2000 Bergleute in fünf Gruben. Nach Bekanntwerden des Urteils, das von der Gesellschaft beantragt wurde, schlossen sich

Tarifkalender – Streikaktionen im Öffentlichen Dienst – Abschluß im Bau

Baugewerbe: Die Tariflöhne sollen ab 1.5.1980 um 6,6% erhöht werden, laut IG BSE „nach einer unterschiedlichen Vorweganhebung". Laufzeit 11 Monate. Praktisch ist der Relationstarifvertrag Bestandteil des Ergebnisses: „In die Basis der Erhöhung sind die strukturellen Verbesserungen zugunsten der qualifizierten Facharbeiter aus der 1977 getroffenen Vereinbarung eingearbeitet." (Verband Bauindustrie) Erklärungsfrist bis 21.4. Die Gehälter der Angestellten werden am 4.4. verhandelt.

Metall: Kfz-Gewerbe Bayern, Erhöhung des Ecklohns in Ortsklasse I von 9,77 auf 10,44 DM (6,8%) ab 1.4.

Chemie: Die Tarifkommission im Bezirk Nordrhein fordert 8,2%. Die Vollversammlung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Hauptwerk der Hoechst AG hat eine Empfehlung für 8,5% beschlossen. Für den Tarifbezirk Rheinland-Pfalz/Saarland fordert die Tarifkommission 9%. Alle Beschlüsse beziehen sich auf die Forderungsstruktur des Hauptvorstandes.

Textil: Forderung für Niedersachsen/Bremen 8,2% und Erhöhung der Jahressonderzahlung um 10 Prozentpunkte.

Einzel- und Großhandel: Abschluß in Baden-Württemberg. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6,9%, mindestens 50 Pfg./Stunde bzw. 85 DM.

Öffentlicher Dienst: Gestreikt wurde, im allgemeinen eine bis vier Stunden, bei Bus und Straßenbahn, Versorgungsbetrieben, Bauhöfen, Müllabfuhr, weiter bei innenstädtischen Verwaltungsbehörden und vereinzelt in Krankenhäusern. Nach Auskunft der ÖTV wurde auch in der Bundeswehr angegliederten Betrieben vereinzelt gestreikt; in zwei Depots auf der Schwäbischen Alb streikten 170 Mann; die Telefonistinnen des Heeresamtes in Köln, das direkt dem Führungsstab Heer im Verteidigungsministerium unterstellt ist, legten für einige Stunden die Telefone lahm. Hamburg: Müllabfuhr und Stadtreinigung. Bremen: 1500 Beschäftigte der Post streiken für 1½ Stunden. Westberlin: U-Bahn- und Busfahrer sowie Stadtreinigung im Streik. In NRW wurde vor allem in Essen, Dortmund, Duisburg, Bochum, Witten, Herne, Gelsenkirchen, Castrop-Rauxel, Wanne-Eickel und Bielefeld gestreikt. In Köln lag die Straßenbahn für mehrere Stunden still, Streiks auch in Bezirksverwaltungsstellen, Tiefbauamt, Schulverwaltung. Hessen: Streiks in Kassel, Marburg, Offenbach, Groß-Gerau, Darmstadt, in Frankfurt streikten 3700, davon 1200 am Flughafen, 600 Müllarbeiter und 500 bei der Post. Baden-Württemberg: Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Baden-Baden, Eßlingen, in Stuttgart u.a. im Hauptklärwerk. In München stand für Stunden der Bahn- und Busverkehr still.

(Weitere Informationen in den KVZ-Spezialnachrichten)

Dänemark: Kampf um den Reallohn

Neues Krisenprogramm der Regierung zielt auf Lohnsenkung von 10%

z.bag.Aarhus. Zum dritten Mal innerhalb gut eines Jahres versucht die dänische Regierung, dem kränkelnden Kapital mit einem Krisenprogramm auf die Beine zu helfen. Die Mittel waren jedesmal Lohnsenkung, Steuererhöhungen und Einschränkungen der Sozialausgaben. Jeder Angriff war allerdings schärfer und wirkte umso härter, je weniger die Arbeiterklasse und die Volksmassen auf Reserven zurückgreifen konnten. Deshalb die Massenstreiks im Frühjahr 1979, deshalb die immer noch anhaltende Welle von Lohnkämpfen seit Beginn dieses Jahres. Die Verfechter des neuen Krisenprogramms sprechen offen von einer Senkung des Reallohns um 10% allein in diesem Jahr. Das wird mit Kämpfen um innerbetriebliche Lohnzulagen, so wichtig sie sind, nicht zurückgeschlagen werden können.

Der durchschnittliche Jahreslohn eines Facharbeiters stieg 1973 bis 1979 nominal von 51000 auf 100000 Kronen. Rechnet man die Preissteigerungen ab 1973 ein, kamen 1979 nur noch 55800 Kr. heraus. Der disponible Reallohn, nach Abzug der Steuern, war 35800 Kr. Das sind, ohne Kaufkraftvergleich, in DM und Monatslohn umgerechnet, rund 1000 DM. Nun muß man dazu wissen, daß man in Dänemark nur nach jahrelangen Wartezeiten eine Wohnung mieten kann. Die meisten Lohnabhängigen haben deshalb eine Eigentumswohnung bzw. ein Einfamilienhaus. Beides kann man bei dem Lohn nur auf Kredit kaufen. Seit 1975 wurden die Bankzinsen von 13 auf 17% erhöht. Der Staat förderte diese Verschuldung, indem man bisher die Bankzinsen von der Lohnsteuer absetzen, d.h. mit viel Schulden in eine relativ günstige Steuerlage kommen konnte. Das soll nun mit dem neuesten Krisenprogramm abgeschafft werden. Wissen muß man außerdem, daß Autos und was dazugehört, in Dänemark in Vermögen kosten. Ein VW Golf z.B. 60000 Kr., also ungefähr einen Jahreslohn. Rund 40000 Kr. davon sind Abgaben an den Staat. Auch diese Anschaffung läuft also bei den Lohnabhängigen nur über Bankkredite; wer da nicht kreditwürdig ist, kann mit dem Händler einen Vertrag abschließen; dessen Zinsen sind bis zu 30%.

Direkter als zuvor zielt das neue Krisenprogramm auf eine Ausplünderung der Fonds und Versicherungskassen für soziale „Leistungen". Stolz berichteten die bürgerlichen Zeitungen, daß bereits 1979 durch eine verschärfte Bestimmung für die Berechtigung zum Empfang von Arbeitslosenunterstützung 21600 Personen aus dem „Netz der sozialen Sicherung rausfielen". Jetzt will man denen zuleibe, die als „Nichtstuer" die liberale Gesetzgebung mißbrauchen.

Bei den Plänen zu Einsparungen auf dem Gesundheitssektor glaubt man auf Schritt und Tritt Minister Ehrenberg zu begegnen. Die Konservativen Dänemarks schlagen eine Gebühr von 15 Kronen pro Arztbesuch vor, ruft man den Arzt nachts: 20 Kronen. Die dänische Sozialministerin Ritt Bjerregaard (Sozialdemokratie) hat es zum Menschenrecht erklärt, seinen Lebensabend zu Haus zu verbringen und in seinen eigenen vier Wänden zu sterben. Flugs waren die Wissenschaftler zur Stelle mit der Erkenntnis, daß es am gesündesten ist, gleich nach der Operation nach Hause zu gehen.

Und natürlich geht es auch gegen die Rentner. Über die hohen Steuern für die Arbeiterklasse und die Volksmassen wurde bisher eine sog. „Volksrente" finanziert, Paradestück der sozialdemokratischen Sozialpolitik. Jeder Mensch ab 65 Jahren, ob er gearbeitet hat oder nicht, ob er versichert war oder nicht, bekam bisher eine Rente, die knapp um das Existenzminimum herum lag. Man bekam sie ungekürzt, ob man nur sie hatte oder dazu eine Zusatzversicherung, oder ob man als Kapitalistenwitwe daneben Hunderttausende aus der Couponschneiderei bezog. An letzterem knüpften die Demagogen an und forderten als Teil des Krisenprogramms, daß die „Volksrente" eingeschränkt bzw. ganz gestrichen werden soll.

Teil des neuesten Krisenprogramms sind auch die Einsparungen im Ausbildungsbereich. Schulen, Hochschulen; auch die Erhöhung der Gruppenstärke in den Kinderkrippen gehört dazu. Es hat scharfe Proteste dagegen gegeben, Lohnabhängige des öffentlichen Dienstes und der Industrie haben sich in einer Reihe von Aktionen dagegen zusammengeschlossen.

*

Interview mit einem Metallarbeiter, 40 Jahre, geschieden, 1 Kind, für dessen Versorgung er anteilig aufkommt.

Wie hat sich dein Reallohn in den letzten fünf Jahren entwickelt?

Klar gefallen, ich schätze, 10%.

Was wurde besonders teuer?

Das Essen. Grundnahrungsmittel, meine ich. Brot, Fleisch, Milch, Gemüse. Und dann das Auto. Ich habe einen Opel Rekord. Habe ihn gebraucht gekauft vor sechs Jahren. Konnte ihn gut halten bisher. Aber im letzten Jahr ist die Versicherung von 444 auf 542 Kr. pro Quartal angestiegen, und für Benzin brauche ich inzwischen 200 Kr. pro Woche. Die Gebühren für den Kindergartenplatz meiner Tochter sind auch gestiegen.

Deine Wohnung?

Eigentumswohnung, zwei Zimmer mit Küche, die habe ich fast abgezahlt, das ist kein so großes Problem mehr. Aber natürlich bin ich jeden Tag wütend über diese 17% Zinsen, die die Bank sich einsteckt.

Wie schaffen Du und Deine Kollegen diese steigenden Ausgaben? Macht Ihr z.B. Überstunden?

Nein. Das Steuersystem ist ja so, daß man für jede Stunde über die normale Arbeitszeit hinaus bestraft wird. Wir können nur für mehr Lohn kämpfen. Aber das ist auch keine Lösung, dies ganze System ist rott.





Demonstration unter der Forderung: „Keinem soll die Arbeitslosenunterstützung genommen werden" – Eine der zahlreichen Aktionen von Mietern gegen die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

„Steuerreform": Gezielte Absichten durch Drehen an Steuertarif und Freibeträgen

z.frb. Um die Absichten der Steueränderungsentwürfe zu erkennen, ist es nützlich, sowohl die Wirkung der einzelnen Änderungen wie die Gesamtwirkung zu untersuchen.

Für die Untersuchung des Steuertarifs empfiehlt es sich, die Darstellung des Grenzsteuersatzes zu wählen. Dieser gibt an, mit welchem Steuersatz die jeweils letzte Mark Lohnerhöhung zu versteuern ist. Ein zu versteuerndes Einkommen von monatlich 1000 DM liegt in der Proportionalzone. Der Grenzsteuersatz ist hier gleichbleibend 22%. Steigt der Monatslohn um 50 DM, so werden hiervon 22% = 11 DM weggesteuert. Steigt er um weitere 50 DM, so werden hiervon nochmal 11 DM weggesteuert, usw. Die Gesamtsteuerlast kann man sich jetzt aus lauter solchen Einzelschritten zusammengesetzt denken. Im Schaubild entspricht daher die Gesamtsteuerlast der Fläche unter der Kurve des Grenzsteuersatzes bis zur Höhe des jeweiligen Einkommens. Reicht der Lohn in die Progressionszone hinein, so wird von jeder zusätzlichen Mark ein immer größerer Anteil weggesteuert.

Betrachtet man nun in derselben Weise eine Senkung des zu versteuernden Einkommens, so erkennt man die Wirkung der Freibeträge. Wird ein Freibetrag für alle Löhne um 50 DM monatlich erhöht, so sinkt das zu versteuernde Einkommen, auf das der Tarif angewendet wird, um 50 DM. Waren von dem Lohn zuvor 1000 DM zu versteuern, so jetzt noch 950 DM. Da dieser Lohn in der Proportionalzone liegt, sinkt die Steuer um 22% von 50 DM = um 11 DM. Für einen Lohn, von dem zuvor 2000 DM zu versteuern waren, ist die Steuerersparnis größer. Auf den Teil des Lohnes zwischen 1950 und 2000 DM muß ein Steuersatz von etwa 34% gezahlt werden. Also beträgt die Steuerersparnis 34% von 50 DM = 17 DM. Im Gegensatz hierzu bedeutet eine Erhöhung des Grundfreibetrages eine Verkürzung der Proportionalzone an ihrem Beginn. Für alle Einkommen über dem neuen Grundfreibetrag bewirkt dies eine Steuersenkung um 22% des zusätzlichen Grundfreibetrages.

In der letzten KVZ, S. 18, war die Wirkung der Freibeträge falsch berechnet. Es war dort vom durchschnittlichen Steuersatz die Rede, wo es in Wirklichkeit auf den Grenzsteuersatz ankommt. Die im Text angegebene Ersparnis für die Freibeträge ist daher etwas zu niedrig. An der festgestellten Tendenz der Reform ändert sich dadurch nichts.



etwa 1500 Bergleute von vier weiteren Gruben dem Streik an.

z.ulg.Rom. **Die italienische Chemiearbeitergewerkschaft FULC hat die Tarifforderungen für die Kautschukindustrie aufgestellt.** Von den knapp 200000 Lohnabhängigen der Branche sind über 30000 allein im Pirelli-Konzern beschäftigt. Der Effektivlohn liegt zwar fast ein Drittel über dem Landesdurchschnitt, doch das kann den vorzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft durch die Schichtarbeit nicht ersetzen. Gefordert werden, nach Lohngruppen leicht unterschiedlich, rund 10% auf den Tariflohn, Erhöhung der Nachtschichtzuschläge von jetzt 30 auf 50% und acht zusätzliche Urlaubstage für Contischichtarbeiter. Schließlich sind u.a. eine Reihe von Schutzforderungen gegen gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen aufgestellt worden. Die Fabrikräte sollen die nötigen Untersuchungen kontrollieren.

z.ans.Rom. **Der Generalrat der italienischen Metallarbeitergewerkschaft FLM hat am 22.3. Richtlinien für die Firmenzusatztarife beschlossen.** Angesichts der steigenden Inflationsrate ist die Bewegung unter den Metallarbeitern für hohe Lohnforderungen in den anstehenden Firmentarifauseinandersetzungen stark. Statt diese Bewegung gegen die dauernden Lohnsenkungen durch die Aufstellung einer hohen Forderung zu vereinheitlichen und zu stärken, sind die bürgerlichen Gewerkschaftsführer bemüht, von der Hauptsache, dem Lohn, abzulenken: Zu den Lohnforderungen hat der Generalrat nur verlautet, *maßvoll* müßten sie sein, etwas über dem nationalen Tarifabschluß von 1979 (30000 Lire, 65 DM). Einzig das Beharren darauf, daß der Lohnkampf vom Kampf für Lohnsteuersenkung nicht zu trennen ist, ist nützlich. Warum sind die Kapitalisten trotzdem voller „Pessimismus"? Die Gewerkschaftsführung habe zwar auf „verzichtet", „präzise Richtlinien" – gegen hohe Forderungen –, „für die Firmenzusatztarife aufzustellen und die Führung bei der Tätigkeit der Fabrikräte zu übernehmen". Den Kapitalisten schwant, daß den Belegschaften das nicht einleuchten wird, warum sie sich „mäßigen" sollen.

z.coi.Stockholm. **Der schwedische Gewerkschaftsbund LO führt seit dem 27.3. eine Überstundenblockade gegen die Lohnstoppforderung des Kapitalistenverbandes SAF durch.** Mit der Aufforderung, diese Blockade einzustellen, legte die Regierung am gleichen Tag ein Vorschlagspaket zur „Erleichterung der Tarifverhandlungen" vor, das jedoch allzu deutlich die Schriftzüge von SAF trägt: unmittelbarer Preisstopp für alle Waren und Dienstleistungen, Einkommensteuersenkungen von bis zu 500 Skr. für die Einkommensklassen 40000–80000 SKr. im Jahr, Einrichtung von Investitionsfonds mit 25% der Unternehmensgewinne über einem „gewissen Niveau" und als Bedingung Festschreibung des am 31.10.79 ausgelaufenen Tarifvertrages bis Ende 1980. LO hat diesen Vorschlag zurückgewiesen – allein die Preissteigerungsrate von 7% seit dem 1.1. sei Grund genug, Lohnstopp abzulehnen – und kündigte weitere Kampfmaßnahmen an. Die Volvo-Betriebsgruppe hat öffentlich ihre Streikbereitschaft erklärt.

z.rül.London. **Am 8.4. wollen die British-Leyland-Kapitalisten für 85000 Produktionsarbeiter einseitig einen neuen Tarifvertrag in Kraft setzen.** Danach werden die Löhne für einfache Arbeiter um 5% erhöht, für Facharbeiter um 10%, bei einer Inflationsrate von über 19%. Außerdem werden wesentliche Einspruchsrechte der Vertrauensleute abgeschafft, um, wie die Kapitalisten offen erklären, die Lohnsenkung mit rabiater Steigerung der Stückzahlen, Bandgeschwindigkeiten etc. zu verbinden. Die Arbeiter haben den Vertrag bereits mehrfach zurückgewiesen. Aber obwohl der alte Tarif seit 1. November ausgelaufen ist, konnten sie bisher nicht die nötige Einheit für Kampfmaßnahmen herstellen. Jetzt sind 13000 Arbeiter ausgesperrt und 6500 auf Kurzarbeit gesetzt, „wegen Absatzmangel", wie die Kapitalisten sagen. Am Mittwoch beraten die Vorstände der elf BL-Gewerkschaften über einen Streik ab 8. April.

z.hef.London. **Die Schlichtungskommission für den Stahlstreik nahm in der letzten Woche ihre Arbeit auf.** Arbeitsminister Prior hatte sich am Montag geweigert, die Kommission offiziell einzusetzen und einen Vorsitzenden zu berufen. Darauf ernannten die Gewerkschaften und das Stahlmonopol BSC Lord Lever, Arbeitsminister in der letzten Labour-Regierung, zum Vorsitzenden. Gewerkschaftsvertreter in der Kommission ist William Keys von der Druckgewerkschaft, Kapitalistenvertreter Sir Richard Marsh von der Vereinigung der Stahlverbraucher. Die Kommission soll zwischen dem letzten Angebot der Kapitalisten – 10% und 4% Zuschlag für lokale Produktivitätsabkommen – und der Forderung der Gewerkschaft – 14% und 5% Zuschlag – entscheiden. Die Kapitalisten binden die 4%-Prämie daran, daß bis zum 23. Juni die entsprechenden Produktivitätsabkommen geschlossen sein müssen, die z.B. weitere Entlassungen und Mehrarbeit bedeuten. Über die Untersuchungskommission kam es in der letzten Woche zu einer erneuten Spaltung zwischen den Gewerkschaften. Während die Facharbeitergewerkschaften beschlossen, die Ergebnisse der Kommission als bindend zu betrachten, lehnten die ISTC und die Hochofenarbeitergewerkschaft einen solchen Beschluß ab. Bislang hat keine Gewerkschaft zum Abbruch des Streiks aufgerufen. Die 150000 BSC-Arbeiter streiken seit drei Monaten. – Die Gewerkschaft TGWU erklärte den Streik von jetzt mehr als 7000 Hafenarbeitern in Liverpool zum offiziellen Streik. Die Abstimmung über einen landesweiten Hafenstreik wurde aber vertagt. Hafenarbeiter in Southampton und Manchester stimmten gegen den Streik.

Neues Zulassungsverfahren für das Medizinstudium ab Wintersemester 80/81

z.bil. 1979 ist die Möglichkeit von neuen Auswahlverfahren für Numerus-Clausus-Fächer gesetzlich geregelt worden. „Im Feststellungsverfahren sollen grundsätzlich nicht Kenntnisse festgestellt werden, die bereits Gegenstand der Bewertung in der Hochschulzugangsberechtigung sind ... Zu diesem Zweck können insbesondere entsprechende Testverfahren durchgeführt ... werden" (§33 Abs. 3 HRG).

1 Jahr nach Inkrafttreten des Hochschulrahmengesetzes hat das Bundesverfassungsgericht bereits das „leistungsgesteuerte Losverfahren" als chancengleich abgesichert und die Länder zur Eile angetrieben. Auf Grund des Staatsvertrages für die Vergabe von Studienplätzen, der seit Juli 1979 gilt, hat die Kultusministerkonferenz jetzt neue Richtlinien für die Zulassung zum Medizinstudium beschlossen. Sie gelten ab dem Wintersemester 1980/81. Die Ausweitung dieser „Erprobungsphase" auf andere Fachbereiche ist abzusehen, wenn die Studentenbewegung sie nicht zu verhindern versteht. Nach 5 Kriterien wird ausgelesen: 1. Die Vorabquote für Ausländer und sogenannte Härtefälle, Zweitstudienbewerber. 2. Die Quote für Altwarter. 3. Die Quote für die Abitur/Test-Kombination. 4. Quote für das leistungsgesteuerte Losverfahren. 5. Quote für die Abiturbesten. Entscheidend sind die 3 letzten Vergabeverfahren; im Wintersemester 1983/84 sollen 75% der Studienbewerber hierüber ausgewählt werden. Die Restquote von 25% verbleibt den Härtefällen. Die „Altwarter-Quote" entfällt ab Wintersemester 1983/84 ganz. 1200 Studienanfänger (= 30% aller Studienanfänger) erhalten über das Abitur/Testverfahren einen Studienplatz. Auf „freiwilliger Basis" können sich pro Semester 6000 Bewerber dem Test unterziehen. Danach werden in der Gewichtung von Abitur und Test, 55:45, diejenigen ausgelesen, die in der Schulzeit wie auch im Test gespurt haben.

Die Vergabe nach dem „leistungsgesteuerten Los", mit der bis zum 3. Erprobungsjahr ebenfalls 30% der Bewerber ausgesucht werden, sieht vor, daß „die Chancen der Bewerber entsprechend den in der Schule erzielten Leistungen zunehmen". Bewerber mit guten Abitursnoten haben innerhalb der Losquote eine größere Zulassungschance. Bewerber mit Abitursdurchschnittsnote haben keine Chance mehr, auch wenn sie formell am „Losverfahren" teilnehmen können.

Mit den „Testverfahren" ist ein gezieltes Erprobungsfeld derjenigen Fähigkeiten geschaffen, deren die Kapitalistenklasse für ihren Nachwuchs in Industrie und Staatsapparat bedarf. Nicht umsonst spricht der Kommentator zum Hochschulrahmengesetz Dallinger-Bode von der Überprüfung „nichtintellektueller Persönlichkeitsfaktoren". Gleichzeitig wird die bisher unbeschränkte Teilnahmemöglichkeit am Zulassungsverfahren sukzessive abgeschafft. Ab dem Wintersemester 1982/83 gibt es nur noch einen „Wiederholungsversuch".

Unterrichtsversorgung an Berufsschulen weiter verschlechtert

r.sbe. Kleine Anfrage im Niedersächsischen Landtag von der SPD am 2.1.1980. „Betr.: Berufsschulversorgung und Facharbeitermangel. ... Aus statistischen Unterlagen geht hervor, daß im Land Niedersachsen nur 31% aller Berufsschulklassen mit Teilzeitunterricht im Schuljahr 1977/78 acht und mehr Unterrichtsstunden pro Woche erhielten. ... 1. Wie haben sich die genannten Zahlen für das Schuljahr 1978/79 verändert?..." Antwort der Landesregierung: „... Im Landesdurchschnitt wurden im Schuljahr 1977/78 in der Berufsschule 7,1 Wochenstunden Unterricht erteilt. Auf die einzelnen Regierungsbezirke entfielen folgende Werte: Braunschweig 7,4 – Hannover 7,4 – Lüneburg 7,0 – Weser-Ems 6,8... Die Zahlen haben sich nur unwesentlich geändert" (für das Schuljahr 78/79, die Red.)

Aus untenstehender Tabelle kann man errechnen, wie sich die Zahlen für das Schuljahr 78/79 entwickelt haben. In Klammern ist die Durchschnittswochenstundenzahl pro Schüler angegeben. Regierungsbezirk Braunschweig: 7,05 (7,06); Hannover: 7,06 (7,04); Lüneburg: 6,66 (6,66); Weser-Ems: 6,52 (6,53). Die „unwesentliche" Änderung erweist sich als erheblich. „Eine durchgreifende Veränderung wird jedoch erst nach 1985 eintreten", so die Landesregierung.

Unterrichtsversorgung an Berufsschulen weiter verschlechtert

r.sbe. Kleine Anfrage im Niedersächsischen Landtag von der SPD am 2.1.1980. „Betr.: Berufsschulversorgung und Facharbeitermangel. ... Aus statistischen Unterlagen geht hervor, daß im Land Niedersachsen nur 31% aller Berufsschulklassen mit Teilzeitunterricht im Schuljahr 1977/78 acht und mehr Unterrichtsstunden pro Woche erhielten. ... 1. Wie haben sich die genannten Zahlen für das Schuljahr 1978/79 verändert?..." Antwort der Landesregierung: „... Im Landesdurchschnitt wurden im Schuljahr 1977/78 in der Berufsschule 7,1 Wochenstunden Unterricht erteilt. Auf die einzelnen Regierungsbezirke entfielen folgende Werte: Braunschweig 7,4 – Hannover 7,4 – Lüneburg 7,0 – Weser-Ems 6,8... Die Zahlen haben sich nur unwesentlich geändert" (für das Schuljahr 78/79, die Red.)

Aus untenstehender Tabelle kann man errechnen, wie sich die Zahlen für das Schuljahr 78/79 entwickelt haben. In Klammern ist die Durchschnittswochenstundenzahl pro Schüler angegeben. Regierungsbezirk Braunschweig: 7,05 (7,06); Hannover: 7,06 (7,04); Lüneburg: 6,66 (6,66); Weser-Ems: 6,52 (6,53). Die „unwesentliche" Änderung erweist sich als erheblich. „Eine durchgreifende Veränderung wird jedoch erst nach 1985 eintreten", so die Landesregierung.

Reg.-Bezirk		Schüler in Klassen mit ... Wochenstunden unt. 5	5	6	7	8	9	10	11	üb. 11
Bschwg.	a)	60	55	595	402	676	36	14	15	24
	b)	1054	1150	12879	8766	14379	762	287	365	516
Hann.	a)	59	103	661	575	714	25	62	21	30
	b)	1386	2693	14812	13204	15872	518	1550	377	604
Lünebg.	a)	52	90	590	324	331	10	20	1	4
	b)	1197	1932	13171	7327	7360	231	478	18	97
Wes.-E.	a)	81	336	1287	666	570	15	16	9	16
	b)	1364	7448	28655	14618	12476	322	342	219	365

a) Anzahl der Klassen; b) Anzahl der Schüler

Stichtag: 15.11.1978; Quelle: Statistische Berichte, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt, Hannover, im Oktober 1979.

Berufsschüler fordern Verwaltung der Kantinen durch den Senat

r.jom. Ausgehend vom Berufsbildungszentrum in Bremen ist ein neuer heftiger Streit gegen die miserable Verpflegung der Schüler entbrannt. Erst in dem Block für Kfz-Technik wurde eine Unterschriftensammlung gegen die unzureichende Versorgung organisiert. Schülervertreter suchten den Pächter auf, der ihnen eine Rechnung vorlegte, um zu beweisen, daß er die Preise nicht senken könne. An der Berufsschule für Elektrotechnik wurden Untersuchungen gemacht: In einer Klasse haben die Schüler an zwei Tagen in der Woche durchschnittlich 3,15 DM ausgegeben. Schüler, die von auswärts kommen, haben durchschnittlich 10,04 DM in der Woche (Blockunterricht) ausgegeben. Der Schülerbeirat von diesem Block hat jetzt folgende Resolution verabschiedet:

„Die Schülervertretung der Berufsschule für Elektrotechnik nimmt die Verhältnisse in der Kantine im Berufsbildungszentrum nicht länger hin. 1. Die Preise sind zu hoch. Eine Tasse Kaffee kostet 70 Pfennig, eine Kola (Pfand abgerechnet) 70 Pfennig, ein Brötchen 60 Pfennig. Das ist zuviel, gemessen an den Lehrlingslöhnen. Wir fordern den Pächter auf, die Preise für die meistgekauften Waren zu senken. Unabhängig davon sind wir überzeugt, daß ein Pächter, der neben den Kosten auch noch seinen Gewinn aus den Preisen ziehen muß, die Preise nicht in notwendigem Maße herabsetzen kann. Diese Probleme können nur gelöst werden, wenn der Senat die Kantine bezuschußt oder besser in eigener Regie führt. Entsprechende Schritte fordern wir den Senat auf, umgehend einzuleiten. 2. Es gibt kein vernünftiges Mittagessen. Eine Minibockwurst (1,50 DM) oder ein Täßchen Mockturtle (1,40 DM), beides mit Brot, sind kein Ersatz. Solange Berufsschüler über Mittag an der Schule sich aufhalten müssen, ist dies ein unhaltbarer Zustand. Wir fordern den Senat auf, umgehend für ein preiswertes warmes Mittagessen in der Berufsschulkantine zu sorgen. 3. Die Kantine ist ein Saustall. Angelastet wird das uns Schülern, die den Dreck tatsächlich 1 ½stündlich dort niederlassen. Wir meinen aber, hauptverantwortlich sind die Bedingungen... Wir fordern umgehende Umgestaltung und Renovierung der Kantine nach den Interessen der Schüler."

Die Gesamtschülervertretung hat auf ihrer letzten Sitzung die Unterstützung dieses Kampfes beschlossen und die Resolution unterstützt.

Regierung drängt auf Einführung von Praxissemestern

48 Stunden Arbeitszeit / Keine Bezahlung / Keine Vertretungsrechte

z.wig. „Konzentration des Studiums und Verstärkung des Praxisbezuges sind zentrale Forderungen, die die Studienreform erfüllen muß." Bildungsminister Schmude, von dem dieser Leitsatz für die Hochschulreform stammt, hat die Studienreformkommissionen, die Landesregierungen und die Hochschulen angewiesen, endlich die praktische Umsetzung dieser Leitlinie in breitem Rahmen durchzuführen. Eine der Maßnahmen, die die Landesregierungen und Hochschulen jetzt schleunigst anwenden sollen, ist die Einführung von Praxissemestern in den Studiengängen der Fach- und Gesamthochschulen. Modellversuche mit Studiengängen, die Praxissemester enthalten, laufen seit mehreren Jahren. Die Kapitalistenverbände haben sich durchgängig positiv zu den Praxissemestern geäußert. Die Studenten seien dadurch besser in der Lage, sich in die „Berufswelt einzufinden". Billige Arbeitskraft, noch dazu ohne jegliche Rechte hat noch kein Kapitalist jemals abgewiesen.

Grundlage für diese Praxissemester ist ein Mustervertrag. Dieser Vertrag soll zwischen dem Studenten und dem Kapitalisten oder dem Staat, bei dem das Praxissemester absolviert wird, abgeschlossen werden. Ein Anspruch auf Bezahlung existiert durch diesen Vertrag nicht. Nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom Juni '74 fallen Studenten, die ein Praxissemester machen, nicht unter §19 Berufsbildungsgesetz und haben keinen Anspruch auf Ausbildungsvergütung. Auch auf Grund geltender Ausbildungsvergütungstarife besteht kein Rechtsanspruch auf Bezahlung, weil Praktikanten keine Auszubildenden im Sinne des Tarifvertrages sind. Solange also keine Verträge von den Gewerkschaften abgeschlossen werden, die die Praktikanten ausdrücklich in die Ausbildungstarifverträge einbeziehen, hängt die Bezahlung ganz von der Willkür der Kapitalisten oder des staatlichen Dienstherrn ab.

Anspruch auf Urlaub haben die Praktikanten ebenfalls nicht. Der Mustervertrag sieht sogar vor, daß die „durch Krankheit oder sonstige Behinderung ausgefallene Arbeitszeit in jedem Fall nachgeholt werden muß". Vertretungsrechte sieht der Mustervertrag ebenfalls nicht vor. Stattdessen werden die Studenten mit der Unterschrift unter den Vertrag auf das Betriebswohl verpflichtet: „Der Praktikant hat die Pflicht, die Betriebsordnung, die Werkstattordnung und die Unfallverhütungsvorschriften zu beachten, die Interessen des Betriebes zu wahren und über Betriebsvorgänge Stillschweigen zu wahren."

Das Bildungsministerium hat erklärt, auch für die Praxissemester gelte die Förderung nach Bundesausbildungsförderungsgesetz. Falls der Student zusätzlich Mittel für das Praktikum erhalte, müßten sie vom BAFöG abgezogen werden. Der Kapitalist oder der Staat sind nicht verpflichtet, Sozialversicherungsbeiträge für die Praktikanten zu zahlen, da sie vom Status her nach wie vor Studenten und keine Beschäftigten des Betriebes oder der Verwaltung etc. sind. Eine Untersuchung an der Fachhochschule für Technik in Mannheim ergab: Im ersten Industriesemester erhielten die Studenten durchschnittlich 330 DM die jeweils dann noch vom BAföG abgezogen wurden.

Auf Grund dieser rechtlosen Lage, die den Kapitalisten die Möglichkeit bietet, die studentische Arbeitskraft umsonst zu vernutzen, hat der DGB bereits 1978, als die Praxissemester an den Fachhochschulen von Nordrhein-Westfalen probeweise und zunächst freiwillig eingeführt wurden, die Einführung abgelehnt und gefordert, den Praktikantenstatus tarifvertraglich und arbeitsrechtlich abzusichern. An dieser Auffassung, die in den Leitsätzen zur Studienreform festgelegt sind, hat der DGB seit dieser Zeit festgehalten und die Kämpfe der Studenten für Tarifvertrag und Bezahlung unterstützt.

Am 15.3.80 fand in Hannover eine Fachtagung „Praxissemester" des DGB Landesbezirks Niedersachsen statt, an der die niedersächsischen Fachhochschulvertretungen der Studenten und der Projektbereich Fachhochschulen/Gesamthochschulen der vds teilgenommen haben. Die niedersächsische Landesregierung plant, 1981 die Praxissemester in alle Studiengänge an den Fachhochschulen obligatorisch einzuführen. Auf der Fachtagung berichteten die Vertreter des DGB, daß die Kapitalistenverbände und die Vertreter der Landesregierung in der Ständigen Kommission für Studienreform angekündigt hätten, die Arbeitszeit der Studenten in den Praxissemestern auf 48 Stunden festzuschreiben und ansonsten an dem Mustervertrag, der Einzelvertragsschließung und der Beschaffung des Praktikantenplatzes durch den Studenten festhalten würden, wobei die Kapitalisten und der Staat das Recht haben müßten, nach den Bewerbungen zu entscheiden, ob sie den Studenten als Praktikanten annehmen oder ablehnen. Der DGB ist in der Kommission für die 40-Stundenwoche und die tarifvertragliche und arbeitsrechtliche Absicherung der Praktikanten eingetreten.

In einer gemeinsamen Presseerklärung des DGB, der Fachhochschulasten und des Projektbereichs Fachhochschulen / Gesamthochschulen der vds wird die tarifvertragliche Regelung der Bezahlung der Praktikanten gefordert. Solange diesen Regelungen nicht zugestimmt wird, werden DGB, Fachhochschulasten und der Projektbereich der vds die Einführung der Praxissemester ablehnen.

Deutsche und ausländische Studenten an Fachhochschulen nach Fächergruppen

Fächergruppe	Wintersemester 1960/61	1965/66	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77	1977/78
Kulturwiss.	720	1103	2485	1971	2426	2775	3275	3706	3924	3987
Wirtschafts-und Gesellschaftswiss.	2429	7138	19590	22690	31052	40788	45408	48101	52139	56263
Mathematik, Naturwissenschaften	814	2274	3242	3081	1874	2924	3430	3440	3422	2934
Agrar-, Forst-u. Ernährungswiss.	1499	1501	3676	3044	2870	2992	3220	4021	4925	6033
Ingenieurwissenschaften	38074	53454	69666	72942	60877	67032	71274	78260	84738	87521
Kunst, Gestaltung, Musik	5633	5389	4145	4877	5837	6593	7197	8062	8112	8589
Zusammen	49169	70859	102804	108605	109803	123104	133804	145640	157283	165368

tungstarife besteht kein Rechtsanspruch auf Bezahlung, weil Praktikanten keine Auszubildenden im Sinne des Tarifvertrages sind. Solange also keine Verträge von den Gewerkschaften abgeschlossen werden, die die Praktikanten ausdrücklich in die Ausbildungstarifverträge einbeziehen, hängt die Bezahlung ganz von der Willkür der Kapitalisten oder des staatlichen Dienstherrn ab.

Anspruch auf Urlaub haben die Praktikanten ebenfalls nicht. Der Mustervertrag sieht sogar vor, daß die „durch Krankheit oder sonstige Behinderung ausgefallene Arbeitszeit in jedem Fall nachgeholt werden muß". Vertretungsrechte sieht der Mustervertrag ebenfalls nicht vor. Stattdessen werden die Studenten mit der Unterschrift unter den Vertrag auf das Betriebswohl verpflichtet: „Der Praktikant hat die Pflicht, die Betriebsord-

stützt.

Am 15.3.80 fand in Hannover eine

der vds die Einführung der Praxissemester ablehnen.

Deutsche und ausländische Studenten an Fachhochschulen nach Fächergruppen

Fächergruppe	Wintersemester 1960/61	1965/66	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77	1977/78
Kulturwiss.	720	1103	2485	1971	2426	2775	3275	3706	3924	3987
Wirtschafts-und Gesellschaftswiss.	2429	7138	19590	22690	31052	40788	45408	48101	52139	56263
Mathematik, Naturwissenschaften	814	2274	3242	3081	1874	2924	3430	3440	3422	2934
Agrar-, Forst-u. Ernährungswiss.	1499	1501	3676	3044	2870	2992	3220	4021	4925	6033
Ingenieurwissenschaften	38074	53454	69666	72942	60877	67032	71274	78260	84738	87521
Kunst, Gestaltung, Musik	5633	5389	4145	4877	5837	6593	7197	8062	8112	8589
Zusammen	49169	70859	102804	108605	109803	123104	133804	145640	157283	165368

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Geschäftsstelle Essen, Sybillastr. 15, Tel. 252353
Zelle Universität

Dortmund
17. März 1980
12e10500p

Vergleich Studiengang Wirtschaftswissenschaften

Die nachfolgende Untersuchung bezieht sich auf die 4 (Gesamt-) Hochschulen in Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund. Ausgegangen wird im wesentlichen von den entsprechenden Studien- bzw. Prüfungsordnungen. Kennzeichen des Studienganges Wirtschaftswissenschaft ist eine gewisse Verschulung des Studiums (im wesentlichen im Grundstudium), wobei Modifikationen von Hochschule zu Hochschule vorkommen. An allen 4 Hochschulen wird eine Regelstudienzeit von 8 Semestern angegeben (max. 10 in Bochum), wobei an den beiden Gesamthochschulen in Duisburg und Essen das Hauptstudium auf 2 oder 4 Semester bemessen ist, je nachdem, welche Schwerpunkte man wählt. Erfahrungsgemäß werden diese Regelstudienzeiten bei weitem überschritten, in Dortmund liegt die durchschnittliche Studiendauer bei 10 bis 11 Semestern.

Schaut man sich die Arbeitsbelastung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an, so kann man insbesondere nur im Grundstudium genauere Angaben machen. An der Universität Dortmund werden gefordert 74 Stunden reine Vorlesungszeit in 4 Semestern (durchschnittlich 18,5 Semester-Wochenstunden). Mit Vor- und Nachbereitungszeit und Klausurvorbereitung kommt man im 1. Semester auf eine Arbeitsbelastung von ca. 40 Std./Woche, die sich in den nächsten Semestern auf 50 Std. erhöht. In 4 Fächern (Rechnungswesen, Mathematik I, II, EDV, Empirische Wirtschafts- und Sozialforschung) sind 5 Leistungsscheine Voraussetzung für die Zwischenprüfung, die Zwischenprüfung selbst setzt sich zusammen aus 2 Klausuren in Öffentlichem bzw. Zivilrecht und je 1 Klausur in Statistik I und II und der eigentlichen Vordiplomprüfung in Betriebswirtschaftslehre (BWL), Volkswirtschaftslehre (VWL) und Soziologie in Form von Blockprüfungen – insgesamt also sind 12 Klausuren bzw. Prüfungen zu erbringen. An den anderen 3 Hochschulen gilt ähnliches. In allen Fällen besteht die Zwischenprüfung aus BWL, VWL, Recht (Zivil- und Öffentliches Recht) und Statistik. Gewisse Varianten bestehen bezüglich der Leistungsnachweise als Voraussetzung der Zwischenprüfung: Der Anteil Rechnungswesen und Mathemathik bleibt gleich, in Duisburg wird zusätzlich ein Schein in einem Wahlpflichtfach verlangt (z.B. EDV, eine Fremdsprache oder ein sozialwissenschaftliches Seminar), in Essen ein Schein in Soziologie oder Politische Wissenschaft, in Bochum lediglich Rechnungswesen (I und II) und Mathematik (I und II). Für Bochum kommt verschärfend hinzu, daß außer den in der Tabelle angegebenen Vorlesungen 4 propädeutische Kurse in den Semesterferien besucht werden müssen, die mit einer Klausur abschließen (das gilt für Rechnungswesen I und II sowie Mathematik I und II). An der Gesamthochschule Duisburg kommt die hohe Vorlesungszeit durch die Ableistung von sogenannten Orientierungsfeldern (in Klammer) zustande, die der Vorbereitung auf die Schwerpunktstudiengänge im Hauptstudium dienen. Diese Orientierungsfelder sind teils Pflicht, teils „Ergänzung". Der hier gelehrte Stoff ist auf alle Fälle Bestandteil der Zwischenprüfung.

Das besondere an den Gesamthochschulen in Duisburg und Essen ist, daß das Hauptstudium in 2 Abschnitten zu leisten ist mit 2 Abschlüssen (nach dem 6. bzw. 8. Semester, wobei jeweils der Diplomabschluß erlangt wird). Außerdem muß in Duisburg zur Voraussetzung der Diplomprüfung der Nachweis einer kaufmännischen Tätigkeit von mindestens 4 Monaten (vor oder während des Studiums) erbracht werden oder der Nachweis einer Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung. Diese beiden Besonderheiten lesen sich in der Studienordnung Duisburg folgendermaßen: „Durch die Verbindung von Theorie und Praxis und die interdisziplinäre Kooperation und Integration soll ein Höchstmaß an realistischer Ausbildung erreicht werden." Diese Konzeption kommt den „Empfehlungen des Wissenschaftsrates" zur Differenzierung des Studienangebotes ziemlich nahe.

	GHS Du	GHS E	Uni Do	Uni Bo
Grundstudium				
Vorl., Übungen (Std.)	85 (18)	81/82	74	73
Scheine, Prüfungen (Anz)	12	12	12	11
Hauptstudium				
Prüfungen	1		4	5
Praktikum	x	–	–	–
Dipl.-Prüfungen (außer Dipl.Arbeit) mündl./schriftl.	5/5	4/5	5/5	5/5

Inzwischen kann fast alles für den Krieg beschlagnahmt werden

z.gkr. Vor wenigen Tagen hat der westdeutsche Kriegsminister Apel erneut die Vorteile eines Wehrpflichtigenheeres herausgeputzt: jederzeitige Einsatzbereitschaft einer großen Reservearmee ausgebildeter Soldaten für den imperialistischen Krieg, wenn auch nur unter Zwang, doch was will die Bourgeoisie da schon anderes erwarten. Und er hat dies den imperialistischen Verbündeten gleich zur Nachahmung empfohlen. Was aber wäre diese Reservearmee ohne entsprechende Sicherstellung, Beschlagnahmung der sachlichen Hilfsmittel. Spätestens seit den Notstandsgesetzen arbeitet die westdeutsche Bourgeoisie systematisch daran, die entsprechenden Sicherstellungsgesetze zu erlassen und Verordnungen vorzubereiten.

Im Katastrophenschutz, mit dem Territorialheer in die Gesamtverteidigung integriert, hat sich die Bourgeoisie die erste Verfügungsreserve an personellen wie sachlichen Mitteln gesichert. Das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, direkt nach den Notstandsgesetzen am 9. Juli 1968 verabschiedet, legt unmißverständlich fest: „Die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes nehmen ihre Aufgaben auch hinsichtlich der besonderen Gefahren und Schäden wahr, die im Verteidigungsfall drohen. Sie werden zu diesem Zweck verstärkt, ergänzt sowie zusätzlich ausgerüstet und ausgebildet. (2) Private Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes wirken hierbei mit, wenn sie hierzu geeignet sind und ihre Bereitschaft zur Mitwirkung erklären." Und damit dies sichergestellt werden kann, enthält das Gesetz gleich eine Dienstverpflichtung, denn „ordnungswidrig handelt, wer seiner Verpflichtung zur Dienstleistung im Katastrophenfall zuwiderhandelt". Ca. 1 Mio. Menschen sind hierüber schon verpflichtet. Ausrüstung, Ausbildung und Führung sollen den imperialistischen Ansprüchen angepaßt werden. 13000 Fahrzeuge sind gegenwärtig im Einsatz, für die Jahre 1979 bis 1983 sind weitere 601 Mio. DM für die Anschaffung neuer Fahrzeuge im Haushaltsplan angesetzt.

Was hiermit nicht gedeckt werden kann, und das sind in erster Linie noch Transportfahrzeuge, soll mit Hilfe des Verkehrssicherstellungsgesetzes beschafft werden. Neben der Bundesbahn sind die Verkehrsunternehmen, und dazu zählen auch alle Speditionsunternehmen, dazu verpflichtet, Verkehrsleistungen zu erbringen. Die Autos der Lohnabhängigen können zwar nicht direkt eingezogen werden, die Lohnabhängigen können aber verpflichtet werden, „zu ihrem eigenen Schutz (das Auto) nach einem zu bezeichnenden Ort zu bringen" und dabei dann verschiedene Dinge zu transportieren. 1978 verabschiedete die Bundesregierung auf dieser Grundlage noch eine Verordnung zur Sicherstellung des Seeverkehrs.

Das Wirtschaftssicherstellungsgesetz erlaubt „zur Deckung des Bedarfs der Zivilbevölkerung und der Streitkräfte" umfassende Eingriffe in die industrielle Produktion wie in die Landwirtschaft. So können Vorschriften erlassen werden über die „Bearbeitung, die Verarbeitung, die Zuteilung, die Lieferung, den Bezug und die Verwendung von Waren der gewerblichen Wirtschaft ...". Das allerdings ist das geringere Problem, größer ist das der Sicherung ausreichender Energie und Arbeitskräfte. Ersteres wird durch das Energiesicherungsgesetz geregelt: „Um die Deckung des lebenswichtigen Bedarfs an Energie für den Fall zu sichern, daß die Energieversorgung durch die Gefährdung oder Störung der Einfuhr von Erdöl, Erdölerzeugnissen oder Erdgas unmittelbar gefährdet oder gestört ... ist, können durch Rechtsverordnung Vorschriften über die Produktion, den Transport, die Lagerung, die Verteilung, die Abgabe, den Bezug, die Verwendung sowie Höchstpreise ... erlassen werden". Das Arbeitssicherstellungsgesetz soll den Imperialisten die Arbeitskraft sichern, ganz im Stil der Zwangsarbeitsgesetze im ersten und zweiten Weltkrieg.

Zur Ernährung ihrer imperialistischen Armee schließlich hat sich die westdeutsche Bourgeoisie mit dem Ernährungssicherstellungsgesetz den Zugriff auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse gesichert und auch gleich per 40-Seiten-Fragebogen peinlichst genau erfaßt, was die kleinen und mittleren Bauern produzieren, wie und womit. Es können Vorschriften erlassen werden über die „Gewinnung, die Herstellung, die Erfassung, die Ablieferung, die Lieferung, den Bezug, die Zuteilung, die Verwendung, die Verlagerung, die zeitliche und räumliche Lenkung, die Bearbeitung, die Verarbeitung, die Verpackung und die Kennzeichnung der Erzeugnisse sowie die Haltung von Tieren". Mit der Ernährungsbewirtschaftungsverordnung wird im Detail der Bezug mit Lebensmittelkarten festgelegt. Und verstärkt sorgen die Bourgeois auch vor, für sich selber: 20 Mio. DM geben sie in diesem Jahr für Lebensmittelbevorratung aus, 50% mehr als im vergangenen Jahr. Gegenwärtig fehlt ihnen nur noch das Gesundheitssicherstellungsgesetz, das von Antje Huber vorbereitet wird und Anfang der nächsten Legislaturperiode beraten werden soll – und die Gewißheit, die Gesetze im Ernstfall auch durchsetzen zu können.

700 demonstrierten in Flensburg gegen öffentliche Vereidigung

r.clm. Die öffentliche Vereidigung des Jägerbataillons 381 sollte das Verhältnis zwischen Flensburger Bevölkerung und Bundeswehr vertiefen. Auf dieser ersten öffentlichen Vereidigung in Flensburg seit dem 2. Weltkrieg wollte Egon Bahr, der Bundestagsabgeordneter des Flensburger Wahlkreises ist, „über den Sinn des Dienens" sprechen und „die Zusammenhänge der Sicherheitspolitik erläutern". Die Initiatoren scheinen den Zeitpunkt für günstig gehalten zu haben, „eine Schicksalsgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes" um die Bundeswehr zu schmieden. Der Hinweis auf Afghanistan und die wachsende Kriegsgefahr sollte das erleichtern.

Auf besonders viel Gegenliebe in der Flensburger Bevölkerung ist dieses Vorhaben nicht gestoßen. Eine ganze Reihe von Organisationen und Leuten hatten eine Aktionseinheit gegen die Vereidigung gebildet. Unter den Forderungen: „Gegen Gästeschießen und Vereidigung auf dem Südermarkt! Für einseitige Abrüstung! Gegen die Stationierung von Nuklearwaffen und US-Einheiten in Schleswig-Holstein! Für atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa! Für die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt!" wurde von der Aktionseinheit zu Kundgebung und Demonstration aufgerufen.

Auch wenn der Aufruf und viele Teilnehmer der Aktion gegen die Kriegsvorbereitungen in vielen Punkten noch auf Pazifismus setzten, war die Hauptsache, daß konkrete Maßnahmen mit richtigen Forderungen angegriffen wurden. Auf der Kundgebung wurde enthüllt, daß der Militärflugplatz Leck ausgebaut werden soll, daß 300 amerikanische Soldaten dorthin versetzt werden, um die Sicherung der dort in Zukunft installierten Mittelstreckenraketen zu übernehmen. Dies gab der Aktion die nötige Kraft, die öffentliche Vereidigung zu prägen. Daß sie der Form nach gegen rund 700 Leute aufrechterhalten werden konnte, ist neben den politischen Schwächen der Bewegung dem Einsatz von 600 Polizisten und Feldjägern verschuldet. Die Aktion selber hat die politische Klarheit rasch wachsen lassen. Dazu hat mit Sicherheit beigetragen, daß ein Hauptapostel von Abrüstung und Entspannung die Vereidigung vollzog. Der Eid „... die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen" ging in Pfiffen und Buhrufen unter. Auch Bahr wurde niedergebrüllt. Er hat jetzt Demonstranten um „ein vertrauliches Gespräch" gebeten.



In Pfiffen und Buhrufen ging die öffentliche Vereidigung des Jägerbataillons 381 in Flensburg unter. Eine Aktionseinheit hatte zu Kundgebung und Demonstration dagegen aufgerufen.

USA fordern „atlantische Solidarität" im Wirtschaftskrieg gegen die UdSSR

z.hot. Am 21.3. wurde Kanzler Schmidt die Forderungsliste der USA für ein gezieltes Wirtschaftsembargo gegen die Sowjetunion vorgelegt. Nachdem die USA nach der Aggression der Sozialimperialisten gegen Afghanistan schon einen Ausfuhrstopp für Ölförderungsanlagen in die SU verhängt haben, haben sie jetzt die Embargo-Liste noch einmal gezielt erweitert. Computer, Laser-Technik und Fernmeldeanlagen sowie Technologie der Chemieindustrie, des Maschinenbaus, der Metallurgie und des Fahrzeug- und Schiffbaus sollen nach dem Willen der US-Imperialisten nicht mehr in die SU geliefert werden. Dieses Embargo würde die Sozialimperialisten durchaus treffen. In der ‚Prawda' häufen sich die Klagen über mangelnde Leistungsfähigkeit des Maschinenbaus. So wird in der Ausgabe vom 10.3. berichtet, daß allein das Metallkombinat Uralmasch jährlich 100000 Tonnen Abfall produziert wegen schlechter Koordination der einzelnen Produktionsinstrumente und Prozesse. Computergesteuerte Anlagen sollen abhelfen, aber die ‚Prawda' muß sich über „ernste Beschwerden" bei der Erarbeitung neuer Techniken beklagen, und daß man dabei hinter der ausländischen Konkurrenz zurückbleibt.

Die Sowjetunion-Beobachter des BRD-Imperialismus melden eine „wachstumshemmende Wirkung des Transportsektors" in der SU, und daß die Ölförderung im Hauptfördergebiet Tjumen hinter dem Plan zurückblieb. „Der Bedarf an Förderungsausrüstungen kann vom sowjetischen Maschinenbau nicht gedeckt werden", schreibt die Bundesstelle für Außenhandelsinformationen. Gerade an diesen Schwachpunkten der sowjetischen Wirtschaft konnten die BRD-Imperialisten in den letzten Jahren die größten Geschäfte landen. Die Regierung Erhard, die sich unter dem Druck der USA dem ersten größeren Geschäft dieser Art, der Lieferung von Röhren in die SU gegen Erdgas, entgegenstellte, stürzte darüber. Inzwischen werden 16% der gesamten westdeutschen Werkzeugmaschinenproduktion, 19% der Anlagenproduktion und 6% der übrigen Maschinenproduktion in den RGW geliefert.

Die Carter-Regierung verlangt jetzt, daß diese Geschäfte der Atlantischen Solidarität geopfert werden. Die Bundesregierung schickt gegenüber den Forderungen der USA Frankreich vor: In einer Lage, wo klar ist, daß Frankreich dagegen ist, erklärte Schmidt, die BRD werde beim Embargo nur mitziehen, wenn der Westen geschlossen handele. Über derartige Embargolisten muß vom „Koordinationskomitee für Exportbeschränkungen" (Cocom) beschlossen werden, einem der NATO angegliederten Organ. Die US-Imperialisten hatten dieses Gremium Anfang der 50er Jahre zusammengezimmert, zu einer Zeit, als sie noch absolute Führungsmacht des Westens waren.

Jetzt hat Schmidt mitgeteilt, daß mit einer endgültigen Entscheidung der Bundesregierung erst in einigen Monaten zu rechnen sei, während Carter 400 bereits erteilte Lizenzen für Exporte von US-Firmen in die SU suspendiert hat. Ein größerer Krach steht der Atlantischen Allianz ins Haus.



Steuerungszentrum des neugebauten Hüttenwerks Nadeshdinsk in Norilsk – sowjetische Eigenbaucomputer

Söldnertruppe der französischen Imperialisten: die Fremdenlegion

„Die Legion springt auf Kolwezi" / Propaganda für Berufs-Interventionstruppe / Die Blutspur ist 150 Jahre lang

z.inl.Paris. „Mit der Fremdenlegion verfügt die Republik für ihre eigenen Interessen oder gegebenenfalls für internationale Unternehmen, denen sie Bürgschaft geleistet hat, über ein militärisches Instrument von unvergleichlichem Wert, das auf Knopfdruck fähig ist, was auch immer zu machen, Krieg, wenn nötig, aber auch Straßen im Amazonasgebiet." Mit diesem Zitat eines Generals der französischen imperialistischen Armee schmückte die Kommission für nationale Verteidigung und die bewaffneten Streitkräfte ihren Ende Januar vorgelegten Bericht über die Fremdenlegion. So ein Instrument hält man in der Hand, baut man höchstens aus, auf keinen Fall wird man es auflösen, wie die Parlamentsfraktion der revisionistischen PCF gefordert hatte: Die Kommissionsmehrheit plädiert in ihrem Bericht für Zurückweisung des Gesetzentwurfes.

„Die Legion springt auf Kolwezi", hieß der Titel eines Films, der, ebenfalls im Januar, in den Pariser Kinos anlief und die Intervention in Zaire im Mai 1979 verherrlichte. Damals hatten die französischen Imperialisten den Versuch der Sozialimperialisten, die Südprovinz Katanga von Zaire abzuspalten, flugs zur eigenen Intervention genutzt. Das 2. Ausländische Fallschirmjägerregiment (2. REP) sprang über dem Minenzentrum Kolwezi ab, um, so Außenminister François-Poncet, „3000 vom Tode bedrohte Geiseln", französische und andere Europäer, „zu retten". Das Kupfer vergaß er zu erwähnen.

Der Film war kein Erfolg und lief nur kurz. Ideologisch zu platt, schimpfte die Bourgeoispresse. Mit weißer Unschuld und schwarzen Barbaren lassen sich die Massen nicht für die Unterstützung der Imperialisten gewinnen. Vielleicht mit Abenteuer und militärischer Leistung? Die Geschichte der Fremdenlegion ist voll davon: eine Blutspur brutalster Knechtung fremder Völker, die von den Massen nicht vergessen ist.

Mit Gesetz vom März 1831 gründete Louis-Philippe die erste „aus Ausländern gebildete Legion". Artikel 1 bestimmte, daß sie in Friedenszeiten „nur außerhalb des kontinentalen Territoriums des Königreichs" eingesetzt werden dürfe. Außerhalb, das war vor allem der afrikanische Kontinent, aber auch Mexiko und China. An allen kolonialen Eroberungszügen im 19. Jahrhundert war die Legion beteiligt. Seit 1870 hatte sie ihren Standort in Sidi-bel-Abbès und konnte endgültig erst mit dem siegreichen Unabhängigkeitskampf des algerischen Volkes 1962 von dort vertrieben werden. 1871 war sie an der Niederschlagung der Pariser Commune beteiligt. Nach dem zweiten Weltkrieg war die gesamte Legion, elf Regimenter, in Indochina eingesetzt. Für die Verluste, die ihnen die kämpfenden Völker von Laos, Kambodscha und Vietnam beibrachten, suchten die französischen Imperialisten Ersatz in den Kriegsgefangenenlagern: Geworben wurde unter den Deutschen mit Prämien, aber vor allem mit dem Versprechen auf regelmäßiges, ausreichendes Essen. Noch 1949 wurde in den Westsektoren Berlins der „Telegraf" beschlagnahmt, als er diese Praktiken enthüllte.

Als die Völker das koloniale Joch zerbrochen hatten, schrumpfte die Zahl der angeheuerten Söldner. 1962 noch 20000 Mann, waren es 1976 8000. Heute sind es etwa 9000, davon 1000 Unteroffiziere und Offiziere, aus über 60 Ländern. Eine Verteilung für 1978 gibt zur geographischen Herkunft an: 59% kommen aus frankophonen, 11,5% aus deutschsprachigen, 10,5% aus romanischen und 5% aus slawischen Ländern. Fast die Hälfte sind Franzosen. Zur sozialen Herkunft: „... mutig mit einer Vergangenheit, einer Familie, einem sozialen Milieu gebrochen. Entwurzelt, sind sie bereit, alles zu geben", schwärmt der Kommissionsbericht. Nur 20% würden „aus Idealismus" den Vertrag unterschreiben, 80% hätten „Probleme". Tatsächlich kann jedes verlumpte Element unter einem x-beliebigen Namen Unterschlupf in der Legion finden, wenn die medizinische Prüfung ergibt, daß es dem scharfen militärischen Drill, aus dem die „Elitetruppe" geformt wird, standhält. Die Verpflichtung gilt für fünf Jahre, die Desertionsrate ist hoch; zwölf Desertionen pro Monat, geben die Offiziere zu.

In der Afrikadebatte letzten Dezember im Parlament würdigte der Außenminister die Interventionen der letzten Jahre in Mauretanien, Tschad, Zaire und Zentralafrika. „Man kann sagen, daß ohne unsere Hilfe vier Länder der Anarchie anheimgefallen wären oder ihre Unabhängigkeit verloren hätten." Damit die Kolonien Guyana, Guadeloupe, Martinique und Réunion nicht ihre Unabhängigkeit erkämpfen, sind dort ständig Teile der Fremdenlegion stationiert. Die Bourgeois stellen als größten Vorteil dieser in die Armee integrierten und doch von ihr getrennten berufsmäßigen Einheit für Intervention vor allem hin, daß sie rasch in Marsch gesetzt werden kann, weil – im Gegensatz zur Wehrpflichtigenarmee – ohne Zustimmung des Parlaments. Eine halbe Wahrheit. Vor allem fürchten sie den Widerstand der Soldaten, der Söhne der arbeitenden Klassen Frankreichs.



Kolwezi, Mai 1978. Die französischen Imperialisten intervenierten mit den Paras der Fremdenlegion, „aus humanitären Gründen".

USA: Hypothekenzinsen bei 17%! Wohnungskosten werden für die Lohnabhängigen unbezahlbar

z.scc. Die US-Zeitungen melden für Anfang 1980 einen tiefen Einbruch im Wohnungsbau für Einfamilienhäuser. Man stehe angesichts eines Rückganges um über 23% gegenüber dem Vorjahreszeitraum vor einem Rätsel, gab sich ein Regierungssprecher überrascht, zumal der Bau von Mehrfamilienhäusern um 56,1% angezogen sei. Der Heuchler.

63% der Familien wohnten vor zehn Jahren im eigenen Einfamilienhaus. Damals konnte ein Arbeiter für einen 40000-$-Kredit eines der üblichen aus Holzteilen zusammengesetzten und gerade auf eine Generation berechneten Häuser kaufen; bei Hypothekenzinsen von 6% muß er über 30 Jahre hinweg 86000 $ zurückzahlen, jährlich knapp 3000 $. Ende 1979 kostete ein solches durchschnittliches Einfamilienhaus z.B. in Illinois 88053 $. Um in den Genuß einer für den Kauf notwendigen Hypothek zu kommen, muß der Antragsteller in der Regel ein monatliches Einkommen von 2000 $ nachweisen. Der Durchschnittsbruttolohn betrug im Oktober 79 knapp 1000 $, und weniger als 10% der Erwerbstätigen, Bourgeois also eingeschlossen, kommen überhaupt auf 2000 $. Angenommen aber, einem Facharbeiter gelingt es mit Hilfe von Frau und Kind, eine Hypothek aufzunehmen: Bei Zinsen von durchschnittlich 14% kauft er sich – seinen eigenen Schuldturm. Für eine Hypothek von z.B. 48000 $ müßte er auf 25 Jahre 150000 $ zurückzahlen. Die monatlichen Wohnungskosten, Hypothek, Steuern und Versicherung eingeschlossen, beliefen sich für erwähntes Durchschnittshaus auf 1035,82 $. Das war der Stand Ende letzten Jahres. Inzwischen hat die Kreditpolitik der US-Regierung die Hypothekenzinsen bis zu 17% hochgetrieben.



Trotz zahlreicher, aber zersplitterter Lohnkämpfe verengt sich die Reproduktionsbasis der Lohnabhängigen

Polen: Die PVAP beherrscht die Sejm-Wahlen sicher

z.hku. Nach amtlichen Angaben haben an den Wahlen zum polnischen Parlament, dem Sejm, 98,87% der Wahlberechtigten teilgenommen. Von ihnen haben 99,5% für die – einzige – Liste der ,,Front der Nationalen Einheit" gestimmt. Auf der Liste der Front stehen Kandidaten der PVAP, der Bauernpartei, der Demokratischen Partei sowie etwa ein Zehntel parteilose Kandidaten. In einigen Warschauer Bezirken und den Bezirken Gdansk und Gdynia lag die Wahlbeteiligung unter 95% und die Zustimmung zur Einheitsliste unter 98%; überdurchschnittlich hoch war die Beteiligung dagegen in den traditionellen Arbeiterzentren Oberschlesiens; diese regionalen Unterschiede hatte es in gleichem Ausmaß auch bei den Sejm-Wahlen 76 gegeben.
Oberschlesiens; diese regionalen Unterschiede hatte es in gleichem Ausmaß auch bei den Sejm-Wahlen 76 gegeben.

Oppositionelle Gruppen verschiedener Richtungen hatten zum Boykott der Wahl aufgerufen, nachdem die Aufstellung eigener Kandidaten abgelehnt worden war (s. KVZ 9/80); die Wahl sei unnötig, weil das Ergebnis vorher feststünde. Das Ergebnis zeigt, daß die Opposition mit dieser Boykott-Linie der PVAP wenig Schwierigkeiten hat machen können; die offen bürgerlichen Gruppen hatte die PVAP vorweg durch die Vergabe weiterer sicherer Listenplätze an kath. Laienorganisationen zu binden versucht. Die Wahlkampagne hat die PVAP auf der Linie geführt: geschlossen wählen, um über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg die Einheit der Nation zu demonstrieren. ,,Die gegenwärtige internationale Lage verlangt, daß Polen stark ist." (Zycie Warszawy 9/80) Eine Kostprobe aus einer Wahlrede Giereks: ,,Es genügt nicht, sich als Pole, Bürger und Patriot zu fühlen. Pole zu sein muß durch die tägliche Arbeit, durch die tägliche Erfüllung der Pflichten erarbeitet werden." Dazu gehört die bürgerliche Pflicht der Wahl.

Ebenso aber auch der persönliche Einsatz für ,,sozialistische Gerechtigkeit". Gierek hat wiederum starke
Einsatz für ,,sozialistische Gerechtigkeit". Gierek hat wiederum starke
Worte gebraucht über Vetternwirtschaft und Ämtermißbrauch und dagegen, ,,daß die einen auf Kosten der anderen leben". Mehr Lohn, bessere Versorgung mit Konsumgütern, Arbeiterrechte; oder die vermehrte Einführung von Akkord und Prämie und die Beteiligung der Betriebsmanager am Gewinn – in der Produktionsschlacht, die die PVAP ankurbeln will, werden Arbeiter und neue Bourgeoisie sehr Unterschiedliches unter der ,,sozialistischen Gerechtigkeit" verstehen. Hier liegen die Aufgaben der Opposition.

USAP-Parteitag zu Zugeständnissen an die Arbeiterklasse gezwungen

z.krk. Ob der nach Moskau zitierte ungarische Verteidigungsminister seinen dort verabreichten Orden verdient hat, bleibt nach dem letzte Woche stattgefundenen Parteitag der USAP offen. Der Druck der SU vor dem Parteitag auf die Partei- und Staatsführung war groß: außer dem Verteidigungsminister mußte auch der Außenminister in Moskau antreten. In seinem Referat absolvierte dann Kádár János, Vorsitzender der USAP, einige Kniefälle: ,,Das ZK berichtet dem Parteitag mit großer Genugtuung, daß unsere internationale Verbundenheit mit dem ersten sozialistischen Staat der Welt, mit der wichtigsten Stütze der Sache des menschlichen Fortschritts, mit unserem Befreier, der SU, in den vergangenen 5 Jahren weiter gestärkt wurde."

Weit mehr jedoch wird die Souveränität Ungarns bestimmt haben, daß es der ungarischen Arbeiterklasse auf diesem Parteitag gelungen ist, der Bourgeoisie Zugeständnisse abzuringen. Noch im Herbst 1979 verabschiedete die Regierung eine Wirtschaftsreform, die durch Möglichkeiten zur schärferen Ausbeutung bessere Konkurrenzbedingungen für die ungarische Bourgeoisie auf dem Weltmarkt und damit eine größere Distanz zur SU schaffen sollten. Aber ohne, oder gar gegen die Arbeiterklasse kein Fünkchen nationale Unabhängigkeit – die scheint die schwelende Unzufriedenheit nach Preiserhöhungen und Massenentlassungen der ungarischen Bourgeoisie klargemacht zu haben. Auf der Sitzung des Budapester Parteikomitees polemisierte Politbüro-Mitglied Németh gegen Auffassungen, die Unterdrückung müsse verschärft werden. Der Vorsitzende des Ungarischen Gewerkschaftsbundes, Gáspár Sándor forderte auf dem Parteitag geradewegs die ,,Wiederherstellung der Vertretung und den Schutz der Interessen" in erster Linie der Arbeiter gegenüber den Managern und dem Staat durch die Gewerkschaften. ,,Wir können die wirtschaftliche Kraft des Landes am besten stärken, wenn wir uns auf Demokratie stützen, auf den Zusammenprall von Meinungen und Interessen und auf stärkere Beteiligung der Bevölkerung." Scharf warnte er vor Preiserhöhungen wie Sommer 79 und sagte, die Arbeiter seien solche Sprünge nicht gewohnt.



Die Budapester Orion-Werke wollen in Kooperation mit SEL Positionen auf dem Welt-Elektronikmarkt erobern.

Jugendbrigaden in der DDR

Stoßtrupps bei der Durchsetzung von Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit

z.gek. Unter der Überschrift ,,Jugendbrigaden, ihre Förderung – und Versäumnisse einiger Betriebe" hat der zuständige Minister Albert Stief im ,,Neuen Deutschland" vom 26. März eine für die DDR ungewöhnliche Philippika gegen die Leiter einiger großer Kombinate losgelassen. Zwar komme die seit 1977 forcierte Bildung solcher Jugendbrigaden der FDJ insgesamt gut voran. Das Ziel, noch 1980 über 36000 solche Brigaden mit annähernd einer halben Million Mitgliedern zu bilden – das wäre ca. ein Drittel aller Lehrlinge und Jungarbeiter bis zum Alter von 26 Jahren – sei erreichbar. Aber bei verschiedenen Leitern lägen ,,Vorurteile und Vorbehalte, Fehleinschätzungen und in einigen Fällen auch Gleichgültigkeit" vor. Diese Leiter verstünden nicht, ,,daß Jugendbrigaden mit der ihnen eigenen Initiative, ihrer Aufgeschlossenheit gegenüber dem Neuen, ihrer Unduldsamkeit bei Mängeln und ihrer Einsatzbereitschaft einen ganz wesentlichen Faktor für den notwendigen Leistungsanstieg unserer Volkswirtschaft darstellen".

Die Einrichtung von Jugendbrigaden im großen Stil wurde auf dem X. Parlament der FDJ 1976 proklamiert. Die Jugendbrigaden, im Kern aus FDJlern bestehend, sollen von den Betriebsleitungen zusammen mit der Betriebsgewerkschaftsleitung gebildet und für die Lösung betrieblicher und volkswirtschaftlicher Schwerpunktaufgaben eingesetzt werden. Als solche Schwerpunktaufgaben wurden genannt: Erstens, die ,,effektive Auslastung der Grundfonds" (d.h. der Maschinen, des fixen Kapitals), verbunden mit Anstrengungen für ,,hohe Materialökonomie". Zweitens, die ,,Lösung der Wohnungsfrage bis 1990". Drittens, die ,,Durchsetzung der industriellen Produktion in der Landwirtschaft". Und viertens, die Mitwirkung an der ,,sozialistischen ökonomischen Integration im RGW", d.h. Einsatz auf den Großbaustellen in der Sowjetunion, für die die übrigen RGW-Staaten mitherangezogen werden, wie beim Bau der ,,Drushba-Pipeline" oder auch der Anlagen für das Moskauer Olympia-Spektakel.

Das Grundprinzip ist, daß die Jugendbrigaden – im allgemeinen 10 bis

Das Grundprinzip ist, daß die Jugendbrigaden – im allgemeinen 10 bis 15 Lehrlinge und Jungarbeiter – in einem eigenen Vertrag mit der Kombinats- oder Genossenschaftsleitung konkret umrissene Aufgaben übertragen bekommen, und diese unter Anleitung einiger älterer Arbeiter und Funktionäre selbständig lösen.

Ganz sicher kommt dies System den Interessen der Jugendlichen in mancher Hinsicht entgegen. Ein allumfassendes Geflecht von Einrichtungen wie die ,,Klubs junger Neuerer" oder ,,Klubs junger Techniker", wie die ,,Messen der Meister von Morgen", aber auch die halbmilitärische ,,Gesellschaft für Sport und Technik" oder ,,Jugendobjekte in der NVA" sind dem System der Jugendbrigaden angelagert. Es gibt pausenlos ,,Leistungsschauen" und ,,sozialistische Wettbewerbe", an deren Ende Titel wie ,,Jugendaktivist" oder ,,hervorragender Jugendaktivist" verbunden mit Prämien, Urlaubsfahrten etc. verliehen werden. Mit Sicherheit hat das auf die Jugendlichen einige Anziehungskraft; der Standard der Jugendlichen in der DDR ist bestimmt nicht schlecht; und was aus den Jugendlichen herausgeholt wird, ist ohne weiteres an den Erfolgen der DDR im (richtig so genannten) ,,Leistungssport" abzulesen.

Die Schwärmerei des Ministers Stief für die ,,Einsatzbereitschaft", ,,Aufgeschlossenheit" und ,,Unduldsamkeit" der Jugendlichen gewinnt allerdings ihren nüchternen Sinn erst, wenn man Beispielen des industriellen Einsatzes der Jugendbrigaden nachgeht.

,,Mit der Montage von Klimablöcken ist die Jugendbrigade ,Deutsch-polnische Freundschaft' an den Neubau- und Rekonstruktionsarbeiten dieser medizinischen Einrichtung (des Klinikzentrums Charité in Berlin) beteiligt. Die 25 jungen Facharbeiter im Bereich der Endfertigung kommen aus allen Bezirken der DDR und sind in der ,FDJ-Initiative Berlin' in der Hauptstadt eingesetzt. Im vergangenen Jahr begann der VEB Lufttechnische Anlagen mit der Produktion eines neuen Typs von Klimablöcken ... Für die Jugendbrigade ,Deutsch-polnische Freundschaft' heißt das: Verdoppelung der Vorjahresproduktion von 200 Klimablöcken auf 400 in diesem Jahr. – ... In diesem Jahr hat sich das Jugendkollektiv vorgenommen, durch die Arbeit mit dem täglich abrechenbaren persönlichen Planangebot und einem sechs Monate vorfristigen Übergang zur 3-Schicht-Arbeit ... eine Tagesproduktion zusätzlich zum Plan zu erwirtschaften." (Neues Deutschland, 26.3.1980)

In derselben Ausgabe der Zeitung ein weiteres Beispiel: ,,Im Reichsbahnausbesserungswerk ,Einheit' in Leipzig wurde als zentrales Jugendobjekt eine Fließtaktstraße für die Fertigung von Buchsen und Bolzen in Betrieb genommen ... Durch die automatische Fertigung stehen sie nun in den benötigten Stückzahlen zur Verfügung." Oder das auf dem Bild unten dargestellte Beispiel: ,,Rund um die Uhr wird im Jugendobjekt ,Geschwister Scholl' des VEB Bodenbearbeitungsgeräte Leipzig gearbeitet – Voraussetzung, daß täglich 18 Baugruppen des Rodegerätes für den Rübenrodelader KS 6 fertiggestellt werden".

Merkmal fast aller Beispiele ist, daß die Jugendlichen – vor allem in der Bauindustrie – zu mobilen Einsatztrupps zusammengezogen werden, und daß sie in der Industrieproduktion vor allem den Stoßtrupp bei der erweiterten Einführung von Nacht- und Schichtarbeit, Taktstraßen und ähnlichem, verbunden mit den entsprechenden Akkord- und Prämienlohnsystemen abgeben müssen. Eine wesentliche Rolle spielt dabei, daß die jugendlichen Arbeiter nach dem Prinzip ,,Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" entlohnt werden. Die gegebenen Akkorde und Normen brechen, sich für Nachtarbeit zur Verfügung stellen, um rasch zu etwas Geld zu kommen, solange man jung und gesund ist – so schlicht stellt sich der Einsatz von Jugendbrigaden als ,,ganz wesentlicher Faktor für den Leistungsanstieg unserer Volkswirtschaft" dar. Dabei lösen sich die Jugendbrigaden dann häufig nach 2 oder 3 Jahren auf, und es ist durchaus nicht gesagt, daß eine neu zusammengestellte Jugendbrigade an die Stelle tritt.

Die Jugendbrigaden, wie die FDJ überhaupt, sind auch Zuchtstätten, woraus die neue Bourgeoisie sich ihren Kadernachwuchs holt. In diesem Zusammenhang gewinnt die ,,Unduldsamkeit", von der der Minister schwärmte, spezielle unangenehme Züge. ,,Die Mitglieder des Jugendkollektivs ,Karl Liebknecht' ... des VEB Sprela-Werke schreiben Notizen zum Plan. Bereits in den ersten beiden Monaten wurden Arbeitszeitverluste in Höhe von 2,6 Stunden je Beschäftigtem und Monat aufgedeckt. Bis heute wurden diese Verlustzeiten auf 12 Minuten gesenkt." (Die Wirtschaft 2/1980)

Den Arbeitskollegen Trödelei nachweisen – so kann man es zu etwas bringen. Und zwar jung. 50 von 500 Abgeordneten der Volkskammer, noch höhere Prozentsätze der Abgeordneten bezirklicher und kommunaler Vertretungen sind jünger als 25 Jahre.

Jugendobjekt ,Geschwister Scholl' des | tungen sind jünger als 25 Jahre.



Nachtschicht des Jugendkollektivs ,,Geschwister Scholl" in Leipzig

Schweden: Beschleunigter Kernenergieausbau nach Referendum

z.coi.Stockholm. Vier Tage nach der Volksabstimmung über das Kernenergieprogramm am 23.3. hat die schwedische Regierung die Genehmigung zur Ladung zweier weiterer Kernreaktoren mit Brennstäben gegeben. Damit werden voraussichtlich Anfang 1981 acht der insgesamt zwölf vorgesehenen Reaktoren in vollem Betrieb sein. Der letzte Reaktor dieses Programms soll zum Ende der 80er Jahre erstellt sein, so daß dann fast die Hälfte der Elektroenergie aus Kernreaktoren stammen wird. So jedenfalls denkt sich das die schwedische Finanzbourgeoisie, nachdem es ihr mit Hilfe der Sozialdemokratie gelungen ist, die große Widerstandsbewegung zu spalten (s. KVZ 13/80) und eine Stimmenmehrheit von 58% bei einer Wahlbeteiligung von 74,3% für den Bau der zwölf Reaktoren zu bekommen. Der billige und reichliche elektrische Strom ist eine der Grundlagen für den hohen technischen Stand der schwedischen Produktionsanlagen. Ein Drittel aller in Westeuropa installierten Produktionsautomaten steht in Schweden, so der Industrieverband. Der Produktionspreis einer KWh wird mit 10 Öre angegeben. Gränges Aluminium, Schwedens größter Aluminiumhersteller, zahlt nach eigenen Angaben 11,5 Öre (4,8 Pfg.) pro KWh.

tsd KWh — S — BRD — I — II — III
I: EL-Verbrauch pro Arbeiter, verarbeitende Industrie
II: Gesamt El-Verbrauch pro Einwohner
III: Zusammensetzung in %: 1: Kohle, Öl, Gas 2: Kernenergie 3: Wasserkraft
S: 60,4 (3), 21,7 (2), 17,9 (1) — BRD: 5,2, 10,8, 84,0

Sowjetunion bereitet Automobilexporte in die USA vor

z.gek. Das sowjetische Handelsmonopol V/O Autoexport hat mit einer großen Importfirma in den USA ein Abkommen über den Import des Lada sowie des Geländewagens Lada-Niva ab 1981 getroffen. In einer eigens errichteten Fabrik werden die Wagen entsprechend den Abgasbestimmungen der USA umgebaut. Das Normalmodell des Lada soll 4700 $ kosten, gut 2000 $ weniger als ein Golf, ein Dumpingpreis also. Bis 1984 sollen so 45000 Wagen im Jahr abgesetzt werden. Ca. 1000 Autohändler in den USA sollen für das Projekt geworben sein. – Die Autoexporte spielen, trotz des völlig ungedeckten inneren Marktes, in den Expansionsplänen der Sozialimperialisten als Devisenquelle eine bedeutende Rolle. V/O Autoexport will bis 1982 auf dem Weltmarkt insgesamt 1600000 Pkw verkauft haben.

Genfer B-Waffen-Konferenz: Dritte Welt hält an Verbot fest

z.anb. Empört wies der sowjetische Delegierte Issraelyan auf der Genfer Konferenz über das Verbot von bakteriologischen Waffen die Aufdeckung eines Unfalls mit B-Waffen in der sowjetischen Stadt Swerdlowsk zurück. Es habe sich um eine simple Milzbrandepidemie gehandelt. Milzbrand ist eine von Bakterien ausgelöste Infektion, vom Tier auf den Menschen übertragbar, in der häufigsten Form eine eitrige Hautgeschwürbildung, die über die Sepsis zum Tode führt. Sie ist aber auch durch einen besonderen Sporenpilz auslösbar, der zum Arsenal der B-Waffen gehört. In den USA sind damit bereits vor Jahren Einsätze in den Lüftungssystemen der New Yorker U-

Hafenarbeiterstreik in Santos/Brasilien

Wiederaufbau der Gewerkschaften / Streikvorbereitungen bei VW do Brasil

z.ulg. Sonntag, 16. März: In Santos, dem größten brasilianischen Hafen, beschließt eine Versammlung von 7000 der insgesamt 12500 Hafenarbeiter Streik ab Montag. Es ist der erste Streik seit dem Militärputsch 1964 in dem Hafen, über den mehr als die Hälfte des brasilianischen Außenhandels und fast der gesamte Kaffeexport abgewickelt werden. Die Arbeiter fordern 15% zusätzlich zu den von der Regierung verfügten Inflationszuschlägen. Seit November laufen die Verhandlungen mit der Hafengesellschaft, die zuletzt 3% angeboten hat.

Am gleichen Tag versammeln sich wenige Kilometer entfernt in Sâo Bernardo 50000 Metallarbeiter im örtlichen Fußballstadion, um über den Tarifkampf zu beraten. Sâo Bernardo, eine Industrievorstadt von Sâo Paulo, ist Sitz des größten Automobilwerks Lateinamerikas: VW do Brasil. Die Versammlung stellt den Kapitalisten ein Ultimatum: Wenn die Forderungen – ebenfalls 15% Lohnerhöhung, außerdem Verkürzung der Arbeitszeit von jetzt 48 auf 40 Stunden wöchentlich – nicht bis zum 30. März erfüllt sind, wird gestreikt.

Um die seit 1978 anschwellende Streikbewegung zu brechen, hat die Regierung im November ein neues Lohngesetz erlassen, nach dem halbjährlich Lohnerhöhungen in Höhe des offiziellen Preisindex gezahlt werden und nur die Vereinbarung zusätzlicher ,,Produktivitätszulagen" den Tarifverhandlungen überlassen bleiben soll. Schon in der Vergangenheit ist der Inflationsindex systematisch gefälscht worden, allein 1973 um 34,1%. Für einen Warenkorb mit den grundlegenden Nahrungsmitteln für eine Familie mußte ein Arbeiter mit dem amtlichen Mindestlohn 1965 87 Stunden arbeiten, 1978 fast doppelt so viel: 167 Stunden. Nach den offiziellen Indizes stiegen die Lebenshaltungskosten in Rio de Janeiro bis Januar dieses Jahres gegenüber 1977 um 192% (Nahrungsmittel 225%), die ,,Arbeitskosten" für Bauarbeiter dagegen nur um 148%.

Nach dem im Januar abgeschlossenen neuen Tarif für das Stahlwerk Cosipa bei Santos – 1500 Cr$ Festgeld und 40,9% Lohnerhöhung – liegen die Löhne dort zwischen 7126 und 48409 Cr$ im Monat. Nach dem geltenden Wechselkurs sind das 285 bis 1936 DM, die Kaufkraft wird ein Drittel bis die Hälfte höher liegen. Ein Liter Milch z.B. kostet ab Mitte April 18,50 Cr$ (0,72 DM).

Am Montag beginnt der Streik im Hafen. Um Zusammenstöße mit den angerückten Polizei-und Militäreinheiten zu vermeiden, haben die Arbeiter keine Streikposten aufgestellt. Trotzdem, der Hafen liegt völlig still. Der Arbeitsminister erklärt den Streik für illegal, weil das ,,nationale Interesse" berührt sei. Am Dienstag fährt ein Zerstörer der Kriegsmarine in den Hafen ein. Aber der Streik steht.

Die Hafengesellschaft muß ein neues Angebot machen: 6%. Am Mittwoch abend lehnt eine Versammlung von über 8000 Hafenarbeitern das Angebot ab. Anschließend demonstrieren die Arbeiter in den Straßen der Stadt: Nur wenn die Forderungen erfüllt werden und die Regierung keine gewählten Gewerkschaftsfunktionäre absetzt, wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Am Donnerstag spitzt sich die Lage zu. Das Arbeitsgericht erklärt den Streik für illegal und verfügt, den Arbeitern stünden als ,,Produktivitätszulage" nicht mehr als 6% zu. Trotzdem muß die Hafengesellschaft ihr Angebot – minimal – auf 6,6% erhöhen. Die Zersplitterung der Gewerkschaften macht sich als entscheidendes Hindernis im Kampf bemerkbar. Vier verschiedene Gewerkschaften sind im Hafen vertreten, und nicht in allen sind die vom Militärregime eingesetzten Funktionäre bereits abgewählt. Als Polizei vor dem Gewerkschaftshaus aufmarschiert, fordert einer der Gewerkschaftsvorsitzenden die dort versammelten Arbeiter auf, das Gebäude zu verlassen. Die Arbeiter bleiben. Aber am Freitag wird auf einer erneuten Versammlung der Abbruch des Streiks beschlossen. Ob und was für ein Abschluß erreicht wurde, war bis Redaktionsschluß nicht bekannt.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die brasilianische Arbeiterbewegung in den letzten Jahren eine weitgehende Selbständigkeit vom bürgerlichen Nationalismus erringen können. Vor dem Militärputsch 1964 stand der Großteil der Gewerkschaften unter der Führung der regierenden ,,Arbeiterpartei". Häufig setzte das Arbeitsministerium selbst die Gewerkschaftsfunktionäre ein, sogenannte ,,pelagos" (Satteldecken). Was dabei zum Teufel geritten wurde, waren die Interessen der Arbeiter. Mit dem Arbeitsgesetz von 1943 wurde ein ausgedehntes Zwangsschlichtungssystem über die Arbeitsgerichte eingeführt. Die Bildung von Streikkassen aus den vom Staat eingetriebenen Mitgliedsbeiträgen war verboten, ebenso der Zusammenschluß der lokalen Einzelgewerkschaften zu überörtlichen Verbänden und Gewerkschaftsbünden. Trotzdem bestand in den letzten Jahren vor dem Putsch eine einheitliche Gewerkschaftszentrale.

Nach den blutig niedergeschlagenen Streiks 1968 begannen die Arbeiter ab 1972 ,,Fabrikkommissionen" aufzubauen, die als Hauptkampfmittel Langsamarbeit und ,,Dienst nach Vorschrift" einsetzten. Auf diese Weise wurden Lohnerhöhungen u.a. bei den Werften und Banken, für die Busfahrer und Bauarbeiter durchgesetzt. In diesen Kämpfen bildeten sich neue, durchweg noch sehr junge Führer der Arbeiterbewegung heraus. Nach dem Militärputsch waren das Streikrecht und das Recht auf direkte Tarifverhandlungen mit den Kapitalisten beseitigt worden. In etwa einem Drittel der 1500 Gewerkschaften setzte die Militärregierung die gewählten Funktionäre ab und ersetzte sie durch regimetreue ,,pelagos". Vielerorts, so im Industriegebiet um Sâo Paulo, haben die Arbeiter inzwischen ihre in den Kämpfen des letzten Jahrzehnts bewährten Führer in die Gewerkschaftsfunktionen gewählt.

Im Mai 1978 traten – erstmals seit 1968 – 275000 Arbeiter in den Streik. Zentrum dieser wie der folgenden Streikbewegungen waren die Zweigbetriebe der großen imperialistischen Konzerne: Ford, Pirelli, Mercedes, Fiat, VW. Die imperialistischen Monopole kontrollieren 100% der Auto- und der Pharmaindustrie, 74% der Elektroindustrie, aber auch 70% der Textilindustrie, einer Branche, die vor 15 Jahren noch fast vollständig von brasilianischem Kapital kontrolliert wurde. Von der Forderung – 20% über dem Inflationsindex – wurden zwar nur 12% durchgesetzt, aber die Kapitalisten konnten gezwungen werden, direkt mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Weitere große Streikbewegungen folgten im Oktober 1978, im März und Oktober 1979. Fast alle diese Streiks endeten, wenn man die Abschlüsse an den ursprünglichen Forderungen mißt, mit Niederlagen, doch die Gewerkschaftsbewegung konnte ihre Kraft und Einheit festigen.

Zur Bedeutung der Streiks für den Kampf um Demokratie schrieb die Metallarbeitergewerkschaft von Santo André (bei Sâo Paulo) kürzlich in einem Flugblatt: ,,Es war am 13. März 1979, als Tausende von Arbeitern, die die niedrigen Löhne und die schlechte Behandlung durch die Kapitalisten leid waren, sich in ihrer Gewerkschaft zusammenschlossen, um zu sagen: Es reicht! Von diesem Moment an begann ... die politische Öffnung dieses Landes, die von vielen versprochen, aber von der arbeitenden Klasse konkretisiert worden ist."

Die wichtigsten örtlichen Gewerkschaften beteiligen sich an der Vorbereitung eines ersten ,,Nationalen Kongresses der arbeitenden Klasse", der dem Aufbau einer neuen Gewerkschaftszentrale dienen soll. Auf einer Konferenz im Januar wurden die Hauptziele für das laufende Jahr festgelegt: realer und einheitlicher Mindestlohn, stabile Beschäftigung (die Konzerne entlassen oft vor den Indexlohnerhöhungen große Teile der Belegschaften, um danach zu niedrigerem Lohn neu einzustellen), Kampf gegen die Teuerung, Agrarreform.

Mit einer ,,Aktion Schildkröte" (Überstundenverweigerung und Langsamarbeit) bereiten die Metallarbeiter von Sâo Paulo derzeit den Lohnkampf vor. Für einen Streik sind sie besser gerüstet als in den letzten Jahren: In Sâo Bernardo hat die Gewerkschaft eine ,,Mobilisierungskommission" mit 425 Vertretern aus den einzelnen Fabriken und Abteilungen gebildet. Erstmals ist auch eine Streikkasse angelegt worden.





Auf Versammlungen beschließen die Hafenarbeiter über die Forderungen und über Weiterführung oder Abbruch des Streiks (links). Der Hafen liegt still: 1000 Eisenbahnwaggons mit 400000 Sack Kaffee wurden nicht entladen.

Guatemaltekische Baumwoll- und Zuckerplantagenarbeiter erkämpfen Lohnerhöhung

z.ans. Die Terrorherrschaft, die das vom US-Imperialismus abhängige Garcia-Regime tagtäglich gegen die guatemaltekischen Volksmassen ausübt, kann den Widerstand der Arbeiter und Bauern nicht brechen. Im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung festigen sie ihre Einheit.

Während der Erntezeit von Mitte Februar bis Anfang März streikten an der Südküste 50000 Baumwoll- und Zuckerplantagenarbeiter für eine Lohnerhöhung von umgerechnet 1,12 US$ auf 5 US$ pro Tag. Bereits in den ersten Tagen des Streiks wurde auf 59 Zuckerplantagen kein Rohr mehr geschnitten, die größte Zuckermühle Pantaleón stand still. Der Streik, organisiert vom Nationalen Komitee für Gewerkschaftseinheit (CNUS), breitete sich schnell aus. Die Regierung schickte Armee gegen die Streikenden vor.

vor.

Die Plantagenarbeiter setzten eine Lohnerhöhung von umgerechnet 3,50 US$ durch. Aus Furcht vor einer Ausdehnung des Streiks und somit vor einer revolutionären Massenstreikbewegung erklärte die Regierung den Abschluß als auch für die 224000 Kaffeeplantagenarbeiter verbindlich.

Zwar haben die Arbeiter ihre Forderung nicht voll durchgesetzt, dennoch ist der Ausgang ein großer Erfolg. Was sind die Bedingungen? Die Plantagenarbeiter sind zum großen Teil landlose indianische Bauern. Die spanischen Kolonialisten und ihre Nachkommen, seit Ende des 19. Jahrhunderts auch die US-Imperialisten, haben die indianische Bevölkerung ihres Landes beraubt und darauf riesige Plantagen errichtet. Während die Zucker- und Baumwollplantagen kapitalistisch betrieben werden, herrschen auf den Kaffeeplantagen noch halbfeudale Produktionsverhältnisse vor. Die auf den Kaffeeplantagen arbeitenden landlosen Bauern erhalten vielfach einen Fetzen Land zur Bearbeitung zu festgelegten Zeiten, um aus dem Ertrag einen Teil ihrer Reproduktion zu bestreiten. In den 60er Jahren bezogen die Landarbeiter durchschnittlich nur 58,5% ihres Einkommens aus Lohn.

Ein großer Teil der indianischen Kleinbauern muß jährlich als Wanderarbeiter zunächst zur Kaffee-Ernte ins Hochland und später zur Baumwoll- und Zuckerernte an die Küste ziehen. Die Einheit zwischen den ständig auf den Plantagen arbeitenden Landproletariern und den Wanderarbeitern ist in dem Streik gefestigt worden. Entscheidend dafür ist die organisierende Kraft des CNUS, die seit der Niederlage im Zuckerarbeiterstreik 1976 gewachsen ist.

Wie gegen die Ausbeutung, so wächst auch der Widerstand der indianischen Massen gegen die Zwangsrekrutierungen in die Armee. Als Solda- krutierungen in die Armee. Als Solda- ten unlängst in Olintepec die Jagd auf die Jugendlichen eröffnen wollten, wurden sie von Marktfrauen mit Steinwürfen vertrieben. In einem anderen Dorf umringten Hunderte von älteren Menschen schweigend die Soldaten, bis diese schließlich abzogen.



Guatemaltekische Indianer auf dem Weg zum Markt.

Bahn getestet worden. Dies sind offene Vertragsbrüche der 1971 beschlossenen Konvention über das Verbot solcher Massenvernichtungswaffen. Während die Imperialisten, vor allem die Supermächte, jetzt in Genf die Überprüfung der Konvention zu einer Farce zu machen versuchten, indem sie allgemeine ,,Befriedigung" über die Einhaltung abstimmen lassen wollten, forderte die Dritte Welt ab sofort regelmäßige Kontrollen unter UNO-Ägide, und zwar nicht nur der Nichtanwendung, sondern der Vernichtung. Die Imperialisten zogen sich dagegen auf den Beschluß zu ,,Expertentreffen" zurück. Die UNO-Vollversammlung wird ihren Vertragsbruch neuerlich verhandeln.

Mexiko lehnt Beitritt zum GATT ab – Schlag gegen die USA

z.hef. Am 18. März, dem 42. Jahrestag der Verstaatlichung der Ölindustrie, gab Mexikos Präsident Portillo bekannt, daß Mexiko den GATT-Vertrag (das Allgemeine Abkommen über Handel und Zölle) jetzt nicht unterschreiben wird. Mexiko hatte im letzten Jahr langwierige Beitragsverhandlungen mit GATT-Vertretern beendet und bis Mai dieses Jahres Bedenkzeit. Die Entscheidung richtet sich vor allem gegen die US-Imperialisten. Nach dem GATT-Abkommen hätte Mexiko für mehr und mehr Fertigwaren und Lebensmittelimporte die Grenzen öffnen müssen und wäre mit Waren aus den USA überschwemmt worden. (Zur Zeit liefern die US-Imperialisten bereits 62% aller Importe Mexikos.) Einschränkung bzw. Zerstörung der eigenen Wirtschaft wären die Folge. Die US-Regierung hat Vergeltungsmaßnahmen angekündigt: Sie kann besondere Anti-Dumping-Gesetze gegen Nicht-GATT-Mitglieder sofort gegen mexikanische Waren in Kraft setzen. Ein Dumpingverfahren gegen Tomatenlieferanten wurde bereits begonnen, aber vorerst auf Eis gelegt. Die geplante Senkung von Importzöllen für mexikanische Waren werde jetzt ,,weniger günstig" beurteilt, ließ das Handelsministerium wissen. – Portillo gab am 18.3. eine weitere Entscheidung der Regierung bekannt, die ebenfalls einen Schlag für die US-Imperialisten bedeutet: Gegen allen Druck, die Ölförderung so weit wie möglich zu erhöhen, werden nur 10% mehr als bisher gefördert werden, nämlich zwischen 2,5 Mio. und 2,7 Mio. Barrel pro Tag. Mit dem Öl und mit neuen Anleihen sollte Mexiko die Importe nämlich bezahlen. Die Öllieferungen machen jetzt schon 45% aller Exporte des Landes aus.

Nicaragua: Großgrundbesitz wird enteignet

z.ans. Nach großen Bauerndemonstrationen hat die Revolutionsregierung von Nicaragua am 10.3. beschlossen, daß der gesamte Grundbesitz über einer bestimmten Größe (37 ha bzw. 74 ha je nach Lage) enteignet wird. Die Grundbesitzer ohne Verbindung zum Somoza-Clan werden entschädigt. Nach der Revolution war zunächst ein großer Teil des Somozabesitzes enteignet worden. Die Pachtsätze wurden gesenkt, nicht aufgehoben. Auf Druck der westlichen Imperialisten hat die Regierung die Enteignung des Großgrundbesitzes jedoch nicht konsequent weitergeführt. Anfang des Jahres befanden sich rund 1 Mio. ha oder 20% des bebaubaren Landes unter Verwaltung des Instituts für Agrarreform (INRA). Das enteignete Land wird z.T. unter Regie des INRA mit Landarbeitern bearbeitet, z.T. Genossenschaften zur Bearbeitung übergeben. Die Landreform ist entscheidende Voraussetzung zur Lösung der dringlichen Ernährungsfrage. Sie verbessert die Bedingungen, eine vom Imperialismus und Sozialimperialismus unabhängige nationale Wirtschaft aufzubauen. – Auf Initiative Nicaraguas haben die mittelamerikanischen Außenminister kürzlich die Region zur ,,Friedenszone" erklärt, das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder betont und beschlossen, Nicaragua bei den Verhandlungen über seine Auslandsschulden zu unterstützen.

Nordirlandkonferenz beendet Kein Erfolg der Kolonialherren

z.rül.London. Die Nordirlandkonferenz der britischen Imperialisten ist letzten Dienstag ergebnislos abgebrochen worden. Ende November hatte die britische Regierung ein halbes Dutzend verschiedener Modelle für eine ,,nordirische Selbstverwaltung" unter ihrer Kolonialherrschaft vorgelegt und die Konferenz mit verschiedenen Parteien einberufen, vor allem mit der SDLP, die zur Zeit bei Parlamentswahlen die meisten Stimmen von nordirischen Katholiken bekommt. Es ging darum zu testen, welche Konzessionen an ihre Kolonialherrschaft der SDLP abgerungen werden können bzw. welche Spaltungslinien unter die katholischen Iren getrieben werden können. Das Ziel: das britische Kolonialregime von dem ,,Geruch des kolonialen Notstands" zu befreien, wie die ,,Times" schrieb, indem der Kolonialapparat mit ,,Selbstverwaltungsorganen" umkleidet wird. Dann sollte er verstärkt und ein erneuter Anlauf zur gewaltsamen Niederschlagung des irischen Befreiungskampfes gestartet werden. Aber die SDLP lehnte alle britischen Vorschläge ab. Noch Mitte der siebziger Jahre hatte sie sich an einem ähnlichen Versuch beteiligt. Jetzt forderte sie als Bedingung für eine Zustimmung eine garantierte Beteiligung von Katholiken an jeder ,,Selbstverwaltung" und regelmäßige Konsultationen jeder ,,nordirischen Regierung" mit der Regierung der Republik Irland, als erste Schritte für eine Einheit Irlands. Das untergrabe ihre Souveränität, stellte die Kolonialmacht Großbritannien fest und vertagte die Nordirland-Konferenz auf unbestimmte Zeit.

Weiter Kampf um die Herrschaft. Das südafrikanische Kolonialregime ist geschwächt

z.ges. Am meisten scheinen die südafrikanischen Kolonialisten von dem Wahlsieg der ZANU und Robert Mugabes überrascht worden zu sein. In ihrer Sklavenhaltermentalität sind sie zwar in der Lage, die afrikanischen Massen bis aufs Blut zu schinden, aber weil sie die afrikanischen Massen verachten, werden sie von ihrer Kampfentschlossenheit und Kampffähigkeit immer wieder überrascht. Wie die US-Imperialisten hatten sich die südafrikanischen Kolonialisten einen Wahlsieg Muzorewas versprochen. Weil sie Leute sind, die wissen, daß von allein nichts geht, hatten sie, wie vorher in den Kolonialkrieg gegen das Volk von Zimbabwe, Millionen in den Wahlkampf Muzorewas gesteckt. Sarkastisch meint die ,,Neue Zürcher Zeitung", die sich ihrerseits oft auf den südafrikanischen Geheimdienst verläßt: ,,Südafrikas Geheimdienst versteht sich vorzüglich aufs Abhören von Telefonen, das Öffnen von Briefen und das Beschatten von politischen Gegnern im eigenen Land wie in Übersee. Weniger gut ist es um seine Fähigkeit bestellt, für Südafrika wichtige politische Entwicklungen zu erkennen und seine Regierung rechtzeitig zu informieren. Noch bis kurz vor der Verkündigung des rhodesischen Wahlergebnisses rechneten die Außenpolitiker in Pretoria mit einem Sieg des konservativen Bischofs Abel Muzorewa." Von einem Wahlsieg Muzorewas erhoffte sich das südafrikanische Kolonialregime die Erhaltung der Vorherrschaft im Süden des Kontinents: Seine Truppen hätten weiterhin in Zimbabwe bleiben können, das einer südafrikanischen Wirtschaftsunion einverleibt werden sollte. Als das Wahlergebnis bekannt wurde, meinte ein südafrikanischer Regierungsvertreter laut ,,Neue Zürcher Zeitung": ,,Das verändert alles, Südwestafrika, die geplante Staatenkoalition, alles ...". Weniger als je ist das Kolonialistenregime damit einverstanden, sich auf von der UNO kontrollierte Wahlen in Namibia einzulassen. Nachdem Muzorewa schon außer Kurs gesetzt ist, versuchen es die Kolonialisten in Namibia erst recht mit der ,,Turnhallenallianz". In Südafrika selber wollen sie sich allenfalls auf die Zulassung von Mischehen einlassen, als ob es die afrikanischen Massen ins weiße Ehebett zöge. Den von den Europäern geraubten Boden dürfen sie nach wie vor noch nicht einmal kaufen.

,,Die traditionellen Führer haben die schwarzen Massen nicht hinter sich", schreibt ,,Die Vaderland". ,,Je radikaler schwarze Politiker sind, desto größer ihr Rückhalt in der Bevölkerung. Es wird Zeit, daß wir den Dialog mit den wirklichen Führern aufnehmen." Zumindest was Namibia angeht, könnten die Kolonialisten diesen ,,Dialog" haben. Der Präsident der SWAPO hat Südafrika Verhandlungen angeboten. Aber es kann nur um die Modalitäten des Abzugs der südafrikanischen Truppen verhandelt werden. Da die Wahlen in Zimbabwe den Kolonialisten etwas die Augen geöffnet haben, wollen die Kolonialisten vorläufig erst recht nicht mit der SWAPO verhandeln. Statt ihre ,,Staatengemeinschaft" mit irgendwelchen Marionetten schmieden zu können, werden die Kolonialisten in Südafrika mit den Planen der Frontstaaten konfrontiert, die in Lusaka über eine Wirtschaftsunion unter Einschluß Zimbabwes verhandeln wollen. Tatsächlich könnte durch eine solche Union Tanzanias, Mozambiques, Zimbabwes, Botswanas, Sambias und Angolas die Abhängigkeit eines Teils dieser Länder von den Wirtschaftsverbindungen nach Südafrika bedeutend verringert werden. Gleichzeitig könnte so der Erfolg des Volkes von Zimbabwe auch einen Anstoß geben, den Einfluß der sowjetischen Sozialimperialisten zurückzudrängen, die die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Länder nutzen, um sich immer tiefer einzunisten. Jedenfalls hat der Sieg der ZANU für die Frontstaaten die West-Ost-Verbindungen geöffnet. Das schafft überhaupt erst die Bedingungen, um die von der UNO beschlossenen Boykottmaßnahmen gegen das südafrikanische Kolonialistenregime wirksam in Angriff zu nehmen, ohne zwangsläufig in neue und andere Abhängigkeiten zu kommen.

Die wirtschaftliche Front wird jetzt, nachdem in Zimbabwe der bewaffnete Kampf die Bedingungen für die Regierungsübernahme durch die Patriotische
Kampf die Bedingungen für die Regierungsübernahme durch die Patriotische
Front geschaffen hat, zur entscheidenden Front, an der sich die politische Linie der Befreiungsbewegung bewähren muß. In allen Kolonien haben die Imperialisten und Kolonialisten erhebliche wirtschaftliche Probleme geschaffen. In Zimbabwe bleiben sie selber das Hauptproblem, solange sie noch fest in ihren wirtschaftlichen Positionen sitzen. Aber sie haben die Wirtschaft auch weitgehend zugrunde gerichtet. Real ist das Nationaleinkommen zwischen 1975 und 1979 um etwa 12 Prozent gesunken, worunter vor allem die afrikanischen Bauern und Arbeiter leiden. Wie weit kann man die Kapitalisten nutzen, um das Land aus der von den Kapitalisten geschaffenen Misere herauszuführen? Jedenfalls wird man sie nur nutzen können, wenn die Regierungsgewalt der Patriotischen Front zur wirklichen politischen Herrschaft ausgebaut und die soziale Basis der Regierung gefestigt wird. Die Landverteilung ist dabei die eine Bedingung, die Hebung der Löhne die andere. Man kann sich schwer vorstellen, daß die Regierungsgewalt der Befreiungsbewegung und die Beherrschung der wirtschaftlichen Kommandostellen in Industrie und Landwirtschaft durch die Kapitalisten und Imperialisten lange Zeit friedlich schiedlich nebeneinander werden existieren können. Mit Wegfall der Boykottmaßnahmen, die die Imperialisten auf Grund der militärischen und politischen Lage wohl oder übel teilweise mitmachen mußten, erschließen sich ihren Positionen im Land die Reserven der europäischen und amerikanischen imperialistischen Länder. Natürlich setzen die Imperialisten immer noch darauf, daß sie die Patriotische Front und die ZANU spalten können. Nur gestützt auf die Volksmassen und durch eine wirkliche Besserung ihrer Lage kann es umgekehrt der Regierung der Patriotischen Front gelingen, die Feinde zu spalten und ihre Herrschaftspositionen Stück für Stück zu beseitigen. Wichtig wird sein, daß die internationale Arbeiterklasse von der Fortsetzung des Kampfes ausgeht und nicht von seinem Ende. Wichtig ist, daß die afrikanischen Massen in Namibia und vor allem in Südafrika am bewaffneten Kampf festhalten.

Die Massen in Zimbabwe wollen Land und höhere Löhne

z.aml. 120000 Einwohner europäischer Abstammung leben in Salisbury. In den von ihnen beherrschten Gebieten der Stadt, wo auch die Hochhäuser der Banken, Versicherungen und Grundstücksgesellschaften stehen, scheint das Leben seinen alten Gang zu gehen. In den Geschäften allerdings erfährt man, daß die Läger klein gehalten würden, man könne nie wissen.

Eine halbe Million Afrikaner leben in den ,,Townships" zusammengepfercht. Weit außerhalb der Stadt, und die verschiedenen ,,Townships" weit auseinandergelegen. Hier begrüßen sich die Leute jetzt mit ,,Jongwe". Das ist Shona und heißt der Hahn, den die ZANU als Symbol für die Wahlen gewählt hat.

Eine Steinhütte in den ,,Townships", mit Wellblech oder Eternit gedeckt, 35 qm groß, kostet 16 bis 20 Dollar Miete. Die meisten sind über 25 Jahre alt und die Baukosten sind mehrmals bezahlt. Strom und Wasser extra. Acht- bis zwölfköpfige Familien leben hier. Wenn die Kinder zur Grundschule gehen, müssen 12,50 Rhodesische Dollar pro Trimester gezahlt werden. Schulkleidung zusätzlich. Muzorewa hat den Afrikanern Eigentum versprochen. In Glenview z.B. kann man für 350 Rhodesische Dollar Land erwerben. Die Toilette steht schon. Bis man das Haus fertig gebaut hat, müssen 11,50 Rhodesische Dollar Miete für die Toilette gezahlt werden. Strom gibt es erst, wenn die ganze Straße die Anschlußgebühr gezahlt hat. ,,Muzorewa hat uns betrogen", sagte ein Kellner. ,,Wenn Mugabe unsere Löhne erhöht, hat er unsere Unterstützung." Und: ,,Gut, daß ZANU und ZAPU zusammengehen".

Die Regierung hat ihr Programm für Lohnerhöhungen noch nicht bekanntgegeben, da streikten am 18. März etwa 2000 Arbeiter in sechs Betrieben. Am 19. März kommen 2000 Minenarbeiter hinzu, und weitere 8 Betriebe werden bestreikt. Die Forderungen sind nicht einheitlich. In einer Rohrfabrik wird gefordert: Anhebung der
brik wird gefordert: Anhebung der
Mindestlöhne von 30 Cents auf einen Dollar die Stunde. Örtliche ZANU-(PF)-Funktionäre werden freundlich empfangen, aber ihr Rat, weiter zu arbeiten und die Lohnpläne der Regierung abzuwarten, wird meist genauso freundlich nicht befolgt.

Der koloniale Staatsapparat existiert zwar noch, er kann nicht mehr einfach für die Kapitalisten eingesetzt werden. Das gibt dem Klassenkampf Raum, erleichtert die Bildung von Gewerkschaften und örtlichen Selbstverwaltungsorganen. ,,Nach den Wahlen haben wir erstmals nachmittags bei offenem Fenster getagt", sagt uns eine Distriktleiterin der ZANU (PF).

Das erste von Premierminister Mugabe angekündigte Programm sieht die Ansiedlung von Flüchtlingen auf verlassenen Farmen vor. Im Flüchtlingslager Chirambahuyo erklärt uns der Vorsitzende des ZANU-(PF)-Parteikomitees dort, daß alle wieder Bauern werden wollten. ,,Aber nicht auf dem alten Stück Land", betont er, ,,der Boden gibt nichts her. Meine Frau erhielt einmal ein Darlehen von 15 Säcken Kunstdünger. Es hat nichts genutzt und wir konnten das Darlehen nicht zurückzahlen. Wir wollen die weißen Farmer nicht vertreiben, aber wir wollen das Land mit ihnen teilen."

Wir lernen mehr von der Lage auf dem Land kennen, als wir mit einem ZANLA-Soldaten in sein Dorf Tagarira im Nyamweda-Mondoro Reservat, westlich von Salisbury, fahren. Während der ersten 20 km ist die Straße geteert, längs des Weges 2 Farmen. Dann 5 km Fahrt durch Land, das afrikanische Farmer kaufen konnten. Dann beginnt das Reservat. Die Straße ist nicht länger geteert, die Bäume werden niedrig, Dornenbüsche zeigen an, daß das Land schlecht wird. Man kann die Hochebene weit überblicken: überall Dörfer mit etwa 10 kleineren Gehöften. Die Dörfer 500 bis 1000 m auseinander. An der Schule treffen wir einen Lehrer. ,,Keine 5 km nach Norden", sagt er, ,,fängt das europäische Gebiet an. Dort ist die Erde rot und fruchtbar. Keine 5 km nach Westen und kei-
bar. Keine 5 km nach Westen und kei-
ne 5 km nach Süden und du stößt an die Grenzen des Reservats."

Vom Dorf Tagarira sehen wir als erstes einen ausgebrannten Bauernhof, Muzorewas Auxiliaries (Hilfskräfte) haben ihn niedergebrannt, als sie feststellten, daß die Bäuerin einen großen Topf mit Fleisch für die ZANLA-Kämpfer auf dem Feuer hatte. Auf dem heimatlichen Hof des Genossen ist zunächst niemand zu sehen. Sein Vater ist kurz vor den Wahlen von den Auxiliaries bewußtlos und lahm geschlagen worden. Jetzt kamen Weiße mit noch nicht erkannten Schwarzen ins Dorf. Die Lage war gefährlich. Das Alarmsystem der Dorfbewohner hat funktioniert. Diese im Befreiungskrieg gelernte Organisation ist die Grundlage für die ländliche Selbstverwaltung der Bauern, die das Land für die Konterrevolution uneinnehmbar machen kann.

Als der Sohn dann erkannt wird, kommen die Frauen aus den Häusern heraus, tanzen und singen revolutionäre Lieder. ,,Pamberi neJongwe" auch hier. ,,Pasi naZakuzaku", nieder mit den Zakuzaku, wie die Auxiliaries nach ihrer Art, die Bauernsöhne in die Armee zu treiben, heißen. Ein Nachbar nach dem anderen kommt auf den Hof. Eine Versammlung wird abgehalten. Die Auxiliaries sind seit 2 Tagen auf Befehl von Premierminister Mugabe abgezogen worden, wird bekanntgegeben, das Programm zur Besiedlung ungenutzten Farmlandes wird vorgestellt, große Freude herrscht, daß die Arbeiter und Bauern in Westdeutschland die Bauern Zimbabwes unterstützen.

Was muß jetzt geschehen? Ein junger Bauer, dessen Bruder von den Auxiliaries wegen Unterstützung der ZANLA erschossen wurde: ,,Wir müssen nicht nur Mais, sondern auch Baumwolle anbauen können. Dazu brauchen wir nicht nur Regierungsunterstützung, sondern auch besseres Land." Ein Lehrer meint, es könnte vielleicht auch genügen, wenn mehr technische Hilfe gegeben würde. Das Land muß aufgeteilt werden, das war die Meinung der meisten Bauern.
die Meinung der meisten Bauern.

Lohnverteilung 1977

% der Beschäftigten; Monatslöhne 4 – 16 – 64 – 256 – 1024 $

Afrikaner; Zahl der Beschäftigten: 901000; Lohnsumme: 530 Mio. $

Europäer; Zahl der Beschäftigten: 117000; Lohnsumme: 720 Mio. $

Lohnverteilung 1977 nach 45 $ Festgelderhöhung

% der Beschäftigten; 10,7%; Afrikaner; Europäer; Monatslöhne 4 – 16 – 64 – 256 – 1024 $

Lohnverteilung 1977 aller Lohnabhängigen in Zimbabwe

Einige Daten

Der Rhodesische Dollar ist etwa 3 DM wert, Elektrogeräte und Autos sind z.B. dreimal so teuer wie in der BRD; Schuhe und Kleidung etwa ¼, Nahrung etwa ⅓ billiger. Die Kapitalisten zahlen für europäische Arbeitskraft wenig. Sie leben deshalb nicht schlecht, weil sie sich z.B. billig Haussklaven halten können. Der untere Teil der Lohnverteilung umfaßt die Landarbeiter und Hausdiener.

Rechts steht die Lohnverteilung bei einer Erhöhung um 45 Dollar Festgeld. Das entspricht innerhalb von drei Jahren einer Erhöhung der Gesamtlohnsumme um die jährliche Inflationsrate von 12%. Das Verhältnis von Bruttosozialprodukt und Lohnsumme 1977 war 1,78, in England waren es 1978 1,44. Die Imperialisten können also zahlen. Die Kampfkraft der Arbeiter wird durch das Einkommen von 30 Dollar pro Kopf in der Landwirtschaft gelähmt.

Stimmen zu den Wahlen in Zimbabwe

Staat und Revolution in Zimbabwe

,,Ikwezi", Zeitschrift zur politischen Analyse in Südafrika und im südlichen Afrika, Nr. 14, März 1980

Wie immer die kommenden Wahlen in Rhodesien ausgehen werden, verschiedene Tatsachen werden weiter bestehen bleiben. Eine dieser Tatsachen ist die grundsätzliche marxistische Lehre, daß wir keine neue Gesellschaft aufbauen können, ohne die alte Staatsmaschinerie zu zerschlagen ...

In Zimbabwe wurde die alte Staatsmaschinerie, die von Südafrika und dem westlichen Imperialismus gestärkt wird, nicht zerschlagen. Das Problem der ZANU ist, daß sie sich in diese Staatsmaschinerie integrieren muß, die grundsätzlich den Interessen der Siedlerminderheit und des Imperialismus dient. Kann die ZANU erfolgreich sein, wo Allende versagte. Kann z.B. in Zimbabwe die Landfrage gelöst werden, ohne massenhafte Enteignung der reichen weißen Farmer. Wenn die Guerillaarmee in die rhodesische Armee integriert wird, welche Kraft wird stärker sein. Wird der neue rhodesische Staat aus der Einflußsphäre des imperialistischen Weltmarktes ausbrechen können, gestützt auf eine Politik des Vertrauens auf die eigene wirtschaftliche Stärke und des gleichen Handels zum gegenseitigen Vorteil (auch mit den imperialistischen Staaten), oder wird er von der Vormacht und den Zwängen des imperialistisch kontrollierten Marktes abhängig werden ...

Aus diesen Erwägungen steht die ZANU vor einigen Schwierigkeiten. Der Siedlerstaat, von dem man nicht behaupten kann, er sei schwach, wird nicht nur von Südafrika und dem westlichen Imperialismus unterstützt, sondern er hat auch verschiedene afrikanische Führer, die eine nicht unwesentliche Kraft in Zimbabwe repräsentieren, auf seine Seite gezogen. Südafrika will keine militante ZANU-Regierung als Nachbar. Es will zahme Regierungen, die sich seiner Führung unterordnen. Gemäß seiner Strategie einer ,,Vereinigung Südafrikanischer Staaten". Die 2000 südafrikanische Truppen haben in Rhodesien während des Krieges Seite an Seite mit der rhodesischen Armee gekämpft. Es ist ziemlich offensichtlich, in welcher günstigen Position der britische Imperialismus die Wahlen durchführt ...

Die rhodesische Armee ist schwer bewaffnet und streift mit Muzorewas Hilfstruppen zur Einschüchterung durchs ganze Land. Auf der anderen Seite sind die ZANU-Truppen aufgefordert worden, die Waffen niederzulegen. Wenn die ZANU siegreich aus den Wahlen hervorgeht, wie werden die rhodesische Armee und Polizei abgesetzt. Oder wie sollen die Kräfte der ZANU mit dem stehenden rhodesischen Heer verbunden werden, und in welchen Händen wird der Aufbau einer neuen Armee liegen.

Der große Sieg des Volkes von Zimbabwe (Kommentar)

,,Xinhua News Agency", China, 6. März 1980

Die Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe (PF), geführt von Robert Mugabe, gewann 57 der 80 schwarzen Sitze in der 100 Mitglieder starken Volksvertretung. Sie trug damit bei den allgemeinen Wahlen zur Unabhängigkeit Rhodesiens in der letzten Woche einen überwältigenden Sieg davon. Gemäß der Londoner Übereinkunft ist sie jetzt ermächtigt, die erste Mehrheitsregierung in einem unabhängigen Zimbabwe zu bilden.

Dieser große Sieg beendet die lange koloniale Herrschaft und die weiße Minderheitsregierung im Land und spiegelt das gemeinsame Streben der 7 Millionen Zimbabwer wider. Er zeigt außerdem, daß das Kampfziel der Völker im südlichen Afrika, die Unabhängigkeit, unaufhaltbar ist.

Der bedeutende Sieg ist das Ergebnis des langwierigen Kampfes des Volkes von Zimbabwe für Befreiung und nationale Unabhängigkeit, insbesondere ihres fast 14 Jahre dauernden bewaffneten Kampfes zum Sturz des Kolonialisten- und Rassistenregimes im Land. Seit Beginn dieses Kampfes im April 1966 hat sich seine bewaffnete Macht vergrößert, wiederholt Angriffe von den nordöstlichen, östlichen und nordwestlichen Gebieten unternommen und die Rassistenregierung erschüttert. Ohne den bewaffneten Kampf hätten die Afrikaner in Zimbabwe weder ihr Wahlrecht durchsetzen noch heute die allgemeinen Wahlen gewinnen können.

Der zeichensetzende Sieg des Volkes von Zimbabwe ist nicht von der Unterstützung durch verschiedene afrikanische Länder und Völker, insbesondere nicht von der tatkräftigen Unterstützung der Frontstaaten im südlichen Afrika, zu trennen. Andere Länder und Völker, die an der Gerechtigkeit festhielten, haben wie auch die Vereinten Nationen einen positiven Beitrag geleistet.

Den großen Sieg des Volkes von Zimbabwe begrüßend, hoffen alle Völker, daß das Volk von Zimbabwe in der neuen historischen Etappe die Einheit verstärken wird, um alle Arten von Rückschlägen und Schwierigkeiten zu überwinden und voranzugehen, so daß das neue unabhängige Land einen Kurs des Friedens, der Beständigkeit und des Wohlstandes verfolgen kann.

Zimbabwe jubelt über Mugabe-Sieg

,,The Call", Organ der Kommunistischen Partei (ML), USA, Chicago, 10. März 1980

Spontane Kundgebungen fanden am 4. März in den Straßen von Salisbury, Zimbabwe, statt, als bekannt wurde, daß Robert Mugabe, Führer der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU), bei den allgemeinen Wahlen des Landes einen überwältigenden Sieg errungen hatte.

Die Wahl garantiert, daß Mugabe



Die politischen Absichten der Massen können hervortreten, Markt Highfield



Chirambahuyo Township



Versammlung bei Tag. Was ist mit Land? Wird uns die Regierung helfen?

Versammlung bei Tag. Was ist mit Land? Wird uns die Regierung helfen?





Tanz in den Feldern. Vater des ZANLA-Soldaten: „Wir sind jetzt frei"

Premierminister im neuesten unabhängigen Staat Afrikas wird, wenn Britannien, das für den zweimonatigen Waffenstillstand die Kolonialregierung in Rhodesien wieder herstellte, am 14. März seine gesamte Macht offiziell übergeben muß ...

Während die Wahlergebnisse einen gewaltigen Sieg des Volkes von Zimbabwe in seinem Kampf um Unabhängigkeit und für eine schwarze Mehrheitsregierung darstellen, wird die bevorstehende Etappe für die Befreiungskräfte genauso schwierig werden wie die vergangenen 14 Jahre des bewaffneten Kampfes.

Es besteht die große Gefahr, daß Führer der rhodesischen Sicherheitskräfte versuchen werden, einen Staatsstreich durchzuführen. Einige rhodesische Offiziere haben bereits angekündigt, daß ihre Truppen, noch bevor die neue Regierung ihre Tätigkeit aufnimmt, einen ersten Putsch durchführen werden.

Dazu kommt außerdem die Gefahr einer südafrikanischen Intervention, eine Gefahr, die durch die Ankündigung Pretorias vor den Wahlen vergrößert wird, daß sie „aus Sicherheitsgründen" bei einem Wahlsieg der Patriotischen Front intervenieren werde. Außerdem haben einige tausend südafrikanische Truppen Zimbabwe besetzt und noch mehr sind an die Grenze verlegt.

Sicher, Südafrika hat sein erklärtes Ziel, ein Rhodesien unter schwarzer Herrschaft zu verhindern, nicht aufgegeben. Als eine weitere Bastion des Rassismus und der Herrschaft der Weißen war Rhodesien historisch der einzige wirkliche Verbündete Südafrikas in Afrika. Rhodesien hatte also als Puffer zwischen Südafrika und dem übrigen unabhängigen Afrika gedient.

Angesichts dieser neuen Gefahr für Zimbabwes Unabhängigkeit rief Mugabe auf einer Pressekonferenz nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse zur nationalen Ruhe und Einheit auf. Er versprach außerdem, eine Regierung mit breiter Aktionseinheit zu bilden, ein Schachzug, der unzweifelhaft die bestehenden Spannungen zwischen den verschiedenen Kräften im Land verringern wird.

Nach Jahrzehnten kolonialer und weißer Herrschaft hat das Volk von Zimbabwe gesiegt. Nun steht es vor der großen Aufgabe, seine Nation gegen Kräfte innerhalb und außerhalb des Landes zu verteidigen, die bei jeder Gelegenheit danach trachten, seine Unabhängigkeit zu unterhöhlen und die schwarze Regierung zu beseitigen.

Die Schlacht von Sinoia 1966: Aufnahme des bewaffneten Kampfes

z.mam. Als am 8. August 1963 in Highfields, Salisbury, die ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) gegründet wurde, war ein Abschnitt der Geschichte des Volkes von Zimbabwe erreicht, der die Grundlage für seinen erfolgreichen Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus legen sollte. Die Gründung der ZANU war die Konsequenz des Scheiterns der Politik des ANC seit 1957, der NDP (Nationalen Demokratischen Partei) seit 1960 und der ZAPU seit 1961, auf dem Wege der Verhandlungen und friedlicher Auseinandersetzungen mit den britischen Kolonialisten und ihrem Siedlerregime Reformen für die schwarze Bevölkerung des Landes zu erreichen. Bei ihrer Gründung proklamierte die ZANU den Kurs der „direkten Konfrontation", der sich die Machtergreifung des Volkes von Zimbabwe durch den bewaffneten Kampf zum Ziel setzte. 1964 wurde auf dem Gwelo-Kongreß der „Fanfarenruf zu den Waffen" vom Zentralen Komitee der ZANU veröffentlicht, der u.a. folgende Punkte enthielt: „1. Diejenigen, die in Städten, Bergwerken, auf Farmen usw. arbeiten, sollen Vorbereitungen zum Abzug ihres Geldes von Banken, Baugesellschaften und Postsparkassen treffen und große Nahrungsmittelvorräte kaufen und horten ... 3. Jede Familie soll die Umgebung und Lage ihrer Wohnung unter strategischen Gesichtspunkten studieren. 4. Jedermann soll handlungsbereit sein, sobald die endgültigen Anweisungen vom Präsidenten eintreffen."

Der Aufruf traf auf großen Widerhall im ganzen Land. Mit den einfachsten Mitteln bewaffnet, mit Pfeil und Bogen, Äxten, sogar Steinen und Knüppeln, begannen die Volksmassen Brücken zu zerstören, Straßensperren zu errichten, Telefonleitungen zu zerschneiden, eine Polizeistation wurde gestürmt. Am 26. August 1964 wurde die ZANU vom Smith-Regime verboten, weil sie das Volk zum Umsturz aufgerufen hatte. Ein Jahr später erklärte Ian Smith einseitig die Unabhängigkeit von Großbritannien.

Mit der ZANU wurde auch ihr militärischer Arm, die ZANLA, gegründet, die 1964 noch eine kleine entschlossene Gruppe von 100 Mann umfaßte. Am 28. April 1966, in der Schlacht von Sinoia, führten 7 gut ausgebildete ZANLA-Kämpfer mit automatischen Waffen ausgerüstet zum ersten Mal einen organisierten Angriff auf eine militärische Übermacht der rhodesischen Sicherheitsstreitkräfte. Die Kämpfer sind alle gefallen; aber außer, daß sie den rhodesischen Streitkräften große Verluste an Menschen und Material beigefügt hatten, hatten sie den Mythos der Unschlagbarkeit der Siedlertruppen zerstört.

Mit der Schlacht von Sinoia von 1966, die als Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes und als Chimurenga-Tag jedes Jahr vom Volk von Zimbabwe gefeiert wird, beginnt eine neue Ära des Kampfes. Die Volksmassen wollten lernen, wie man den Feind bekämpft und siegt. Sie folgten massenhaft den Aufrufen von ZANU und ZANLA in die Ausbildungslager der befreundeten Staaten, ganze Schulklassen verließen ihr Land unter der Parole „wir kommen zurück, um Zimbabwe zu befreien".



Genosse R.G. Mugabe, Präsident der ZANU, hält eine Ansprache am Chimurenga-Tag 1978 zur Erinnerung an die Schlacht von Sinoia.

Errichtung von Stützpunktgebieten: Der Nordosten Zimbabwes wird Ausgangspunkt des Volkskrieges

z.mam. Nach dem Verbot der ZANU 1964 und Verhaftung vieler ihrer Mitglieder, darunter etliche Mitglieder des Zentralen Komitees, wurde ein Revolutionärer Rat unter dem Vorsitz des Genossen Herbert Chitepo gebildet. Ihm gehörten die meist im Ausland lebenden Mitglieder des Zentralen Komitees und des Militärischen Planungs-Komitees an. Die generelle Strategie war, in die Heimat zurückzukehren, die Massen zu mobilisieren und für die militärische und politische Ausbildung in den ZANLA-Lagern zu rekrutieren.

Die Erfahrungen aus der Schlacht von Sinoia und einer Reihe von weiteren Schlachten in Lomagundi, bei Hartley, Karoi, Fort Victoria und andere, hatten die ZANU gelehrt, daß die Unterstützung der Volksmassen entscheidend war für den Sieg der ZANLA-Truppen über den Feind. Die ZANLA-Truppen waren von anfänglich 400 Mann bis 1967 bereits auf 40000 Mann angewachsen, die kämpfen wollten. Genosse Tongogara, der verstorbene Sekretär der ZANU für Verteidigung, berichtete in den „Zimbabwe News" 1978, daß es seinerzeit Gebiete gab, in denen die Massen nicht unbedingt bereit waren, den bewaffneten Kampf als einzige Methode zur Befreiung und zur Vernichtung des Feindes anzuerkennen.

Aus den Erfahrungen dieser Kämpfe begann die ZANU 1969 die Strategie des bewaffneten Befreiungskampfes für ihr Land erneut zu untersuchen und zu bestimmen. Mit der Untersuchung der Lage der Bauern Zimbabwes, auf die sich die ZANLA-Streitkräfte hauptsächlich stützten, wurde die Strategie des langandauernden Volkskrieges eingeleitet, die darauf beruht, durch die politische Ausbildung der Volksmassen Stützpunkte zu schaffen, von denen aus die Kämpfer zielstrebige Angriffe gegen den Feind durchführten und sich blitzschnell unter den Schutz der Dorfbewohner zurückziehen konnten. Die Untersuchungen hatten ergeben, daß insbesondere in den nördlichen und nordöstlichen Gebieten die Unterstützung der ZANU am stärksten war. Die Volksmassen in diesen Gebieten hatten die Schlachten von 1897 und 1917 gegen ihre Kolonisierung noch gut im Gedächtnis und konnten jenseits der Grenze sehen, wie das Volk von Mozambique unter der Führung der FRELIMO sich vom portugiesischen Kolonialismus befreite.

45 Kader der ZANU wurden als Kommissare in dieses Gebiet geschickt, um die Massen zu organisieren, ihr Bewußtsein zu heben, ihre Probleme kennenzulernen. 6 Monate lang wurden Waffen- und Materiallager in strategisch wichtigen Gebieten angelegt, um dem Feind die Nachschubwege abzuschneiden, bevor am 22.12.1972 der erste Angriff gegen Siedler im Farmbezirk Centenary durchgeführt wurde. Mit diesem Schlag gegen strategische Farmen der rhodesischen Sicherheitsstreitkräfte verfügten ZANU und ZANLA über Stützpunkte zum Kampf um die Befreiung des ganzen Landes.



In den Stützpunktgebieten werden Waffenlager errichtet, die Bauern werden von der ZANLA politisch und militärisch ausgebildet.

Gründung der Patriotischen Front: Die Einheitsfront können die Imperialisten nicht spalten

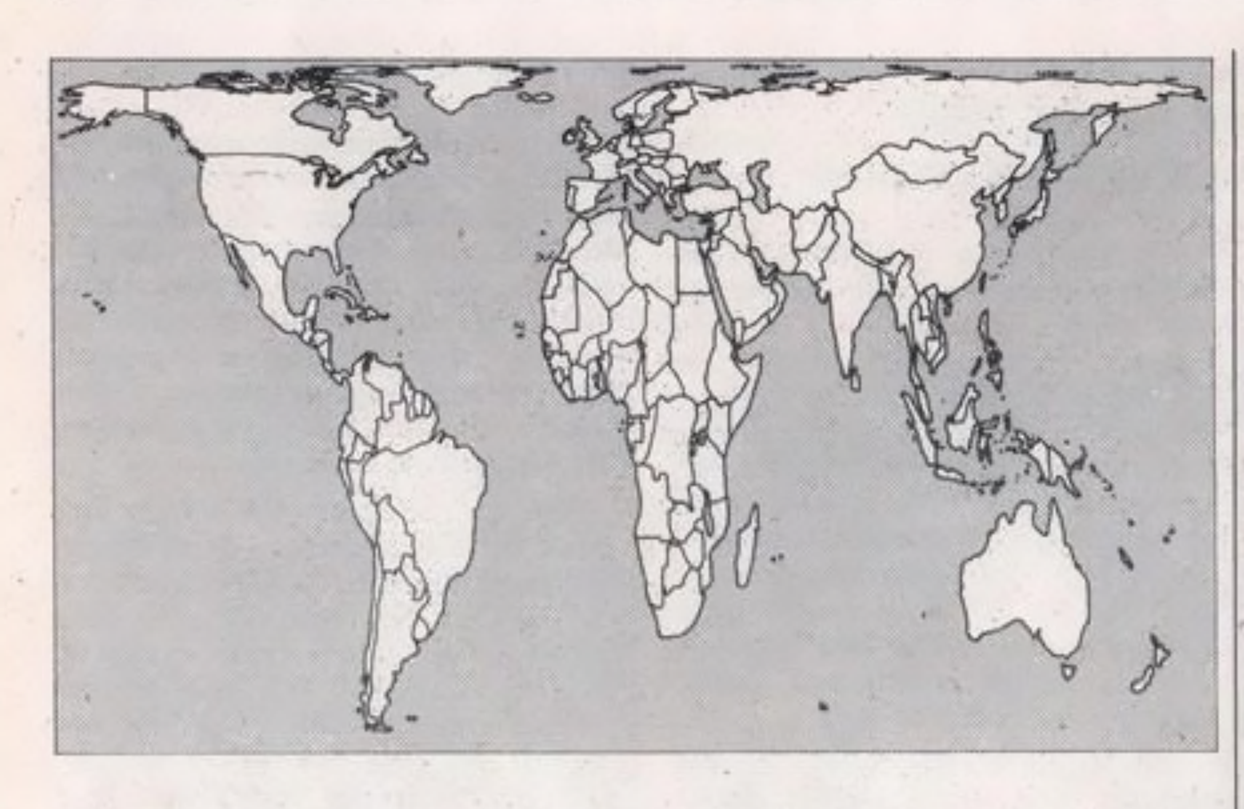
z.mam. „Wir sind unsere eigenen Befreier" – unter dieser Losung und mit der Strategie des langandauernden Volkskrieges konnte die ZANU ausgehend von den nördlichen Regionen Stützpunkte im ganzen Land errichten und nach und nach befreite Gebiete schaffen. Entsprechend ihrer Tradition konnten die Volksmassen in den befreiten Gebieten kollektiv die landwirtschaftliche Produktion wieder aufnehmen und die von den Siedlertruppen zerstörten Dörfer neu errichten.

Gegenüber den Entspannungsmanövern der Imperialisten, Mitte der 70er Jahre, hielt das Volk von Zimbabwe unter der Führung der ZANU am bewaffneten Kampf als einziges Mittel zur Erreichung der vollständigen Unabhängigkeit fest. Am 8. Oktober 1976 wurde von ZANU und ZAPU in Maputo die Patriotische Front gegründet mit dem Zweck, den britischen Kolonialisten und ihrem Siedlerregime als kämpfende Einheit entgegenzutreten und den bewaffneten Kampf in Zimbabwe zu koordinieren. Der bewaffnete Befreiungskampf war die Grundlage für die Siege des Volkes im eigenen Land wie auch an der diplomatischen Front. Der Versuch der Imperialisten, mit der Genfer Konferenz die Patriotische Front zu spalten, um durch Marionetten ihre Macht zu sichern, schlug fehl. Der bewaffnete Volkskrieg wurde intensiviert.

Nach dem Scheitern der Genfer Konferenz legte die Patriotische Front im Januar 1977 ihre Ziele fest: „– Kolonialismus, Imperialismus, Kapitalismus und Rassismus zu liquidieren, deshalb das rassistische Minderheitsregime zu stürzen, – einen national-demokratischen unabhängigen Staat des Volkes von Zimbabwe aufzubauen, – eine sozial-ökonomische Ordnung zu errichten, die alle Formen der kapitalistischen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abschafft, und die Voraussetzungen zu schaffen für eine alles umfassende soziale Revolution, – nationalen Frieden, Sicherheit, gleiche Rechte und Wohlbefinden für alle in einem freien Zimbabwe zu garantieren."



Am 8. Oktober 1976 wird in Maputo, Mozambique, die Patriotische Front gegründet, zwischen den beiden Co-Präsidenten Genosse S. Machel.



USA	Japan	Australien Neuseel.	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfreie	Warsch. Pakt	UdSSR

Lateinamerika	Afrika	Nordafrika	Nahost	Asien

Fläche (Tsd. qkm)

USA	Japan	Australien Neuseel.	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfreie	Warsch. Pakt	UdSSR
9363	372	7956	9976	2887	2020	753	22402

Lateinamerika	Afrika	Nordafrika	Nahost	Asien
20945	23263	7049	5400	21565

3. Welt 78222 Welt 133952 BRD 249

Bevölkerung 1977 (Tsd.)

USA	Japan	Australien Neuseel.	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfreie	Warsch. Pakt	UdSSR
216820	113860	16885	23320	320437	112940	85807	258700

Lateinamerika	Afrika	Nordafrika	Nahost	Asien
337816	337177	82624	79016	2159709

3. Welt 2996342 Welt 4103310 BRD 61400

Erwerbstätige 1977 (Tsd.)

USA	Japan	Australien Neuseel.	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfreie	Warsch. Pakt	UdSSR
97213	58636	7121	9869	136239	49690	45094	130091

Lateinamerika	Afrika	Nordafrika	Nahost	Asien
106456	136523	21600	21570	877638

3. Welt 1163787 Welt 1697800 BRD 28296

Erwerbstätige in der Landwirtschaft 1977 (Tsd.)

USA	Japan	Australien Neuseel.	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfreie	Warsch. Pakt	UdSSR
2413	7752	500	579	20712	14758	10742	24552

Lateinamerika	Afrika	Nordafrika	Nahost	Asien
38266	95463	11081	9241	557289

3. Welt 711340 Welt 793362 BRD 1483

Bruttosozialprodukt 1977 (Mio. US $)

USA	Japan	Australien Neuseel.	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfreie	Warsch. Pakt	UdSSR
1896550	737180	116680	194660	1743050	439850	321260	861210

Lateinamerika	Afrika	Nordafrika	Nahost	Asien
428520	142250	66199	130470	693270

3. Welt 1460709 Welt 7771149 BRD 529380

Stromproduktion 1977 (Mio. kWh)

USA	Japan	Australien Neuseel.	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfreie	Warsch. Pakt	UdSSR
2211031	532609	103787	316549	1253223	360716	380820	1150074

Lateinamerika	Afrika	Nordafrika	Nahost	Asien
289460	122628	24719	50161	414908

3. Welt 901876 Welt 7209682 BRD 335320

Rohölproduktion 1977 (Tsd. t)

USA	Japan	Australien Neuseel.	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfreie	Warsch. Pakt	UdSSR
402489	592	21686	62021	63210	23833	2867	545799

402489 592 21686 62021 63210 23833 2867 545799

Lateinamerika	Afrika	Nordafrika	Nahost	Asien
231699	125552	178606	1110433	214220

3. Welt 1860510 Welt 2985879 BRD 5401

Rohölreserven 1977 (Mio. t)

USA	Japan	Australien Neuseel.	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfreie	Warsch. Pakt	UdSSR
4031	3	99	816	2262	273	36	8067

Lateinamerika	Afrika	Nordafrika	Nahost	Asien
4915	2021	5113	41947	4724

3. Welt 58720 Welt 74587 BRD 42

Kapitalexport BRD 30.6.1979 (Mio. DM)

USA	Japan	Australien Neuseel.	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfreie	Warsch. Pakt	UdSSR
10057	363	373	4235	21343	11348	5	5

Lateinamerika	Afrika	Nordafrika	Nahost	Asien
8321	2291	882	1300	1038

3. Welt 13832 Welt 61561

Warenexport BRD 1979 (Mio. DM)

USA	Japan	Australien Neuseel.	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfreie	Warsch. Pakt	UdSSR
20751	4151	2282	2465	161645	56295	13997	6624

Lateinamerika	Afrika	Nordafrika	Nahost	Asien
9653	8258	7062	13679	12472

3. Welt 51124 Welt 319332

Warenimport BRD 1979 (Mio. DM)

USA	Japan	Australien Neuseel.	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfreie	Warsch. Pakt	UdSSR
20272	7912	1552	3101	149823	35192	11948	7399

Lateinamerika	Afrika	Nordafrika	Nahost	Asien
10430	11578	9874	13758	13496

3. Welt 59136 Welt 296626

Handelsbilanz BRD 1979 (Mio. DM)

USA	Japan	Australien Neuseel.	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfreie	Warsch. Pakt	UdSSR
479	−3761	730	−636	11822	21103	2049	−775

Lateinamerika	Afrika	Nordafrika	Nahost	Asien
−777	−3320	−2812	−79	−1024

3. Welt −8012 Welt 22706

Zusammengestellt nach Angaben des UNO Statistical Yearbook 1978, FAO Production Yearbook 1977, World Bank Atlas 1979, Wirtschaft und Statistik 2/80, Bundesanzeiger



Berliner Kongreß 1878, Bismarck begrüßt den russischen Staatskanzler, links der österreichische Außenminister. Die russischen Interessen auf dem Balkan wurden zurückgewiesen zugunsten der österreichisch-ungarischen wie der deutschen. Anfänge des Bündnisses mit Österreich-Ungarn. –



Der deutsche Kaiser Wilhelm II. (links) und der Verbündete, der österreichische Kaiser Karl I., im Juli 1917. Gestützt auf dieses Bündnis hoffte die deutsche Bourgeoisie, gegen England und Rußland im Kampf um Einflußsphären in der Welt antreten zu können. – Hitler mit einer japanischen

Nichts mit „Griff nach der Weltmacht". Gute Bedingungen für Kampf um demokratische Außenpolitik

z.ges. Wirtschaftlich steht der westdeutsche Imperialismus nicht schlecht da. Hinter den USA ist er die zweitgrößte Ausfuhrmacht auf dem Weltmarkt vor Japan, Frankreich, Großbritannien und der Sowjetunion. Zwar verschlechtert sich die Außenhandelsbilanz, aber sie ist noch positiv. Die Außenhandelsbilanz der USA, Frankreichs und Großbritanniens ist dagegen negativ und die der Sowjetunion ist nur knapp ausgeglichen. Den Kapitalexport konnte die westdeutsche Finanzbourgeoisie seit 1960 vervielfachen. Er beläuft sich inzwischen auf einen Bestand zwischen 60 und 65 Mrd. DM. Auch relativ konnte die westdeutsche Finanzbourgeoisie ihren Anteil an den Direktinvestitionen der wichtigsten imperialistischen Länder erhöhen. Die Deutsche Bank gibt folgende Aufstellung, der Kapitalexport der Sowjetunion ist dabei nicht berücksichtigt.

Direktinvestitionen wichtiger Industrieländer

	1970 Mrd. $ (Bestand)	1970 Anteil am Weltbestand in %	1978 Mrd. $ (Bestand)	1978 Anteil am Weltbestand in %
USA	78,0	50,0	168,0	42,0
Großbrit.	20,0	13,0	35,0	9,0
Frankreich	4,5	3,0	15,0	4,0
BRD	7,0	4,5	29,0	7,0
Japan	4,0	2,5	27,0	7,0
Schweiz	8,0	5,0	25,0	7,0
Kanada	5,0	3,0	16,0	4,0
Niederlande	3,0	2,0	14,0	3,5
Italien	2,0	1,0	6,0	1,5
Schweden	4,0	2,5	9,0	2,0
Belg./Lux.	3,0	2,0	5,0	1,0

Belg./Lux. 3,0 2,0 5,0 1,0

Der absolute Abstand zwischen den Direktinvestitionen der USA und denen der westdeutschen Finanzbourgeoisie hat sich aber seit 1970 fast verdoppelt. Immer noch ist der Bestand Englands höher, Japan hat mit der BRD gleichgezogen. Obwohl die BRD ihren Kapitalexport in die USA und nach England gesteigert hat, ist die Bilanz des Bestandes gegenüber diesen beiden Ländern weiterhin negativ. Gegenüber den USA beträgt das Negativsaldo 10,5 Mrd. DM, gegenüber England 3,3 Mrd. DM. Auch gegenüber Japan ist der Saldo negativ, dagegen gegenüber Frankreich mit 2,7 Mrd. DM positiv. Ein Drittel des Kapitalexports der BRD ist in die EG gegangen, über die Hälfte nach Europa. In der EG und in Europa erzielt die BRD auch ihren Außenhandelsüberschuß. Ihre Handelsinteressen bleiben nach wie vor auf die EG und Europa konzentriert. Die westdeutsche Bourgeoisie konnte ihren Anteil an der Ausfuhr der EG seit 1962 verbessern. Er betrug 1977 29,6%. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt blieb gleich. Eine Hegemonialstellung innerhalb der EG konnte die BRD nicht erringen und wird sie für absehbare Zeit, auf sich gestellt und ohne Einsatz militärischer Mittel, auch nicht erringen können. Militärische Auseinandersetzungen innerhalb der EG um die Vorherrschaft aber sind in den jetzigen Allianzen äußerst unwahrscheinlich. Änderungen der Allianzen wären aber nur durch eine Änderung der Stellung einzelner EG-Mächte gegenüber den Supermächten möglich. Die Existenz der beiden Supermächte, ihre Rivalität um die Weltherrschaft, die sich auf den Kampf um die Vorherrschaft in Europa konzentriert, macht eine der Schwierigkeiten des BRD-Imperialismus aus. Diese Schwierigkeit ist durch den BRD-Imperialismus nicht lösbar. Er mag sich winden und wenden wie er will: die Zeiten, wo die deutschen Imperialisten hoffen konnten, an der Spitze einer von ihnen geführten imperialistischen Allianz den Kampf um die Weltherrschaft zu ihren Gunsten zu entscheiden, sind vorbei und zwar ein für allemal.

Die hauptsächlichen Faktoren der Schwäche des BRD-Imperialismus.

Im I. und im II. Weltkrieg glaubte die deutsche Finanzbourgeoisie an der Spitze ihrer jeweiligen Allianz, 1914 mit Österreich-Ungarn und der Türkei im Schlepptau, 1939 mit Italien im Schlepptau und Japan an der Seite, eine Neuverteilung der Welt erzwingen zu können, die sie zum Entscheidungskampf um die Weltherrschaft befähigen würde. Ihre imperialistischen Interessen trieben die deutsche Finanzbourgeoisie zu diesem Versuch. Sie ist in beiden Weltkriegen gesetzmäßig gescheitert. Ein drittes Mal wird noch nicht mal eine Neuauflage dieses Versuches möglich sein, geschweige denn eine erfolgreiche Neuauflage. Das mindert die internationalen Aufgaben des Proletariats unter der Herrschaft der westdeutschen Finanzbourgeoisie überhaupt nicht. Auf Grund der Stellung des westdeutschen Imperialismus zwischen den beiden Supermächten kann das westdeutsche Proletariat einen entscheidenden Beitrag zur Verzögerung des Krieges zwischen den beiden Supermächten und ihren Allianzen leisten.

Hauptsächlich drei Faktoren erleich-
leisten.

Hauptsächlich drei Faktoren erleichtern den Kampf des Proletariats für eine demokratische Außenpolitik, die sich in der Absage an alle imperialistischen Militärbündnisse, mit der Forderung nach Auflösung aller Militärstützpunkte auf fremdem Territorium, der Forderung nach Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen sowie der Forderung nach einem demokratischen Friedensvertrag hauptsächlich gegen die beiden Supermächte richtet, aber nur im Kampf für den Sturz der Ausbeuterherrschaft und die proletarische Revolution verwirklicht werden kann.

Durch die revolutionäre Bewegung der Dritten Welt ist der Imperialismus insgesamt geschwächt. Keine der beiden Supermächte und erst recht nicht der BRD-Imperialismus können den Kampf der unterdrückten Völker, den Kampf der Dritten Welt für Unabhängigkeit und Befreiung unterdrücken und aufhalten. Dieser Kampf hat sich bereits vor dem I. Weltkrieg entwickelt, ist durch die Oktoberrevolution ermutigt und angespornt worden. Seit dem II. Weltkrieg ist er in eine entscheidende Phase getreten. Die Dritte Welt ist zur Hauptkraft im Kampf gegen den Imperialismus und für die proletarische Revolution geworden, wie Lenin bereits vorausgesehen hatte.

Das internationale Proletariat als führende Kraft des Kampfes gegen den Imperialismus und für die proletarische Weltrevolution hat objektiv an Kraft und Umfang gewonnen. Es ist konzentrierter denn je und sein Anteil an den arbeitenden Massen nimmt überhaupt zu. In der BRD ist die weitaus überwiegende Mehrheit der arbeitenden Massen inzwischen lohnabhängig und das Schicksal aller Lohnabhängigen ist immer stärker mit dem Schicksal das Proletariats verknüpft.

Diese objektive Entwicklung untergräbt der chauvinistischen Propaganda und Hetze der Finanzbourgeoisie immer mehr die soziale Basis, indem die Besitzlosigkeit der großen Massen sich mit einer Propaganda für die Besitzergreifung fremder Länder schlecht verträgt. Aber auch dem Sozialchauvinismus wird der Boden entzogen. Die BRD ist Gläubiger- und nicht Schuldnerland. Jede Propaganda gegen die internationale „Plutokratie" würde sich gegen die westdeutsche Finanzbourgeoisie selber richten. Durch die Kampfentschlossenheit und die Kampferfolge der Dritten Welt wird die jahrhundertealte rassistische Propaganda gegen die unterdrückten Völker in der Erfahrung der Massen widerlegt und weicht der Sympathie für den Kampf der unterdrückten Völker.

Die Herausbildung der beiden Supermächte hat den westdeutschen Imperialismus nach den entscheidenden Niederlagen in seinen beiden imperialistischen Eroberungskriegen vollends auf die Bahn einer mittleren, untergeordneten imperialistischen Macht verwiesen, der die politischen und militärischen Auswege einer Supermacht versperrt sind und bleiben.

Die Existenz der beiden Supermächte kann nur durch die proletarische Revolution, nicht durch die imperialistische Rivalität beseitigt werden.

Die Herausbildung der beiden Supermächte als Ergebnis der Geschichte des Imperialismus ist nicht zufällig, son-

mächte als Ergebnis der Geschichte des
Imperialismus ist nicht zufällig, son-

dern gesetzmäßig. Ihre Herausbildung konnte nur durch die proletarische Revolution verhindert werden, indem die Naturgesetze der kapitalistischen Ausbeuterordnung außer Kraft gesetzt worden wären. Die proletarische Revolution in Rußland und der Aufbau der sozialistischen Sowjetunion haben verhindert, daß sich die Widersprüche unter den Imperialisten bereits früher in Allianzen um diese beiden Mächte konzentrierten, auf deren Rivalität um die Beherrschung Europas und der Welt sich die Widersprüche unter den Imperialisten schon bald zuzuspitzen begannen. Mit der Restauration der Herrschaft der Monopolbourgeoisie in der Sowjetunion wurde die Rivalität dieser beiden Mächte zum Hauptwiderspruch unter den imperialistischen Mächten. Nachdem die Monopolbourgeoisie die Diktatur des Proletariats beseitigt hatte, konnte sie die Potenzen nutzen, die die Revolution geschaffen hatte, um mit dem US-Imperialismus zu rivalisieren. Aber diese Rivalität ist nicht die Folge der Oktoberrevolution, sondern der Gesetzmäßigkeit des Imperialismus, die die Oktoberrevolution unterbrechen, aber nicht aufheben konnte. Bereits Engels sah den Widerspruch zwischen Rußland und den USA und die Rivalität dieser beiden Mächte um Europa heraufziehen. Als sich die Kriegsgefahr Ende der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts verstärkte, wies Engels auf diese Wahrscheinlichkeit hin, falls die russische Revolution dieser Entwicklung nicht zuvorkam.

Anfang Januar 1888 schrieb er an einen rumänischen Sozialdemokraten, daß die „Heilige Allianz der drei Mörder Polens, die seit 1815 vom russischen Zarismus gelenkt wird", das große Hindernis jeder freien Entwick-









Marineabordnung 1934 und mit dem Führer der italienischen Faschisten, Mussolini. Unter Druck und Ausnutzung der Widersprüche zwischen Italien einerseits und Großbritannien bzw. Frankreich andererseits gelang es Hitler, unter seiner Führung die „Achse Berlin – Rom" herzustellen und sich so den Zugang zum Mittelmeer zu sichern. Über das Bündnis mit Japan sollte die sozialistische Sowjetunion wie auch der US-Imperialismus gebunden werden. Auch bei dieser Aggression hatten sich die deutschen Bourgeois verrechnet, vor allem in der Stärke der Roten Armee. – Gegenwärtig versuchen die westdeutschen Bourgeois, über NATO und EG ihre Herrschaft auszudehnen. Allerdings haben sie hier keine Hegemonialstellung. Links: demonstrativer Händedruck Adenauers mit dem NATO-Oberkommandierenden General Norstadt, nach der Unterzeichnung des Pariser Abkommens. Rechts: die Unterzeichnung der Verträge über die Erweiterung der EG.

lung der Völker Europas sei. „Da Rußland eine fast uneinnehmbare strategische Position innehat, bildet der Zarismus das Kernstück dieser Allianz, die größte Reserve der Reaktion. Den Zarismus stürzen, diesen Alpdruck zu vernichten, der auf ganz Europa lastet, das ist in unseren Augen die erste Bedingung für die Emanzipation der Nationen Mittel- und Osteuropas. Ist erst einmal der Zarismus gestürzt, wird die unheilvolle, heute durch Bismarck repräsentierte Macht, der dann die Hauptstütze genommen ist, zusammenbrechen; Österreich wird zerfallen, da es seine einzige Daseinsberechtigung verliert, nämlich durch seine Existenz den Zarismus daran zu hindern, sich die zerstreuten Nationen der Karpaten und des Balkans einzuverleiben ..."

Engels meinte weiter:

„Gegenwärtig scheint die Allianz aufgelöst, der Krieg bevorzustehen. Aber selbst wenn es Krieg gäbe, so nur, um das widerspenstige Österreich-Ungarn und Preußen wieder gefügig zu machen. Hoffen wir, daß es nicht zum Krieg kommt; in einem derartigen Kampf könnte man mit keinem der Kämpfenden sympathisieren, man würde im Gegenteil wünschen, daß *alle* geschlagen würden, wenn das möglich wäre. Das würde ein furchtbarer Krieg werden. Aber komme was wolle, sicher ist, daß schließlich alles zugunsten der sozialistischen Bewegung enden und die Machtübernahme durch die Arbeiterklasse beschleunigt würde". Zur gleichen Zeit wies Engels gegenüber Sorge in Amerika auf die mögliche Rolle der USA hin: „Wenn der Krieg
Sorge in Amerika auf die mögliche Rolle der USA hin: „Wenn der Krieg
ohne innere Bewegungen bis zuletzt ausgekämpft würde, so träte eine Erschöpfung ein, wie Europa sie seit 200 Jahren nicht durchgemacht. Die amerikanische Industrie würde dann auf der ganzen Linie siegen und uns alle vor die Alternative stellen: entweder Rückfall in die reine Agrikultur für den *Selbstgebrauch* (jeden anderen verbietet das amerikanische Getreide) oder soziale Umgestaltung. Ich vermute daher, daß man es nicht zum Äußersten, zu mehr als einem Scheinkrieg nicht zu bringen vorhat. Aber ist der erste Schuß gefallen, so hört die Kontrolle auf, das Roß kann durchgehen." Man soll sich weniger darüber wundern, daß der Verlauf der Geschichte anders gewesen ist, als darüber, daß Engels damals Elemente der weiteren Entwicklung erkannte, die von Belang sind, insbesondere die Herausbildung der russisch-amerikanischen Rivalität, falls es nicht gelingen sollte, durch Revolution eine andere Entwicklung zu erzwingen.

Die zwei Weltkriege drohen durch den heute drohenden Krieg zu bloßen Vorspielen gemacht zu werden.

Das Deutsche Reich war vor dem I. Weltkrieg eine aufstrebende imperialistische Macht, aber man soll nicht vergessen, daß zur gleichen Zeit auch die USA und das zaristische Rußland aufstrebende imperialistische Mächte waren. Der I. Weltkrieg hatte hauptsächlich den Widerspruch zwischen England und dem deutschen Imperialismus zum Inhalt. Geendet hat er mit der Oktoberrevolution und der Intervention der USA in Europa. Die Sowjetunion schied als Faktor der imperialistischen Rivalität aus und wurde zu einem machtvollen Faktor der proletarischen Revolution und der nationalen Befreiung. Auch der II. Weltkrieg hatte haupsächlich den Widerspruch zwischen dem erneut aufstrebenden deutschen Imperialismus und dem britischen Imperialismus zum Inhalt. Er hat mit der Stärkung der Sowjetunion und der Befreiung Osteuropas geendet, was den Befreiungskämpfen der Dritten Welt einen weiteren Auftrieb gab. Das andere Ergebnis war die vorherrschende Rolle der USA in Westeuropa und ihre Installierung als vorherrschende imperialistische Macht im Pazifik und in Asien. Mit der Umwandlung der Sowjetunion in eine sozialimperialistische Macht sind die beiden Supermächte zu den entscheidenden Kräften des Imperialismus geworden.

Die beiden Weltkriege begannen mit Widersprüchen, die durch die weitere Entwicklung zu untergeordneten Widersprüchen geworden sind. Die Widersprüche, die sie von seiten der britischen und der deutschen Imperialisten zum Inhalt hatten, existieren in veränderter und untergeordneter Form fort, können aber nicht mehr zum Inhalt eines Weltkrieges werden. Diese Widersprüche bestimmen nicht mehr die Weltgeschichte. Nach wie vor konzentriert der BRD-Imperialismus seine Expansion auf Westeuropa einerseits und auf den Balkan, die Türkei, den Nahen und Mittleren Osten, Nordafrika und den Mittelmeerraum andererseits. Immer noch gibt es dabei Widersprüche zu Frankreich und zu England. Aber die EG-Imperialisten raufen sich darüber trotz ihrer entgegengesetzten Interessen zusammen, weil sie sonst jede weltpolitische Initiative zu verlieren drohen. Das Vordringen der Sowjetunion kreuzt sich mit der Expansionsrichtung der BRD-Imperialisten, aber es macht den Widerspruch zwischen der SU und den BRD-Imperialisten zu keinem Hauptwiderspruch. Die BRD-
der SU und den BRD-Imperialisten zu keinem Hauptwiderspruch. Die BRD-
Imperialisten müssen sich an die eine oder andere Supermacht anlehnen. Einen neuen Weltkrieg könnten sie am ehesten vom Zaun brechen, wenn sie versuchen, die Allianz zu wechseln, aber in diesem Krieg blieben sie so oder so eine untergeordnete Macht. Wenn neuerdings verstärkt die Tradition Preußens hervorgekramt wird, so handelt es sich bei dieser Tradition vor allem um die Tradition eines verräterischen Räubers, der die meiste Zeit an der Leine des Zaren ging. Solange die Hauptstoßrichtung des BRD-Imperialismus aber, gestützt auf seine Stellung in der EG und in der NATO, der Balkan, Griechenland, die Türkei, der Nahe und Mittlere Osten, Nordafrika und der Mittelmeerraum bleibt, solange werden sie sich in der gegenwärtigen Lage mit Frankreich und England zusammenzuraufen versuchen und sich an die USA anlehnen. Mehr noch als die Tradition Preußens wird auf dem Buchmarkt gegenwärtig die Tradition der Kreuzzüge, des Abendlandes und der Fugger propagiert. Die Verschmelzung des Abendlandes und des Morgenlandes sei schon immer europäischer, speziell deutscher Beruf gewesen. Da aber wird ein Zusammengehen mit der Sowjetunion schlecht möglich sein. Die Aggression gegen Afghanistan und die Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen hat den westdeutschen Imperialisten das einigermaßen schmerzlich vor Augen geführt.

Will die Arbeiterklasse aufhören, in außenpolitischen Angelegenheiten Schwanz der Bourgeoisie zu sein, dann wird sie ausgehend vom Klassenkampf gegen die Ausbeuterherrschaft ihr Augenmerk auf die Politik der Allianzen der BRD-Imperialisten richten müssen, der die Expansionsinteressen der Finanzbourgeoisie zugrundeliegen. Diese Politik imperialistischer Allianzen zu zerschlagen wird die beiden Supermächte, aber auch den BRD-Imperialismus außenpolitisch am meisten schwächen.

Wo's hin soll, wissen sie schon

Außenpolitische Debatten im Bundestag, Jan. – März 1980

z.rua. Seit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan fanden im Bundestag drei außenpolitische Debatten statt. Das ist auffällig viel. Das Spiel mit verteilten Rollen dient der Absteckung des Kurses, auf dem gefahren werden kann. Das Ziel ist klar. Ausnutzung des Vertrauensverlustes, den die Sowjetunion in der Dritten Welt hinnehmen mußte, um im Bündnis mit den US-Imperialisten den eigenen Machtbereich auszudehnen.

Bundestagsdebatte, 17.1.1980

Schmidt: Die *Besetzung Afghanistans* berührt ganz direkt vitale Interessen der Dritten Welt, der ungebundenen Staaten. Aber die Krisen betreffen darüberhinaus alle Mitglieder der Völkerfamilie. Das heißt, sie betreffen unvermeidbar auch uns in Europa und uns in Deutschland ... Die Sowjetunion hat unter Einsatz massiver militärischer Mittel den blockfreien Staat Afghanistan besetzt. Damit hat sich die Sowjetunion auch bis auf wenige hundert Kilometer an den *Indischen Ozean*, an den *Persischen Golf* und an die *Erdöllagerstätten* herangeschoben ... Lassen Sie mich zur Bewertung dieser gegenwärtigen Lage kommen. Kein Zweifel: In der Weltpolitik ist ein schweres Wetter aufgezogen. Deshalb müssen wir unsere deutsche Interessenlage und die westliche Interessenlage insgesamt mit ruhigem Blick überprüfen ... Unsere *Solidarität mit den Ver-*
insgesamt mit ruhigem Blick überprüfen ... Unsere *Solidarität mit den Ver-*
einigten Staaten von Amerika ist der Kern unserer Sicherheit und zugleich der Kern der Sicherheit Berlins ... Unsere unmittelbare Mitverantwortung für den Frieden in Europa gebietet, daß wir gerade in schwierigen Zeiten nach *Feldern gemeinsamen Interesses* suchen. Das sage ich besonders unseren Landsleuten in der DDR ... Über Europa hinaus bieten wir den *Staaten der Dritten Welt* eine Verstärkung ihrer Eigenständigkeit, eine Verstärkung der gleichberechtigten Partnerschaft an, um durch politische Zusammenarbeit, um durch wirtschaftliche Hilfe diese Staaten festigen zu helfen ... Diese Politik darf nicht durch unbedachtes Reden über eine geographische Ausweitung der NATO-Verpflichtungen gefährdet werden ... Die neuen internationalen Krisen sind in einem Zeitraum aufgeflammt, während dessen unsere deutsche Volkswirtschaft sich gerade erfolgreich auf die weltwirtschaftlichen Herausforderungen eingestellt hatte: auf den Strukturwandel der Weltwirtschaft und auf die Energiekrise ...

Genscher: Bei der Sicherung des Friedens, bei der Sicherung der Ergebnisse der Vertragspolitik sind wir uns unserer Verantwortung nicht nur für die Bürger im freien Teil Deutschlands, sondern genauso auch für unsere Mitbürger in der DDR bewußt. Diese Politik kann nur auf der festen Grundlage unserer *Einbindung in die Europäische Gemeinschaft* und auf der festen Grundlage des *westlichen Verteidigungsbündnisses* verfolgt werden ... Wir sind uns dabei sehr wohl bewußt: Was im Mittleren Osten geschieht, beeinflußt wirtschaftlich und militärstrategisch auch unsere Sicherheit. Wir wissen: Nur die *volle Solidarität der europäischen Bündnispartner mit den USA und Kanada* kann unsere Sicherheit garantieren ... Für uns ist diese Solidarität keine Einbahnstraße. Deshalb wird jeder Versuch zwecklos bleiben, Europa von seinen amerikanischen Verbündeten zu trennen ... Die Existenz der NATO und ihre Handlungsfähigkeit haben aber nicht nur Bedeutung für ihre Mitglieder. Sie sind ein *Faktor der Stabilität im weltpolitischen Gleichgewicht*, ganz besonders natürlich für Europa ... Die Politik der Vorherrschaft, die Politik der Errichtung von Einfluß- und Machtzentren stellt sich gegen das Rad der Geschichte; sie ist zutiefst reaktionär. Zukunft hat allein eine *Politik der Partnerschaft*, eine Politik der gegenseitigen Respektierung. Wir stehen in dieser Entwicklung der internationalen Beziehungen an der Seite des Fortschritts ... Die Blockfreienbewegung ist eine große politische, sie ist eine große geschichtliche Kraft. Unsere Politik muß noch deutlicher als in der Vergangenheit die Interessen der Dritten Welt erkennen und fördern ...

Strauß: ... Es ist doch nun einmal so, daß der *Krisengürtel vom Norden Afghanistans bis zum Süden Afrikas* ein strategisch zusammengehöriges Ganzes bildet ... Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Wort zur *geographischen Zuständigkeit der NATO* sagen. Man muß ja unterscheiden zwischen der Geographie ihrer Mitgliedsstaaten und den Sicherheitsinteressen, die auch im Vertrag niedergelegt sind ... Man wird doch um Gottes willen eines noch sagen dürfen: daß die Sicherheitsdefinition, die im Jahre 1949 gewählt worden ist, nicht mehr den heutigen militärpolitischen
Jahre 1949 gewählt worden ist, nicht mehr den heutigen militärpolitischen
Verhältnissen entspricht ... Wir müssen hier eine andere Arbeitsteilung finden; wir müssen dann, wenn möglicherweise in Europa dadurch militärische Lücken entstehen, daß Amerikaner und andere europäische Länder unsere weiträumigen *Verbindungslinien und Lebenslinien sichern*, eben so schwer es uns fällt, die notwendigen Opfer bringen, um die *in Europa entstehenden Lücken zu füllen* ...

Bundestagsdebatte, 28.2.1980:

Schmidt: ... Auch in dieser Krise hat die außenpolitische Zusammenarbeit der neun EG-Staaten ... dazu beigetragen, der Stimme der Westeuropäer im Kreise der westlichen Verbündeten Gewicht und Gehör zu verschaffen ... Wir sind uns darüber einig, daß nicht alle Mitglieder der Allianz, nicht alle Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft der sowjetischen Herausforderung in identischer Weise zu begegnen haben, sondern wir wollen arbeitsteilig vorgehen. Das heißt, daß sich jeder von uns auf dem Hintergrunde gemeinsamer Ziele und übereinstimmender Interessen auf diejenigen Beiträge konzentriert, zu denen er besonders berufen oder befähigt ist ... Natürlich werden wir bei der Entscheidung über unsere zukünftige Handelspolitik einschließlich der Bürgschaftspolitik gegenüber der Sowjetunion zu bedenken haben: Unsere *Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion* wurden in jahrelanger Zusammenarbeit aufgebaut, und zwar auch – und zunächst und primär – aus politischen Gründen ... Zur *Türkei* zurückkehrend: Wir haben in der Bundesregierung aus eigenem Entschluß und ohne deswegen auf internationale Koordination oder Konsultationen zu warten, die Initiative zu einer koordinierten, umfassenden Hilfsaktion für die Türkei ergriffen ... Die *Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt* ist durch die Besetzung Afghanistans verletzt worden ... Für die gemeinsame Politik des Westens ist daraus der Schluß zu ziehen, daß wir die Unabhängigkeit und die Eigenständigkeit der Staaten der Dritten Welt nicht nur anerkennen, sondern daß wir wirtschaftlich und politisch in gleichberechtigter Partnerschaft helfen müssen, sie zu stabilisieren ... Ich muß hinzufügen: Die Erhaltung der Stabilität und des Friedens im Nahen Osten – mit Ausstrahlungen auf den Mittleren Osten, mit Ausstrahlungen auf die ganze Welt, bis zu uns, entspricht auch einem wichtigen deutschen Interesse. Deswegen müssen wir an einer Regelung des Nahost-Problems selber interessiert sein; ja wir sind unmittelbar interessiert ...

Genscher: ... Die Konzentration der Bundesrepublik Deutschland durch ihren eigenen Verteidigungsbeitrag auf Mitteleuropa wird durch unsere Bemühungen um eine finanzielle und wirtschaftliche Gesundung der Türkei und durch unsere Bemühungen um die Stärkung der Verteidigungskraft der Türkei und Griechenland ergänzt ... Die Bundesrepublik Deutschland unterstreicht damit ihren Willen, über die Konzentration ihrer militärischen Anstrengungen über Zentraleuropa hinaus durch Stärkung der Südflanke des Bündnisses einen zusätzlichen Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit zu leisten. Das Konzept der *Arbeitsteilung im Bündnis* gewinnt damit an Konturen, und zwar durch die sichtbaren Anstrengungen, die die Bundesrepublik Deutschland unternimmt ...

Strauß: ... Wir unterstützen die For-

Strauß: ... Wir unterstützen die Forderung völlig, daß sich die Großmächte aus den Entwicklungsländern heraushalten sollen ... Niemand denkt daran, etwa die Integrität, Souveränität, Unabhängigkeit der Golfstaaten durch eine westliche militärische Intervention zu gefährden. Aber was passiert denn, wenn revolutionäre Bewegungen von unten her – ich weiß genau, woran ich dabei denke – und militärischer Druck von außen gleichzeitig zu einer neuen Gefahr, zu einem Brandherd oder gar zu einem Explosionsherd führen? Da sind wir auf die Amerikaner angewiesen, weil die Europäer, auch wenn sie ihre jetzigen Flotten und Luftstreitkräfte zusammenlegen, nicht annähernd in der Lage sind, hier einem weiteren Ausgreifen der Sowjetmacht etwas Ernsthaftes entgegenzusetzen. Ich behaupte nicht, daß deutsche Kriegsschiffe dort unten erscheinen sollen. Das ist eine Frage der Planung der NATO oder was auch immer; das geht mich auch nichts an. Ich bin auch nicht der Meinung, daß etwa deutsche Truppen dort eingesetzt werden sollen. Aber man kann auch anderer Meinung sein, ich nehme andere Meinungen nicht übel ...

Regierungserklärung, 20.3.1980:

Schmidt: ... Die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten werden in der gegenwärtigen weltpolitischen Krise beweisen müssen, daß sie es ernst meinen mit den Zielen, die beim Gipfeltreffen in Den Haag am 2. Dezember 1969 formuliert wurden: „Einem geeinten Europa den Weg zu bahnen, das seine Verantwortung in der Welt von morgen übernehmen *und* den Beitrag leisten kann, der seiner Tradition und Aufgabe entspricht ..." Ich stelle fest, daß in der Krise das Netz der internationalen Zusammenarbeit hält und sich bewährt, das uns mit unseren Verbündeten, mit den EG-Partnern und das uns zunehmend mit den Staaten der Dritten Welt verbindet. In diesem Rahmen leisten wir unseren eigenen nationalen Beitrag.





260 Leute demonstrieren gegen den Ehrenbergprozeß in Lüneburg. Gefordert wird die Einstellung aller Ehrenberg-Prozesse und die Selbstverwaltung der Versicherungen.

Im Gericht konnte die Beweisführung nicht verhindert werden

r.std. Am ersten Tag im Prozeß in Lüneburg wird die Einstellung des Prozesses gefordert, weil eine faire Durchführung des Prozesses nicht gewährleistet ist. Die Staatsschutzkammer hat von der Bundesregierung den Auftrag, den auch schon das Oldenburger Gericht hatte, durch Verurteilung die Maßnahmen des Ehrenberg-Ministeriums zu decken. Dies ergibt sich aus dem bisherigen Prozeßverlauf. Zunächst rechnet die Staatsanwaltschaft 1977 nicht mit einer Anklage, Herbert Ehrenberg gibt schließlich die Ermächtigung zur Strafverfolgung, nachdem das niedersächsische Justizministerium und das Bundesjustizministerium eingeschaltet wurden. Dieser Antrag wird vom Gericht abgelehnt, denn die Untergebenen müssen handeln wie der Vorgesetzte will.

Der Bundesgerichtshof hat in seinem Urteil, daß nach dem §90b (Verleumdung von Staatsorganen) verurteilt werden soll, eine jahrelang gültige Rechtspraxis gebrochen, das Parteienprivileg, das Mitgliedern politischer Parteien in der Wahrnehmung ihrer politischen Interessen in der Meinungsäußerung schützte, aufgehoben. Nach der Ablehnung des Einstellungsantrages durch das Gericht wird im Gerichtssaal erneut der Beweis gegen Ehrenberg geführt. Ehrenberg ist seit fünf

Werturteil



Jahren Minister. Seine Taten lassen sich besser erkennen. Mehr Leute sterben im Alter von 45 bis 55 Jahren und in den Jahren nach der Verrentung als noch zwei Jahre zuvor. Mehr Arbeiter müssen früher verrentet werden; in mehr als drei Stunden werden diese Ergebnisse im Gerichtssaal dargelegt. Die Beweisführung
Stunden werden diese Ergebnisse im Gerichtssaal dargelegt. Die Beweisführung
kann das Gericht nicht unterbrechen. Zu Ordnungsmaßnahmen kann der leitende Richter, Diederichs, schon gleich nach Beginn des Prozesses nicht mehr greifen, nachdem durchgesetzt war, daß mehr als doppelt soviel Zuhörer in den Gerichtssaal eingelassen werden mußten, als von ihm vorgesehen.

Nach der Erklärung des Angeklagten wird ein Beweisantrag gestellt, mit dessen Hilfe bewiesen werden soll, daß die Bezeichnungen von Ehrenberg wahr sind. Das Gericht will den Beweisantrag zunächst nicht behandeln. Damit kommt es nicht durch. Staatsanwalt Feindt fordert die Ablehnung des Beweisantrages, da es sich bei den Bezeichnungen für Ehrenberg um ,,Werturteile" handele, nicht um Tatsachenbehauptungen und daher einem Wahrheitsbeweis nicht zugänglich wären. Damit hat bisher jedes Gericht versucht, die Beseitigung von kranken Rentnern nicht behandeln zu müssen. Mit ungeheurem Zynismus wird über das Recht der Arbeiter hinweggegangen. 260 demonstrierten am Sonnabend gegen den Prozeß. Auf der Verhandlung am Montag wird der Weg des Gerichts offen liegen.

2 Jahre Ehrenberg: Niedrigere Renten, mehr Todesfälle

r.hek. ,,Die Finanzen der Rentenversicherung haben sich deutlich verbessert. 1980 wird erstmals seit sechs Jahren wieder mit einem Überschuß gerechnet, und zwar mit 1,3 Mrd. DM", das gab die Bundesregierung in ihrem diesjährigen Rentenanpassungsbericht bekannt. Eine wahrhaft stolze Bilanz für den Minister Ehrenberg. 1976 noch hatte die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Juni gemahnt: ,,Aus heutiger Sicht jedenfalls ist zu erwarten, daß das Kassendefizit der Rentenversicherung 1976 annähernd die Größenordnung von 10 Mrd. DM erreichen wird, im vergangenen Jahr hatte das Defizit 3,5 Mrd. DM betragen. Demzufolge werden die Versicherungsträger im laufenden Jahr den überwiegenden Teil ihrer liquiden Mittel zur Defizitsanierung einsetzen müssen. Dies bedeutet, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Finanzlage der Rentenversicherungsträger nicht ohne gesetzgeberische Maßnahmen möglich ist."

Diese gesetzgeberischen Maßnahmen erfolgten dann auch. Durch Senkung der Ausgaben für Renten und für die Krankenversicherung der Rentner wurden der Arbeiterklasse Mittel gekürzt, die jetzt der Bourgeoisie, insbesondere dem bürgerlichen Staat zur Verfügung stehen als Anleihen und Darlehen. Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz 1977, die Senkung der Beitragszahlungen der Rentenversicherung an die Krankenversicherung, das 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz, das die Senkung der Renten festlegte, haben ihre Wirkung getan.

Während sich auf der einen Seite der Gesundheitszustand der Volksmassen durch die gestiegene Ausbeutung ständig verschlechtert, wurden die Ausgaben der Krankenkassen gesenkt. Der Krankenstand der Pflichtmitglieder der Krankenversicherungen stieg von 1976 5,4% auf 5,7% 1979. Immer jünger werden die Arbeiter, die erwerbsunfähig bzw. berufsunfähig werden. Deutlich ist die Zunahme der Muskel- und Skeletterkrankungen, aber auch der seelischen Krankheiten, die infolge von Überbeanspruchung und verstärkter Ausbeutung entstehen. Insbesondere nehmen natürlich die Erkrankungen der älteren Arbeiter und Rentner zu und auch die Todesfälle. Um dem Anstieg der Kosten, die durch die Ruinierung der Gesundheit entstehen, entgegenzutreten, wurde vom Ehrenbergministerium parallel zum Anstieg der Krankenhausfälle je 100 Rentnern die Verweildauer von 30,6 Tage 1969 auf 25,7 Tage 1977 gesenkt. Für die letzten Jahre liegen noch keine Zahlen vor. Angesichts der umfangreichen Bemühungen des Ehrenbergministeriums um den Ausbau der Sozialstationen und der Alters- und Pflegeheime ist aber eine weitere Senkung der
Alters- und Pflegeheime ist aber eine weitere Senkung der
Verweildauer wahrscheinlich.

Doch nicht nur die Kosten für den Krankenhausaufenthalt der Rentner, sondern insbesondere die anderen Leistungen der Kassen wurden gekürzt. Nach dem Kostendämpfungsgesetz nahm die Steigerung der Ausgaben der Kassen insgesamt ab. Noch stärker sind die Anteile der Leistungen für Rentner gefallen. Insbesondere in den Bereichen, auf die es Ehrenberg abgesehen hatte. Beim Zahnersatz, bei dem eine Eigenbeteiligung von mindestens 20% gesetzlich vorgeschrieben ist, und bei Arzneien, für die jetzt 1 DM Gebühr pro verordnetem Medikament gezahlt werden muß.

Insgesamt sinkt das Niveau der Renten. Dies ist bereits deutlich in dem Vergleich von zwei Jahren zu sehen. (Gleichgesetzt über die vom Stat.Bundesamt angegebene Teuerungsrate für Rentnerhaushalte). Ursache ist einmal das Drücken des Lohns für große Teile der Arbeiterklasse, andererseits die Änderung der Rentenberechnung und Anhebung der Renten um Prozentsätze, die weit unter der Inflationsrate liegen. Wobei die angegebene Teuerung für Rentnerhaushalte höher liegt als für andere Haushalte.

Weitere Senkungen der Renten sind bereits beschlossen: Die Senkung der Rentenbemessungsgrundlage für 81 um 14%, die in die Berechnung aller neuen Renten eingeht, der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner. Und weitere Pläne werden geschmiedet. Die Bundesregierung hat in dem jüngsten Rentenanpassungsbericht gleich vorsorglich ein neues Defizit der Rentenversicherung beschworen, um den Boden für ihre Propaganda zu bekommen.

Helmut Schmidt hat bereits in seiner Neujahrsrede angekündigt, worauf sie hinaus wollen: ,,Aber darüber hinaus müssen die Alten auch spüren können, daß die Kinder und Enkelkinder, daß die Nichten und Neffen sich um sie kümmern."

